

Harald Mahrer (Hrsg.)

Europa.



Wir sind dafür.

edition noir

JULIUS RAAB STIFTUNG

Harald Mahrer (Hrsg.)

Europa.

Wir sind dafür.

Vorwort
Harald Mahrer
Seite 11

Vorwort
Sebastian Kurz
Seite 13

**Ein besseres Europa – mit dem
Europäischen Parlament**
Othmar Karas
Seite 17

Vorausschauend denken
Elisabeth Köstinger
Seite 23

Wirtschaftliche Stärke durch Europa
Paul Rübiger
Seite 27

Braucht Europa neue Verträge?
Beatrix Karl
Seite 31

Regionen besser vernetzen
Lukas Mandl
Seite 35

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright 2014 Verlag noir,
Verlag noir, 1120 Wien, Tivoligasse 73
www.verlagnoir.at

Herausgeber: Julius Raab Stiftung
Grafik und Satz: dggd – Doris grussmann graphic design
Lektorat: Dr. Arnold Klaffenböck
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH
Printed in Austria

ISBN 978-3-9503674-1-6

Wie Europa fördert, was Europa fordert

Johannes Hahn

Seite 41

„Zu unserem Glück vereint“

Hans-Gert Pöttering

Seite 45

Europäisch denken und handeln

André Rupprechter

Seite 51

Subsidiarität statt Zentralisierung

Wolfgang Schüssel im Gespräch mit Harald Mahrer

Seite 55

Wachstumsquellen für Europa

Benita Ferrero-Waldner

Seite 63

Europas wirtschaftliche Chancen in der Welt

Christoph Leitl

Seite 67

Europa in Ordnung bringen

Harald Mahrer

Seite 73

Zugpferd EU

Stefan Schnöll

Seite 81

Die Chancen nützen

Manfred Juraczka

Seite 85

Stärken ausspielen

Wilfried Haslauer

Seite 89

Zu einem geeinten Europa stehen

Gabriel Obernosterer

Seite 95

Für starke Regionen

Günther Platter

Seite 99

Die Devise der Zukunft ist Kooperation

Erwin Pröll

Seite 103

Neue Qualität Europas

Josef Pühringer

Seite 109

Kluft zwischen Wahrnehmung und Wahrheit

Hermann Schützenhöfer

Seite 115

Ein Europa der Werte

Franz Steindl

Seite 119

Autorenporträts & Interviewpartner

Seite 125

Vorwort

Der europapolitische Diskurs braucht neue Perspektiven – und das nicht nur im Kontext der Wahlen zum Europäischen Parlament. Die längste Zeit war die Europapolitik von einem prägenden Narrativ bestimmt: von der endgültigen, irreversiblen Überwindung der Teilung Europas durch den Eisernen Vorhang und der damit verbundenen Erweiterung der Europäischen Union.

Diese Erfolgsgeschichte scheint vorläufig – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung – an ein Ende gekommen zu sein. In europapolitischen Debatten geht es nicht mehr um ein Mehr an Europa im Sinn von zusätzlichen Mitgliedsstaaten. Auch ein Mehr an Europa im Sinn einer Vergemeinschaftung zusätzlicher Politikfelder steht zur Diskussion. Immer mehr Stimmen fordern, dass sich Europa stärker auf die großen Themen fokussieren muss, und dass mit der „Regulierungswut“ in kleinen Fragen Schluss sein müsse.

Haben wir es mit einem tatsächlichen Renationalisierungsprozess zu tun? Oder ist das nur ein Zugeständnis etablierter europapolitischer Kräfte an einen radikalen Populismus, der in manchen Ländern sogar in Austrittsforderungen aus Euro und EU mündet? Klare Standpunkte zu beziehen ist wichtiger denn je.

Vorwort

Europa steht in der Tat an einer Weggabelung mit drei Optionen:

- ▶ Verkommt die EU zum bürokratischen Regulierungsprojekt inklusive Festschreibung sozialstaatlicher Anspruchsrechte auf Europa-Ebene?
- ▶ Folgt auf die Erfolgsphase der Europäischen Integration eine Phase der Stagnation und Desintegration?
- ▶ Oder entwickeln wir das Europäische Projekt konsequent und vernünftig weiter, damit sich Europa auf die großen Herausforderungen konzentriert, vor die uns internationale Wettbewerber wie die USA, China oder Indien stellen?

Der vorliegende Sammelband der Julius Raab Stiftung bekennt sich klar zu dritter Option – und präsentiert vor diesem Hintergrund vielfältige Beiträge aus Österreich, die österreichische Perspektiven in Europa und europäische Perspektiven in der Welt herausarbeiten. „Europa. Wir sind dafür“ ist eine politische Aussage, die keine Selbstverständlichkeit (mehr) ist. Umso wichtiger ist es für die Europapartei ÖVP, diesen Markenkern mehr denn je in den Mittelpunkt zu stellen. Europa war, ist und bleibt unsere Stärke.

Dr. Harald Mahrer
Präsident der Julius Raab Stiftung

Die Europäische Union ist ein Projekt, das sich stetig entwickelt, dem sich täglich neue Chancen und Herausforderungen bieten und dem Österreich seit 20 Jahren angehört.

Der Weg in die Europäische Union wurde am 12. Juni 1994 mit der Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs entschieden. Seitdem Österreich Mitglied ist, werden alle Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Mitsprache in der EU bestmöglich genutzt – sei es im Europäischen Rat und in dessen vorbereitenden Gremien, im Europäischen Parlament oder durch die österreichischen Vertreterinnen und Vertreter in weiteren EU-Institutionen.

Europapolitik und Außenpolitik verschränken sich: So verfolgt Österreich Anliegen, die uns besonders wichtig sind, wie zum Beispiel die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik aufgrund unserer geografischen und geopolitischen Lage. Wir sind klar für die Erweiterung der Europäischen Union um die Länder des westlichen Balkans, eine Region, die durch die geografische Nähe, wirtschaftliche Verflechtung und historische Verbundenheit für Österreich besonders wichtig ist.

Weitere Schwerpunkte Österreichs sind die Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen oder die Stärkung der Menschen- und Minderheitenrechte. Themen, die auch die Europäische Union vorrangig behandelt. Österreich hat maßgeblich daran mitgewirkt, dass die EU seit 2012 über

einen EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte verfügt, der europäische Menschenrechtsanliegen gegenüber Drittstaaten wie etwa China und Russland verfolgt. Darüber hinaus beteiligt sich Österreich an mehr als der Hälfte der Krisenmanagementmissionen der EU und ist bei der zweitgrößten Militäroperation EUFOR Althea in Bosnien und Herzegowina sogar der wichtigste EU-Truppensteller.

Europa berührt auch direkt das Leben der Menschen und schafft Erleichterungen, die noch vor einigen Jahren unvorstellbar schienen. Das Reisen ohne Grenzen, die gemeinsame Währung oder Erleichterungen durch einen freien Waren-, Personen-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr sind bereits für viele Österreicherinnen und Österreicher – gerade für die junge Generation – selbstverständlich geworden und nicht mehr wegzudenken.

Die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist aber noch lange nicht abgeschlossen. Schwerpunkte der weiteren Entwicklung des Binnenmarktes sind neben der Förderung der Industrie und Infrastruktur auch Klimapolitik, Bildung, Forschung und Innovation.

Wo aber Verbesserungsbedarf besteht, ist bei der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsprozesse der Europäischen Union und bei der Information über Abläufe, Prozesse und Strukturen. Ich persönlich sehe es als die Kernaufgabe der Politik, hier gute Möglichkeiten zu schaffen, transparent zu arbeiten und Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, mitzudiskutieren, mitzubestimmen und mitzugestalten.

Das Außenministerium hat bisher schon eine Reihe von EU-Initiativen zur Information und zum Dialog gestartet und wird sich weiter engagieren, Europa näher zu den Österreicherinnen und Österreichern zu bringen. Eines der wichtigsten Anliegen ist dabei die europapolitische Bildung an der Schule, wo der Grundstein für europäisches Interesse gelegt und europäisches Bewusstsein geschaffen wird.

Ich hoffe, dass Initiativen sowie auch dieses Buch dazu beitragen, Verständnis für die Europäische Union und Bereitschaft zu erzeugen, gemeinsam Chancen und Herausforderungen anzupacken!

Sebastian Kurz
Bundesminister für europäische und
internationale Angelegenheiten

Ein besseres Europa – mit dem Europäischen Parlament

Die europäische Idee ist richtig für Österreich

Othmar Karas

Gerade heuer, im Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, wird deutlich, wie sehr sich die europäische Integration mit ihrer Idee bewährt hat, Frieden und Stabilität in Europa durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zu fördern. Österreichs Bevölkerung hat vor 20 Jahren aus guten Gründen für einen EU-Beitritt gestimmt. Wie kaum ein anderes Land in Europa hat Österreich seine Chancen genutzt und von mehr Stabilität, Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen profitiert. Zwei Drittel unseres Wohlstands sind von Exporten abhängig – und 80 Prozent der österreichischen Exporte gehen in die EU. Der Fall des Eisernen Vorhangs, unser EU-Beitritt, die EU-Erweiterungen seit 2004 sowie der Beitritt zum Euro haben insgesamt ein Prozent zum jährlichen realen BIP-Wachstum beigetragen. 375.000 zusätzliche Arbeitsplätze, ein österreichischer Handelsbilanzüberschuss in die neuen Mitgliedsstaaten, der vier Mal so groß ist wie unser EU-Saldo, und der Euro als stabile und starke Währung, die den Verwerfungen der Finanz- und Wirtschaftskrise getrotzt hat, sprechen eine klare Sprache.

Diese Erfolge dürfen aber den Blick auf eine weitere Diagnose nicht verstellen: Europa steht gerade heute vor großen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Im globalen Wettbewerb muss Europa wettbewerbsfähig bleiben. Wettbewerbsfähigkeit ist kein Selbstzweck, sondern die Zukunftsversicherung für Europa und Grundlage für breiten Wohlstand und soziale Sicherheit. Das Ziel muss eine Ökosoziale Marktwirtschaft in Europa bleiben, die durch Freiheit und Leistungskraft soziale Verantwortung und nachhaltige Entwicklung ermöglicht. Nach innen steht die EU an einem Wendepunkt zwischen Weiterentwicklung und Rückschritt. Europa muss sich mehr auf die großen Herausforderungen konzen-

trieren, die nur gemeinsam gelöst werden können – und weniger auf die (Über-)Regulierung zu vieler kleiner Themen.

Europa besser machen

Die Entwicklung Europas ist bei Weitem nicht abgeschlossen. Wir müssen nun Europa nicht neu bauen, aber sehr wohl besser machen. Und dieses bessere Europa kann meiner tiefen Überzeugung nach nur mit dem Europäischen Parlament geschaffen werden.

Angelpunkt der letzten Jahre für die Notwendigkeit eines ‚besseren Europa‘ war die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich in der Eurozone vor allem auch als institutionelle Krise manifestierte. Hier waren, da sich die EU zwar eine gemeinsame Währung, jedoch nicht die dafür notwendigen Instrumente und Institutionen gegeben hatte, Reparaturen unumgänglich, die zwar in vieler Hinsicht den gewünschten Erfolg hatten, nun aber weitere tiefgreifende Reformen und Anpassungen erzwingen.

Die Krise hat die Europäische Union nachhaltig verändert. Viele, auch bedeutende Initiativen, die auf EU-Ebene beschlossen wurden, hatten die Bürger im Wesentlichen als Maßnahmen der Mitgliedsstaaten wahrgenommen, wenn sie Jahre später umgesetzt wurden. Auch waren die Auswirkungen dieser Beschlüsse dem Bürger meist nur kumulativ erkennbar, zum Beispiel in der Binnenmarkt-Gesetzgebung.

Im Zuge der Haushaltskrise haben die Menschen verstanden, dass Beschlüsse der europäischen Ebene mitten ins Herz ihrer Lebensbedingungen zielen. Das spüren die griechischen, portugiesischen oder irischen Bürger ganz genau, das haben aber auch die Bürger in den ‚Garantieländern‘ wie Deutschland oder Österreich verstanden: Die wirtschaftliche und politische Verschränkung innerhalb der EU bewirkt eine uneingeschränkte und direkte Auswirkung europäischer Beschlüsse auf die eigenen Lebensumstände.

Mit dieser Weiterentwicklung erreicht auch die Notwendigkeit demokratischer Legitimität eine völlig andere Dimension. Auf europäischer

Ebene ist eine andere demokratische Kontrolle erforderlich: Für alle Beschlüsse auf europäischer Ebene muss das Europäische Parlament die einzig zuständige und wirksame Kontrollinstanz sein! Als aktuelle Beispiele dafür wären anzuführen die künftige Bankenunion (demokratische Kontrolle der EZB) oder die Missionen der Troika (Notwendigkeit der Rücküberführung in den Rahmen der EU-Verträge).

Bedeutung der Europawahl 2014

Unter diesen genannten Gesichtspunkten und der Notwendigkeit, Europa zu einer starken, handlungsfähigen, bürgernahen und demokratischen EU weiterzuentwickeln, wird die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament zu einer echten Richtungsentscheidung.

Vier Themenkomplexe sind dabei für mich von Bedeutung. Erstens muss die starke Rolle Europas in der Welt gesichert und ausgebaut werden. Je erfolgreicher sich Europa im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsmächten der Welt behaupten kann, desto besser ist dies auch für Österreich. Gerade als exportorientiertes Land profitieren wir von gemeinsamer wirtschaftlicher Stärke in Europa und sind dem globalen Wettbewerb nicht schutzlos ausgeliefert. Eine Stärkung der Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit, eine Vollendung des europäischen Binnenmarktes – vor allem auch durch eine bessere Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen anstelle neuer Regelungen! – sowie verstärkter Investitionen in Forschung und Wissenschaft stehen an erster Stelle. Zentral ist in dieser Hinsicht auch die Fortsetzung eines Konsolidierungskurses für die öffentlichen Haushalte durch einen Abbau der Staatsschulden und verantwortungsvolle Budgetplanung in den einzelnen Staaten. Und dies muss auch transparent und konsequent kontrolliert werden, mit wirksamen Konsequenzen für jene Länder, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten.

Der zweite Themenkomplex betrifft die weitere Demokratisierung der EU. Hier geht es um mehr und umfassendere demokratische Kontrolle der EU-Kommission durch das Europaparlament sowie die Stärkung der demokratischen Mitspracherechte der Bürgerinnen und

Bürger bei europäischen Entscheidungsfindungsprozessen. In Zukunft soll keine Entscheidung, für welche die EU verantwortlich ist, mehr am Europaparlament vorbei gefällt werden können! Ich kann mir auch vorstellen, die Europäische Bürgerinitiative zu einer effektiven Gesetzgebungsinitiative auszubauen, mit der ein Gesetz direkt beim Europaparlament eingebracht werden kann. In jedem Fall aber wird die korrekte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips von zentraler Bedeutung sein: Nicht jede Aufgabe, die sich stellt, muss europaweit geregelt werden, es muss aber dafür gesorgt werden, dass Europa bei den großen, gemeinsamen Aufgaben handlungsfähig ist und Erfolge erzielen kann. Die EU soll dort handeln, wo dies einen klaren, nachweisbaren Mehrwert ergibt.

Mehr Verantwortung füreinander in einem gemeinsamen Europa stellt für mich den dritten Themenkomplex dar. Dass die Stärkeren den Schwächeren zum beiderseitigen Vorteil helfen sollen, ist ein Grundprinzip Europas, das in der Regional- und Strukturpolitik erfolgreich gelebt wird. Auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise war der europäische Zusammenhalt besonders wichtig. Klar muss aber auch sein: Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wer etwas von der Gemeinschaft erhält, muss dafür seinen Beitrag leisten. In diesem Sinn müssen wir Solidarität in Europa richtig verstehen und verantwortungsvoll umsetzen: mit klaren Spielregeln, gegenseitiger Verlässlichkeit und demokratischer Kontrolle. Gleichzeitig muss aber auch gelten, dass Europa die bestehenden sozialen Probleme und Herausforderungen an der Wurzel lösen muss und nicht in andere Mitgliedsstaaten exportieren darf!

Last but not least bildet die Forderung nach einem sicheren Europa den vierten Themenkomplex. Europa ist eine der wenigen Weltregionen, in der Sicherheit und Stabilität auch im Alltag spürbar sind. Österreich hat ein hohes Interesse an stabilen und sicheren Verhältnissen nicht nur bei unseren unmittelbaren Nachbarn, sondern auch in weiter entfernten Ländern. Die Europäische Union spielt dabei eine entscheidende Rolle bei einer wirksamen Verhinderung illegaler Migration oder von Flüchtlingsdramen an den südlichen Grenzen Europas. Sicherheit ist ein wichtiger Teil unserer Lebensqualität mit

vielfältigen Dimensionen. Sichere Lebensmittel oder sichere Kommunikation sind etwa in einer globalisierten Welt zur Herausforderung geworden. Und all diese Fragen haben für mich einen gemeinsamen Nenner: Mit Europa kann Österreich mehr für Sicherheit und Lebensqualität der Menschen tun als allein.

Die Europäische Union hat ihren Wert für unseren Kontinent, für die Bürgerinnen und Bürger und auch für Österreich deutlich bewiesen. Wir sind aber noch lange nicht am Ende des Weges angelangt. Gemeinsam können und müssen wir Europa besser machen. Das kann gelingen, wenn alle anpacken und den politischen Willen dafür haben. Und es muss gelingen, wenn wir eine gute Zukunft unseres Landes in diesem Europa sichern wollen.

Vorausschauend denken

Über Europa und die Zukunft der Landwirtschaft

Elisabeth Köstinger

Europas Geschichte ist seit jeher geprägt von Widersprüchen und Gegensätzen. Wenn wir von unserem heutigen Standpunkt aus zurückblicken, sehen wir ein Europa der wechselnden Formen und Farben; wir sehen ein Europa, welches viele der größten Errungenschaften der Menschheit zutage gebracht hat, und zugleich ein Europa, welches die abscheulichsten Taten der selbigen miterlebt hat. Wir sehen ein Europa, welches Leistungen in der Medizin, der Ökonomie, der Demokratie, der Psychologie und der Künste erbracht hat, und zugleich ein Europa, welches die beiden Weltkriege und menschenverachtende Gräueltaten gesehen hat. Aber genau in dieser Ambivalenz, in diesem inneren Kampf mit sich selbst, liegen die Wurzeln unserer Gegenwart und Zukunft. Europa ist ein Platz der Gegensätze, aber viel mehr ein Platz der Gemeinsamkeiten. Europa ist ein Platz der Vielsprachigkeit und der unterschiedlichen Kulturen und Bräuche, aber viel mehr ein Platz einer gemeinsamen europäischen Identität. Europa ist ein Platz, den man, müsste man ihn in Worte fassen, am besten mit dem Leitspruch des Europäischen Parlaments definieren kann: Europa ist „in Vielfalt geeint“.

Sich der Renationalisierungsdebatte stellen

Für unsere Zukunft und die Zukunft aller Europäerinnen und Europäer in der Europäischen Union müssen wir uns die Frage stellen, welches Europa wir zukünftig haben wollen. Wollen wir ein Europa der voneinander abgegrenzten, verschlossenen Staaten oder wollen wir ein Europa der gemeinsamen Verantwortung und der vereinten Kräfte? Wollen wir ein Europa, welches das Gemeinsame hervorhebt, oder ein Europa, das das Trennende sucht?

Wenn wir nun nochmals von unserem heutigen Standpunkt aus zurückblicken, dann scheint die Antwort für viele von uns auf der Hand zu liegen: Wir wollen ein Europa der Gemeinsamkeiten. Dennoch gilt es diese auf der Hand liegende Antwort immer wieder aufs Neue mit Argumenten zu untermauern, denn jeden Tag ist dieses gemeinsame Europa einer Renationalisierungsdebatte ausgesetzt. Dieser Debatte gilt es sich zu stellen und aufzuzeigen, dass der europäische Weg ein solidarischer ist, der Schulter an Schulter beschritten werden muss. Unser gemeinsames, vereintes Europa muss innerhalb des demokratischen Prozesses nicht nur bestehen, sondern sich eben durch diesen definieren und ständig weiterentwickeln.

Sichere Versorgung mit Lebensmitteln

Ein Grundpfeiler der Europäischen Union ist die Landwirtschaft und die damit einhergehende eigenständige Versorgung der europäischen Bürgerinnen und Bürger mit Nahrungsmitteln. Die EU hat sich dazu verpflichtet, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen. Für viele mag das überraschend klingen, da in Zeiten voller Regale in den Lebensmittelmärkten die Versorgung mit Nahrungsmitteln als selbstverständlich angesehen wird. Gerade die Annahme einer selbstverständlichen Leistung der europäischen Bäuerinnen und Bauern für die Gesellschaft führt zur Marginalisierung der selbigen. Die ausreichende Versorgung der Europäerinnen und Europäer mit Lebensmitteln ist aber von größter Bedeutung, da in der Vergangenheit Lebensmittelkrisen und daraus resultierende Hungersnöte zu politischen Konflikten und oftmals zu Kriegen führten. Schon der damalige US-amerikanische Außenminister Henry Kissinger wies auf die enorme Bedeutung der Lebensmittelproduktion hin, als er sagte: „(...) wer die Nahrung kontrolliert, kontrolliert die Menschen“. Natürlich muss Kissingers Zitat im Kontext der damaligen Zeit und der seinerzeit vorherrschenden geopolitischen Lage betrachtet werden; dennoch zeigt es umgelegt auf die Gegenwart, dass der Annahme zu etwas Selbstverständlichem eine gewisse Problematik innewohnt.

Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) wurde auf Basis der Römischen Verträge 1962 von den sechs Gründerstaaten der späte-

ren Europäischen Union ins Leben gerufen. Im Mittelpunkt standen die sichere Versorgung mit erschwinglichen Lebensmitteln sowie Einkommens- und Planungssicherheit für Landwirtinnen und Landwirte, damit die Landwirtschaft in Europa aufrechterhalten bleiben kann. Somit war damals wie heute die Lebensmittelsicherheit der Grundgedanke, um den Europäerinnen und Europäern Grundsicherheiten zu garantieren. Über die Jahrzehnte hinweg unterlief die GAP mehrere Reformen. Die letzte wurde zwischen Europäischer Kommission, dem Rat der Europäischen Union und – zum ersten Mal – auch dem Europäischen Parlament verhandelt und auf den Weg gebracht. Seit dem 1. Jänner 2014 ist die neue GAP in Kraft, deren Ziel es ist, die europäische Landwirtschaft im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu halten, einen Ausgleich zwischen „alten“ und „neuen“ Mitgliedsstaaten zu finden sowie Innovation, Modernisierung und den Umweltschutz zu fokussieren, um die Produktion europäischer, qualitativ hochwertiger Lebensmittel abzusichern.

Jobmotor im ländlichen Raum

In den letzten zwei Jahren wurde die GAP 2014–2020 im Europäischen Parlament verhandelt. Von besonderer Bedeutung war und ist hierbei die ländliche Entwicklung als einer der insgesamt vier Bereiche der GAP. Der Bereich der ländlichen Entwicklung wurde federführend von mir im Namen der größten Fraktion im Europäischen Parlament, der Europäischen Volkspartei, mitverhandelt.

Im Mittelpunkt stand für mich dabei die Weiterführung der Ausgleichszahlungen als Leistungsabgeltung für die europäischen Bäuerinnen und Bauern. Unsere Landwirtinnen und Landwirte produzieren nicht nur nach höchsten Produktions-, Umwelt- und Sozialstandards, sondern erhalten den gesamten ländlichen Raum, Kulturlandschaften sowie die Almflächen. Sie sind als treibende Kraft auf dem Land Garant für einen lebendigen ländlichen Raum und tragen maßgeblich dazu bei, dass dieser als Naherholungs- und Wirtschaftsraum erhalten bleibt. Ein Blick auf die Statistik spricht Bände: Die Landwirtschaft sichert allein in Österreich 500.000 Arbeitsplätze. Somit ist sie der Jobmotor im ländlichen Raum.

Ein weiterer Punkt ist die Fokussierung auf Produktionseffizienz, welche im Gegensatz zur industriellen Landwirtschaft steht. Speziell durch Österreichs Agrarstruktur, in der Familienbetriebe und Betriebe im Nebenerwerb die Mehrheit bilden, darf der Weg zur Ernährungssicherheit nicht ein industrieller, sondern muss ein effizienzsteigernder sein. Dieser Weg konnte innerhalb der GAP durch eine Qualitäts-offensive abgesichert werden. Das Qualitätspaket der GAP wurde überarbeitet und durch die Einführung von spezifischen Lebensmittelkennzeichnungen verbessert. Ein konkretes Beispiel ist die neue Kennzeichnung „Produkte vom Berggebiet“, die garantiert, dass Produkte und Produktrohstoffe aus den jeweiligen Berggebieten der Regionen kommen.

Globale Vorreiterrolle

In diesen zwei vergangenen Jahren konnten wir somit die Gemeinsame Agrarpolitik nachhaltiger und wettbewerbsfähiger gestalten – ein wichtiger Beitrag des Europäischen Parlaments nicht nur für die Landwirtinnen und Landwirte, sondern auch für die Konsumentinnen und Konsumenten.

Wir sind global mit einem stetigen Anstieg der Bevölkerungszahlen konfrontiert. Das zu bewirtschaftende Land wird knapper, Ressourcen rarer. Zu all dem gesellt sich der Klimawandel hinzu, der seinen Erwärmungslauf fortsetzen und so die einzelnen Umwelt- und Klimazonen neu definieren oder zumindest verschieben wird. Wir müssen uns jetzt schon den Fragen der Zukunft stellen und vorausschauend denkend mögliche Antworten finden – eine große Herausforderung, denn es geht um nicht weniger als die Ernährung der Weltbevölkerung. Die Europäische Union muss hierbei, wie in anderen Bereichen, eine globale Vorreiterrolle übernehmen und länderübergreifend Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

Wirtschaftliche Stärke durch Europa

Warum wir uns auf den bisherigen wirtschaftlichen Erfolgen nicht ausruhen dürfen

Paul Rübzig

Europa hat in seiner wechsellvollen Geschichte viel Leid ertragen müssen. Furchtbare Kriege prägten die Generationen und das Verhältnis der Staaten untereinander.

Bis mutige und visionäre Männer und Frauen den Entschluss fassten, es besser machen zu wollen. Heute leben in der Europäischen Union 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus mittlerweile 28 verschiedenen Staaten.

Konflikte werden nicht mehr auf dem Schlachtfeld, sondern in demokratisch gewählten Parlamenten ausgetragen.

Eine Errungenschaft, die man nicht genug würdigen kann angesichts des blutigen Weges, den die europäischen Bürgerinnen und Bürger gehen mussten.

Erfolg durch Marktwirtschaft

Neben dem Willen zu Frieden und zur Demokratie wird ein wichtiger Grundpfeiler des heute in Europa herrschenden Wohlstandes, den es trotz der Krise gibt, heutzutage leider häufig außer Acht gelassen.

Es ist das einfache Faktum, dass sich in Europa – anfangs in einigen Staaten, schlussendlich in fast allen – das Prinzip der Marktwirtschaft durchsetzen konnte.

Es war immer schon der Handel, der Austausch von Waren und Dienstleistungen, der Menschen und damit auch Völker einander näher kommen ließ.

Voraussetzung für das Funktionieren des Marktmechanismus sind die Garantie des Eigentums und ein freier Markt, der ohne Verzerrungen und Verfälschungen besteht. Diese Bedingungen herrschen vor allem in rechtsstaatlichen Demokratien mit individuellen Freiheiten, wie Wettbewerbs- oder Vertragsfreiheit, welche verfassungsrechtlich garantiert sind.

Spezielle Ausprägungen wie zum Beispiel die „Soziale Marktwirtschaft“ schufen zusätzlich einen sozialen Ausgleich. Vorteile der Freien Marktwirtschaft, wie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sollen mit bestmöglicher sozialer Absicherung vereint werden.

Wirtschaftliche Freiheit, Wachstum und Gerechtigkeit sollen in ein vernünftiges Gleichgewicht gebracht werden.

Die Marktwirtschaft hat sich als erfolgreichstes Wirtschaftsmodell erwiesen. Der wirtschaftliche Erfolg Österreichs basiert auf dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft, in dem sich Unternehmergeist, Leistungsbereitschaft und Wachstum entwickeln konnten.

Der Staat muss leistungsfördernde Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und den Markt schaffen. Jedoch darf er nicht überregulieren und Unternehmergeist einschränken oder im Keim ersticken.

Triebfeder einer jeden Marktwirtschaft ist das Unternehmertum, sind Menschen, die Risiko auf sich nehmen, Ideen entwickeln und Innovationen vorantreiben.

Wettbewerb bringt Innovation

Ein zweiter wichtiger Aspekt ist ein funktionierender Wettbewerb innerhalb der Marktwirtschaft. Wettbewerb ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, führt er doch zu einem breiten Angebot an Produkten und Dienstleistungen, aus denen die Konsumentinnen und Konsumenten frei wählen können. Aus gesundem Wettbewerb resultieren Innovation und Qualität. Innovationen sind auch das Resultat von Forschung, die wiederum die Wissenschaft benötigt.

Wissenschaft, Bildung, Forschung, Innovation und Unternehmertum gehen Hand in Hand.

Weltweit sind diejenigen Staaten erfolgreich, die in Bildung, Wissenschaft und Forschung investieren und gleichzeitig Schranken für Unternehmertum abbauen, ja diesen Unternehmergeist sogar aktiv unterstützen.

Hundertern Millionen Menschen gelang es in den letzten Jahrzehnten, sich aus der massivsten Armut zu befreien, da es ihnen ermöglicht wurde, ihr Können, ihre Fähigkeiten und ihre Ideen anzubieten.

Warum ist das für Europa so entscheidend?

Europa lebt von einem starken Unternehmertum. 99 Prozent aller Unternehmen in Europa sind Klein- und Mittelunternehmen. 70 Prozent aller Beschäftigten finden in dieser Art Unternehmen ihren Arbeitsplatz.

In Österreich stellen die Klein- und Mittelunternehmen 99 Prozent der Firmen dar und schaffen damit Arbeitsplätze für rund zwei Drittel aller Beschäftigten. Diese erwirtschaften rund 60 Prozent der Bruttowertschöpfung unseres Landes.

Stärke und Schutz

Der europäische Binnenmarkt hat sich als der entscheidende Erfolgsfaktor etabliert. Dieser gemeinsame Binnenmarkt in Europa bietet nicht nur starke Möglichkeiten für die Betriebe zur Entwicklung und Expansion in wirtschaftlich guten Zeiten, er schützt auch in Zeiten von Krisen und konjunkturellen Schwankungen.

Abbau von Handelshemmnissen, Grundfreiheiten wie der freie Verkehr von Waren, Gütern und Dienstleistungen sowie die Mobilität der europäischen Bürgerinnen und Bürger garantieren einen gesunden und funktionierenden Wettbewerb und damit funktionierenden Markt.

Auch Österreich als kleine Marktwirtschaft profitiert von der Offenheit des europäischen Marktes, kaum ein anderes Land konnte die Mitgliedschaft in der Europäischen Union so gut nutzen.

Neben dem Binnenmarkt und einer gemeinsamen Währung bietet Europa auch in anderen Bereichen Chancen. Erwähnt seien hier Bildungsprogramme wie „Erasmus+“ und „Erasmus für Jungunternehmer“, welche zig Tausenden von jungen Menschen die Möglichkeit geben, in anderen Ländern Erfahrungen zu sammeln, zu arbeiten oder zu studieren.

Prinzipiell muss eines jedenfalls festgehalten werden: Jeder Euro, den der Staat in Infrastruktur, Bildung, Soziales und Kultur investiert, wurde vorher von Unternehmen erwirtschaftet. Es sind diese innovativen Unternehmen in Europa, die Arbeitsplätze schaffen und Wohlstand sichern.

Die Mitbewerber holen auf

Europa nützt im globalen Wettbewerb. Es bietet Chancen und Herausforderungen. Auf dem bisherigen Erfolg darf man sich aber keinesfalls ausruhen. Die Mitbewerber holen auf, investieren in Bildung und Forschung, schließen sich ebenfalls zu Unionen zusammen. Ein ständiger Reformprozess, ein ständiges Nachdenken, was man verbessern kann in Europa, ist erforderlich.

Es gibt Handlungsbedarf in vielen Bereichen: Strukturelle Reformen und Haushaltskonsolidierung. Abbau von Bürokratie und Verwaltungsaufwand. Garantierte Rechtssicherheit, Schutz der Privatautonomie und des Eigentums. Wir brauchen eine Freie Marktwirtschaft mit klaren Regeln, Unternehmergeist und Besinnung auf die grundlegenden Werte wie Freiheit, Verantwortung und Risikobereitschaft!

Braucht Europa neue Verträge?

Für einen transparenten und breit angelegten Diskussionsprozess auch auf Basis der gemeinsamen europäischen Werte

Beatrix Karl

Jede Tätigkeit der Europäischen Union beruht auf Verträgen, die von allen EU-Mitgliedsstaaten auf freiwilliger und demokratischer Basis angenommen wurden. Von zentraler Bedeutung sind die vier Gründungsverträge: der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)¹, der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)², der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)³ und der Vertrag über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht)⁴.

Basis für Weiterentwicklung

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der EU und vor allem auch der Beitritt neuer Mitgliedsstaaten machten immer wieder Änderungen der Gründungsverträge erforderlich, die vor allem wesentliche institutionelle Änderungen und neue Zuständigkeitsbereiche für die europäischen Organe bewirkten. Die letzte große Vertragsänderung ist mit dem Vertrag von Lissabon erfolgt. Vor Inkrafttreten dieses Vertrags mit 1.12.2009 haben die damaligen 27 Mitgliedsstaaten der EU gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25.3.2007 eine Erklärung abgegeben, deren Punkt III wie folgt lautet: „Die Europäische Union lebt auch in Zukunft von ihrer Offenheit und dem Willen ihrer Mitglieder, zugleich gemeinsam die innere Entwicklung der Europäischen Union

¹ Der EGKS-Vertrag ist am 18.4.1951 in Paris unterzeichnet worden, am 23.7.1952 in Kraft getreten und am 23.7.2001 ausgelaufen.

² Der EWG-Vertrag ist am 25.3.1957 in Rom unterzeichnet worden und am 1.1.1958 in Kraft getreten.

³ Der Euratom-Vertrag ist am 25.3.1957 in Rom unterzeichnet worden und am 1.1.1958 in Kraft getreten.

⁴ Der EU-Vertrag ist am 7.2.1992 in Maastricht unterzeichnet worden und am 1.11.1993 in Kraft getreten.

zu festigen. Die Europäische Union wird auch weiterhin Demokratie, Stabilität und Wohlstand jenseits ihrer Grenzen fördern. Mit der europäischen Einigung ist ein Traum früherer Generationen Wirklichkeit geworden. Unsere Geschichte mahnt uns, dieses Glück für künftige Generationen zu schützen. Dafür müssen wir die politische Gewalt Europas immer wieder zeitgemäß erneuern. Deshalb sind wir heute, 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, in dem Ziel geeint, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen. Denn wir wissen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft". Die in dieser Erklärung als Ziel genannte erneuerte gemeinsame Grundlage wurde mit dem Vertrag von Lissabon geschaffen und bietet eine gute Basis für eine Weiterentwicklung der EU, die zum Teil Vertragsänderungen notwendig macht, zum Teil aber auch durch bestmögliche Nutzung der bestehenden Instrumente und Prinzipien bewirkt werden kann.

Subsidiaritätsprinzip anwenden

Unter dem Titel „bestmögliche Nutzung bestehender Instrumente und Prinzipien“ ist meines Erachtens die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips von zentraler Bedeutung. Dieses in Art 5 Abs 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verankerte Prinzip besagt, dass die EU bei Angelegenheiten, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig wird, „sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedsstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind“. D. h., politische Entscheidungen sollen auf jener Ebene getroffen werden, die dafür am besten geeignet ist. Damit soll sichergestellt werden, dass die Ausübung der Befugnisse so bürgernah wie möglich erfolgt. Der Vertrag von Lissabon hat das Subsidiaritätsprinzip zwar erheblich gestärkt, dies genügt allerdings nicht, wenn es in der Praxis nicht entsprechend gelebt wird. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass im Regierungsprogramm 2013–2018 vorgesehen ist, einen österreichischen Aktionsplan zur Verbesserung der Anwendung der Grundsätze

der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit auf EU-Ebene auszuarbeiten, um stärker darauf hinzuwirken, dass die EU nur in jenen Bereichen Vorschriften erlässt, die besser auf EU-Ebene geregelt werden können. Das Europäische Parlament schlägt in seiner Entschließung vom 13.9.2012 vor, Maßnahmen zu prüfen, mittels derer mögliche Hindernisse für die Beteiligung der nationalen Parlamente an der Kontrolle der Subsidiarität beseitigt werden können. Darüber hinaus regt es an, zu erörtern, ob es zweckmäßig ist, auf EU-Ebene geeignete Kriterien zur Überprüfung der Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit festzulegen.

Richtige Balance finden

Eine den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geschuldete Weiterentwicklung der Europäischen Union wird aber auch um Vertragsänderungen nicht umhinkommen. Dies ist schon deshalb geboten, um aus der Finanz- und Wirtschaftskrise die richtigen Schlüsse zu ziehen, die in der Krise gefundenen Notlösungen auf sichere Beine zu stellen und nach einer sowohl für die Mitgliedsstaaten als auch für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union schwierigen Phase der Krisenbewältigung den künftigen Kurs der EU festzulegen. Wie im Regierungsprogramm 2013–2018 ausgeführt wird, haben die Krise in Europa und die damit verbundenen Reformen bei vielen Bürgerinnen und Bürgern zu einer Verunsicherung in Bezug auf den „Mehrwert“ der EU geführt. Die österreichische Bundesregierung sieht es deshalb als notwendig an, die Handlungsfähigkeit und die politische Schwerpunktsetzung der EU angesichts neuer Herausforderungen, insbesondere innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, aktiv und abgestimmt weiterzuentwickeln. Dazu wird unter anderem eine Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion gefordert, die darauf abzielt, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung sowie die Stabilität des Euro zu sichern. Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Othmar Karas spricht konkret an, dass eine Europäische Währungsunion einen europäischen Finanzminister, eine europäische Wirtschafts- und Sozialunion sowie einen europäischen Währungsfonds auf dem Boden des Gemeinschaftsrechts braucht. Das Institut Troika müsse Teil der europäischen Verträge werden. Zutreffend er-

achtet es Othmar Karas für notwendig, eine richtige Balance zwischen der Konsolidierung, den Strukturreformen und den Anreizen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu finden. „Das ist unser Sozialmodell in der EU. Dafür brauchen wir Zeit, EU-Instrumente, die besser und effizienter in Europa arbeiten, dafür ist mehr Verantwortung und Solidarität nötig. Und dafür brauchen wir eine Vertragsänderung“. Diese Vertragsänderung soll, wie auch im Regierungsprogramm 2013–2018 festgeschrieben, durch einen europäischen Konvent mit größtmöglicher Bürgerbeteiligung vorbereitet werden.

Die Erarbeitung einer Vertragsänderung benötigt aber nicht nur einen transparenten und breit angelegten Diskussionsprozess, sie muss insbesondere auch auf Basis der gemeinsamen europäischen Werte erfolgen. Mit den Worten des früheren Präsidenten des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering gesprochen: „Die europäische Einigung basiert auf unseren gemeinsamen Werten – die Würde des Menschen, die Menschenrechte, die Demokratie, das Recht und die Soziale Marktwirtschaft. Die Europäische Union wird diese auch im 21. Jahrhundert verteidigen“.

Literatur

Der Standard (10.01.2014):

Karas will „Notlösung“ Troika reformieren.

Online: <http://derstandard.at/1388650610045/Karas-will-Notloesung-Troika-reformieren> [24.02.2014]

APA – Austria Presse Agentur (08.01.2014):

Karas fordert EU-Vertragsänderung – Troika-System nur Interimslösung

Online: <http://www.othmar-karas.at/de/schwerpunkte.php?cat=1&id=1371> [24.02.2014]

Pöttering, H.-G. (2007):

In: Schreiber, N.; Wieser, L. (Hrsg): Europa was nun? Träume und Traumata.

Klagenfurt: Wieser Verlag

Regionen besser vernetzen

Die kleinen Heimaten tragen die große Heimat

Lukas Mandl

„Die Union muss groß sein bei großen Dingen und klein bei kleinen Dingen“, sagte Kommissionspräsident José Manuel Barroso 2013 in seiner Rede zur Lage der Union. Es ist selten, dass es gelingt, eine komplexe Herausforderung in einem so kurzen Satz auf den Punkt zu bringen. Barroso ist es hier gelungen. Der Satz taugt als Leitlinie für künftige Entwicklung der Europäischen Union.

Europa muss eine Supermacht werden. Als Akteur auf der Weltbühne muss Europa viel mehr Gewicht auf die Waagschale bringen. Wenn wir europäische Werte ernst meinen, müssen wir Europa zur Supermacht machen. Europa hat etwas beizutragen, das nur Europa in dieser Form beitragen kann, etwa das Streben nach Frieden durch Ausgleich und Deeskalation. Die Europäische Union zeigt auf eine in Geschichte und Gegenwart beispiellose Weise, wie es möglich ist, dass Menschen nicht nur unterschiedlicher Sprachen und unterschiedlicher Lebensweisen, sondern auch unterschiedlicher Nationen, in Frieden miteinander leben. Das und mehr kann die Europäische Union auf der Weltbühne beitragen. Oder vielmehr: sie könnte ...! Denn etwa nach dem Einmarsch russischer Truppen in die ukrainische Krim waren die USA um vieles schneller als die EU, und eindeutiger. Es ist wertvoll, dass die USA einer solchen Aggression das Gewicht einer Supermacht entgegensetzen. Wäre Europa eine Supermacht, könnte es schneller, deutlicher und wirksamer spezifisch europäische Werte einbringen. Dann könnte niemand mehr allen Ernstes sagen „fuck the EU“, was sich wohlwollend – aber für uns dennoch beschämend – übersetzen lässt mit „die EU ist zum Vergessen“.

Europa muss eine Supermacht und ein sehr gewichtiger Teil der freien Welt werden. Das ist im Interesse Europas und der ganzen Welt.

Was Europa bedeutet

Der oben erwähnte Begriff der Nation hat in Verbindung mit der Geschichte Europas keinen guten Klang. Als „Erzpest des Jahrhunderts“ hat der große Stefan Zweig in seiner „Welt von Gestern“ den Nationalismus bezeichnet. Der Nationalismus, der auf Hass basiert, kann als überwunden gelten, glauben manche, aber das stimmt nicht. Darauf wird noch einzugehen sein. Eine patriotische Haltung, die auf Liebe basiert, muss sich die Frage gefallen lassen, worauf sie sich richtet, was sie meint.

Christian Lindner, Vorsitzender der FDP, mein Jahrgang übrigens, hat die wunderbare Erklärung der Geschichte gebracht, dass Europa für die Generation unserer Großeltern Friede bedeutet habe, für die Generation unserer Eltern Wohlstand, und für unsere Generation Freiheit. Ich erlaube mir zu ergänzen, dass ich mir wünsche, dass Europa für die Generation meiner Kinder Heimat wird – wirklich mit dem Herzen empfundene Heimat. Liebe zur Heimat ist Liebe zu Menschen. Die kennt keine geografischen Grenzen. Sie ist eine Liebe, die hinleiten kann zum ganz wichtigen Grundsatz „think globally, act locally“ – global denken, lokal handeln.

Nein, es gibt in Europa heute nicht wirklich Regierungs-Nationalismus. Aber es gibt nationalistische Tendenzen, die in einzelnen Mitgliedsstaaten immer wieder auftreten. Nun schicken sich nationalistische Gruppen aus einzelnen Mitgliedsstaaten an, bei der Europawahl zu reüssieren und im Europaparlament an Stärke zuzulegen. Diese Entwicklung ist nicht unabänderlich. Und sie ist nicht einfach so hinzunehmen. Sie muss erkannt und für die Bürgerinnen und Bürger Europas transparent gemacht werden.

Obskure und miefige FPÖ

Unsere Aufgabe ist es wohl, die Österreicherinnen und Österreicher auf die Gefahren hinzuweisen. Im Fall Österreichs sind die Gefahren besonders groß, weil große Teile der Welt auf Österreich mit Argusaugen schauen. Das ist aufgrund unserer Geschichte ver-

ständig und völlig richtig. Und die Gefahren sind besonders groß, weil auch in anderen Teilen der Welt gesehen wird, dass die FPÖ unter Strache in einem noch viel obskureren und miefigeren Zustand ist als vorher. Genau diesen Zustand versuchen Strache und seine Leute ja ständig zu verschleiern. Und wenn jemand die FPÖ wählt, dann in aller Regel nicht wegen des Obskurantismus und des Miefigs, sondern trotz dieses wahren Zustands der Partei, aus Protest. Was aber passiert, wenn die FPÖ aus der Europawahl als Nummer 1 hervorgeht, ist unabsehbar und jedenfalls schlecht für Österreich. Dann steht unser Heimatland negativ in der sprichwörtlichen „Auslage“. Das kann dann Auswirkungen beispielsweise auf Wirtschaft und Arbeitsplätze im Land haben, und auf das Leben von Österreicherinnen und Österreichern in aller Welt. Denn bundesweit auf Platz 1 war die FPÖ noch nie, und schon gar nicht die Strache-FPÖ.

Die Lehre aus dieser Einsicht ist klar: Wer das versteht, sollte nicht so wählen, dass ein Platz 1 für die FPÖ begünstigt wird.

Erste Ansprechpartner für Subsidiarität

Barroso sagte auch: „Nicht jedes Problem braucht eine europäische Lösung.“ Dieses Bewusstsein hilft nicht nur dabei, bei Wahlen Stimmen aus Protest hintanzuhalten. Dieses Bewusstsein entspricht auch dem Grundsatz der Subsidiarität, der ein essenzieller Bestandteil der Integration ist. Das richtige Verständnis von Nationalstaaten und der Grundsatz der Subsidiarität zeigen, dass Europa ein „Europa der Regionen“ sein muss, um zu funktionieren.

Hier spielen die gewählten Landesparlamente eine entscheidende Rolle: Der Vertrag von Lissabon ermöglicht den Parlamenten der Mitgliedsstaaten, gegen Vorschläge der Europäischen Kommission sogenannte „Subsidiaritäts-Rügen“ einzubringen – und zwar dann, wenn man im Parlament vor Ort der Meinung ist, dass bei einer Umsetzung des Vorschlags der Grundsatz der Subsidiarität verletzt würde. Die Landesparlamente, die – neben den Kommunen – wohl erste Ansprechpartner in Fragen der Subsidiarität sind, können ihre nationalen Parlamente auffordern, tätig zu werden. Im Sinne der

Sache gibt das Instrument der Subsidiaritäts-Rüge innerhalb der nationalen Parlamente den Länderkammern – dort, wo solche bestehen – gleich viel Gewicht wie den nationalen Kammern: Jeder Mitgliedsstaat hat zwei Stimmen. Seitens Österreichs verfügen der Bundesrat und der Nationalrat über je eine Stimme. Wenn europaweit ein Drittel der maßgeblichen Kammern eine Subsidiaritäts-Rüge verabschiedet, also ein Quorum von zumindest 19 Stimmen gegeben ist, muss die Kommission den Vorschlag überarbeiten. (Wenn das Vorhaben den Raum der Freiheit, des Rechts oder der Sicherheit betrifft, dann reicht ein Viertel, das sind 14 Stimmen.) Wenn die Hälfte eine Subsidiaritäts-Rüge beschließt, also ein Quorum von 28 Stimmen vorliegt, muss der Vorschlag samt den kritischen Stellungnahmen der Parlamente dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegt werden.

Instrument weiterentwickeln

In Österreich muss der Bundesrat die Landtage „unverzüglich“, wie es im Bundes-Verfassungsgesetz heißt, über alle Entwürfe von Gesetzgebungsakten der Europäischen Union unterrichten, und der Bundesrat hat bei der Beschlussfassung einer begründeten Stellungnahme die Stellungnahmen der Landtage zu erwägen. (Praktisch ist es so, dass es eine gute aufrechte Gesprächsbasis zwischen den Landesparlamenten und dem Bundesparlament, und zwar sowohl zum Nationalrat als auch zum Bundesrat, gibt. Und praktisch ist es so, dass in Österreich bisher vor allem die Landtage für Niederösterreich, Vorarlberg und Wien von den neuen Möglichkeiten Gebrauch machen.)

Es hat mehrere Gründe, dass ich das hier so ausführlich schildere:

Erstens macht es deutlich, was es in der Praxis bedeutet, eine ausgleichende deeskalierende Politik zu machen: Es hat mit Komplexität, Bürokratie und Langwierigkeit zu tun. Und es ist nicht unbedingt „sexy“, wie man umgangssprachlich sagt.

Zweitens bin ich glücklich über die neuen Möglichkeiten, die der Lissabon-Vertrag den Regionen gibt. Jetzt müssen die Regionen diese Möglichkeiten nutzen. Ich durfte vor Vertretern der Regionen Kroatiens, des jüngsten Mitgliedsstaates, über die Arbeit der Landesparlamente im europäischen Institutionen-Gefüge sprechen, und bin glücklich, nun zum Beispiel in Kroatien potenzielle Partner für allfällige Initiativen zu wissen. Damit die Regionen in Brüssel ihr Gewicht auf die Waagschale bringen, müssen sie sich vernetzen – noch mehr und noch besser. Das ist die große Hausaufgabe, die wir in den Landesparlamenten in den kommenden Jahren zu erledigen haben.

Drittens verstehe ich zwar, dass das System der Komplexität der Union gerecht werden muss, aber es darf nicht zu komplex sein. Noch ist es zu komplex. Besonders die Frist von nur acht Wochen, die höchstens vergehen dürfen von der Übermittlung eines Kommissions-Vorschlags bis zur Antwort in Form einer Subsidiaritäts-Rüge, ist zu kurz für eine seriöse Beschäftigung in den Plenarsitzungen und Ausschüssen gleich mehrerer Parlamente oder Kammern. Das Instrument der Subsidiaritäts-Rüge gehört also weiterentwickelt.

Das alles zeigt, dass Europa nicht nur in Brüssel oder Straßburg ist, sondern dort, wo wir sind, dass nicht nur das Europaparlament ein europäisches Parlament ist, sondern dass auch alle nationalen Parlamente und alle Landesparlamente europäische Parlamente sind. Denn sie vertreten Bürgerinnen und Bürger Europas. Und sie sind Teil des Institutionengefüges zur demokratischen Entscheidungsfindung in der Union.

Wie Europa in der Welt viel beizutragen hat, sind es die Regionen, unsere kleinen Heimaten, die unsere große Heimat Europa tragen.

Wie Europa fördert, was Europa fordert

Die Regionalpolitik der EU soll gleichzeitig strategische
Investitionspolitik sein

Johannes Hahn

Die Europäische Union ist nicht nur eine einzigartige politische Konstruktion und demokratische Wertegemeinschaft, sondern auch eine der wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsregionen der Welt. Sie hat in den letzten 56 Jahren eine enorme wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung vollzogen. Dies ist anhand der Erweiterung von 6 auf heute 28 Mitglieder mit über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, von der anfänglichen Kohle- und Stahlunion über die gemeinsame Agrarpolitik bis hin zur Währungsunion deutlich erkennbar. Wenn wir uns die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen und Fortschritte in den Entwicklungsländern vor Augen führen, allen voran in den baltischen Staaten und Polen, so müssen wir anerkennen, dass dieser Erweiterungsprozess, bei aller Unvollkommenheit, eine Erfolgsgeschichte und Einzigartigkeit in der Weltgeschichte ist. Mit der Europäischen Union haben wir etwas geschaffen und weiterentwickelt, für das uns andere beneiden. Europa steht heute für 7, 22, 50: Die Europäische Union erwirtschaftet mit nur 7 Prozent der Weltbevölkerung noch immer 22 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung und finanziert nicht zuletzt 50 Prozent der globalen Sozialleistung.

Differenzierte Betrachtung

Dennoch darf man die aktuellen substanziellen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen nicht außer Acht lassen. So sind beispielsweise sowohl die Entwicklungsunterschiede der einzelnen Regionen als auch die Energieabhängigkeit Europas, speziell von „Seltene Erden“, nach wie vor ernst zu nehmende Probleme. Nur aufgrund seiner Importabhängigkeit im Energiesektor und im Bereich der „Seltene Erden“ verfügt die EU über ein Handelsbilanzdefizit. Anstelle eines Handelsbilanzüberschusses in Höhe von

317 Milliarden Euro (2012) erwirtschaftet die Europäische Union aufgrund dessen ein Handelsbilanzdefizit von 105 Milliarden Euro.

Gerade in dieser fragilen Zeit ist es nun nahezu ein Imperativ, den großen Versuchen, Tatsachen zu verkürzen und zu vereinfachen, entgegenzutreten und alle Facetten zu beleuchten und die Buntheit und gleichzeitig Stärke Europas hervorzuheben. So müssen wir uns darüber bewusst werden, wie heterogen Europa ist, sowohl wirtschaftlich, geografisch als auch kulturell. Diese Heterogenität spiegelt sich schließlich auch in den verschiedenen Mentalitäten in Europa wider. Diese Erkenntnis spielt in der Politikgestaltung eine wichtige Rolle und verdeutlicht, dass wir in Europa Länder und Regionen differenziert betrachten müssen.

Strategische Investitionspolitik

Angesichts dessen und im Hinblick auf die Europawahlen müssen wir die Vorteile eines europäischen Miteinanders für jeden Einzelnen in den Vordergrund rücken und entsprechend die pro-europäischen Kräfte mobilisieren. Hierbei spielen Regionen und Regionalpolitik eine besondere Rolle, weil sie Europa greifbar und sichtbar machen. Die Regionalpolitik stellt dafür das zweitgrößte Budget im gesamten EU-Haushalt und die größte EU-Investitionsquelle für die sogenannte Realwirtschaft dar. Daher ist es auch kein Zufall, dass auch der Regionalpolitik eine größere Aufmerksamkeit zukommt, nicht zuletzt angesichts der angespannten Haushalte in Europa. Sie soll nicht nur den Aufholprozess wirtschaftlich schwächerer Regionen vorantreiben, sondern auch zur Umsetzung europäischer Ziele beitragen und die Entwicklung einer innovationsgetriebenen und umweltbewussten Wirtschaft in den Mittelpunkt stellen. Damit werden nicht nur Infrastrukturprojekte im Verkehrs- und Umweltbereich finanziert, sondern Mittel für Forschung und Innovation, für die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben sowie für berufliche Weiterbildung bereitgestellt. Derzeit fließen rund 25 Prozent der Gelder in Forschung und Innovation. Regionalpolitik insgesamt hat schon in den letzten Jahren zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel beigetragen: In der Periode 2007–13 trug die Regionalpolitik mit 105 Milliarden Euro oder

30 Prozent der Gesamtmittel direkt oder indirekt zu nachhaltigem Wachstum bei. Die eine Hälfte dieser Mittel ist Direktinvestitionen in Infrastrukturen für die Wasseraufbereitung, Abfallbehandlung, Altlastsanierung, Verringerung der Umweltverschmutzung, Naturschutz und Risikoprävention vorbehalten. Die andere Hälfte unterstützt Investitionen, die sich indirekt auf die Umwelt auswirken, wie etwa in den Bereichen Verkehr, Energie, Öko-Innovation, Umweltmanagement für Unternehmen, Wiederbelebung städtischer und ländlicher Gebiete und nachhaltigen Tourismus. Für die aktuelle Finanzierungsperiode 2014–2020 geht sie über diesen finanziellen Input hinaus. So soll eine Regionalpolitik gewährleistet werden, die gleichzeitig strategische Investitionspolitik ist. Das heißt, die Fördermittel sollen derart eingesetzt werden, dass sie Impulse für Wirtschaftswachstum in ganz Europa setzen und die Umsetzung europäisch vereinbarter Ziele gewährleisten. Unbestreitbar sind hierbei auch die positiven Effekte zur Abfederung der Wirtschaftskrise, beispielsweise durch die gezielte Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder die Finanzierungserleichterung von Klein- und Mittelbetrieben. Künftig sollen die Investitionen im Wesentlichen auf elf Prioritäten konzentriert sein, die an den Europa-2020-Zielen der Union ausgerichtet werden sollen und klare Zielvorgaben enthalten. Es bleibt aber den Mitgliedsstaaten und Regionen überlassen, den für ihre Bedürfnisse und regionalen Gegebenheiten am besten geeigneten Policy-Mix zu finden.

Hohe Lebensqualität sichern

Jedoch sollen die vereinbarten Vorgaben künftig besser mittels neuer Überwachungssysteme und eindeutiger Indikatoren auf ihre Effektivität hin überprüft werden. Darüber hinaus sollen mit den Mitgliedsstaaten nicht nur quantifizierbare Ziele zur besseren Überprüfbarkeit vereinbart, sondern auch Zahlungen an Bedingungen geknüpft werden, die eine erfolgreiche Umsetzung von Projekten gewährleisten. Vor Annahme eines Programms muss eine Reihe von Bedingungen, den sogenannten Ex-ante-Konditionalitäten, erfüllt sein, die eine möglichst reibungslose und effiziente Umsetzung sicherstellen sollen, nach dem Leitsatz „Projects follow strategy“.

Ich bin überzeugt, dass wir durch diese richtigen Weichenstellungen unsere hohe Lebensqualität in Europa sichern und die an uns gestellten Herausforderungen der Zukunft meistern werden. Schließlich haben wir auch Europa „nicht von unseren Vorfahren geerbt, sondern nur von unseren Nachfahren geliehen“. Daher ist es von besonderer Bedeutung, den Menschen in ihren Regionen Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen. So ist aus Umfragen ersichtlich, dass 80 Prozent der Menschen dort leben, arbeiten und alt werden möchten, wo sie hineingeboren sind. Europa hat enorm viel Potenzial, und es freut mich, dass die europäische Regionalpolitik dazu beiträgt, dieses Potenzial freizusetzen.

„Zu unserem Glück vereint“

Über Ziele und Perspektiven der christdemokratischen Europapolitik

Hans-Gert Pöttering

Die Gründungsväter Europas Jean Monnet, Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer waren Christdemokraten und sahen den dauerhaften Frieden in Europa, vor allem nach dem Schrecken des Zweiten Weltkrieges, nur möglich durch die Versöhnung der europäischen Völker. Unsere gemeinsamen Werte christlichen Ursprungs verbinden heute über 500 Millionen Europäerinnen und Europäer in der Europäischen Union. Der Schutz der Menschenwürde, die Menschenrechte, Freiheit, Frieden und Demokratie, begleitet von den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität, bleiben die Grundfesten europäischer Politik, von der Geburtsstunde der Europäischen Gemeinschaft mit ihren sechs Gründungsstaaten bis zur heutigen Europäischen Union mit 28 Mitgliedern.

Triebfeder der Integration

Die Christdemokraten waren seit Gründung der Europäischen Gemeinschaft Triebfeder der Europäischen Integration: Nur wer im Bewusstsein seiner Geschichte lebt, der weiß, wo er steht und kann entscheiden, wohin ihn sein Weg in Zukunft führen soll. Zur Festlegung künftiger politischer Prioritäten ist daher der Blick in die Vergangenheit nicht nur lehrreich, sondern notwendig. Einige Menschen – insbesondere die jüngeren unter uns – sehen es als selbstverständlich an, dass unser Alltag in Deutschland keine Mauern, Grenzen und Schlagbäume mehr kennt. Wir können uns frei bewegen, benutzen im Großteil der EU eine gemeinsame Währung, den Euro, und profitieren vom kulturellen Austausch und vom Handel mit unseren europäischen Nachbarn. Die Europäische Union, wie wir sie heute kennen, ohne die künstliche Teilung in Ost und West, ist und bleibt das Wunder unserer Zeit. Ohne die

mutigen Menschen in der Mitte Europas, die sich nach Freiheit sehnten und unsere christlichen Werte friedlich einforderten – so wie unsere polnischen Nachbarn mit Solidarność oder Otto von Habsburg und die Paneuropa-Bewegung, die im Sommer 1989 am Grenzübergang in Sopron ein Zeichen gesetzt haben –, wäre eine Wiedervereinigung Deutschlands und Europas nicht gelungen. Dies ermutigt die Europäische Volkspartei, sich auch für die Zukunft ehrgeizige Ziele zu setzen, um die Erfolgsgeschichte Europa weiterhin maßgeblich mitzugestalten.

Christdemokratische Prioritäten

Um die Herausforderungen der anstehenden Europawahl im Mai 2014 gut zu bewältigen, werden sich die Europäischen Christdemokraten insbesondere für drei Prioritäten einsetzen: die Betonung und Verteidigung der gemeinsamen europäischen Werte, die Förderung von Wachstum und Beschäftigung sowie die Gewährleistung von Sicherheit und Wohlstand durch dauerhaften Frieden für die europäischen Bürger.

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde das werteorientierte Europa gefestigt, insbesondere durch die Europäische Grundrechtecharta, die ich als Präsident des Europäischen Parlaments gemeinsam mit Ratspräsident José Sócrates und Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso am 12. Dezember 2007 in Straßburg unterschreiben durfte. In deren Präambel wird das christliche Menschenbild der „Person“ als Kernbestandteil der Gesellschaft festgeschrieben. Darüber hinaus haben vor allem christdemokratische Politiker erreicht, dass der Schutz von Ehe und Familie als Grundeinheit unserer Gesellschaft in der Europäischen Grundrechtecharta festgeschrieben wurde. Angesichts der bedeutenden Herausforderung des Zusammenlebens zwischen den Kulturen und Religionen im 21. Jahrhundert ist das Bauen einer geistigen und kulturellen Brücke notwendig, zum Beispiel über das Mittelmeer zu den islamischen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, aufbauend auf gegenseitigem Verständnis und – so weit möglich – gemeinsamen Werten.

Gemeinsam erfolgreich handeln

Gemeinsames Handeln ist auch bei der Abstimmung der europaweiten Maßnahmen zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise unabdingbar. Die EU-Mitgliedsstaaten und die EU-Institutionen haben gezeigt, dass es möglich ist, eine gemeinsame, erfolgreiche Politik zu gestalten. Es war die richtige Strategie, auf ein geschlossenes Vorgehen zu setzen und bei weiteren Maßnahmen sollte ebenfalls auf die Gemeinschaftsmethode gesetzt werden. Beim Entwerfen neuer Regeln für die internationale Wirtschafts- und Finanzordnung und für eine internationale Finanzaufsicht muss die Europäische Union die Prinzipien des europäischen Erfolgsmodells der Sozialen Marktwirtschaft einfordern, die mit dem Vertrag von Lissabon erstmalig Eingang in europäisches Recht gefunden hat. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als verlässliches und stabiles Erfolgsprinzip erwiesen und eignet sich daher auch für die Schaffung eines nachhaltigen, internationalen politischen und wirtschaftlichen Ordnungsrahmens. Nicht der Mensch soll dem Markt, sondern der Markt dem Menschen dienen. Auch auf den internationalen Finanzmärkten brauchen wir eine verlässliche Verbindung von Markt und Regeln, Entscheidungsfreiheit und Ordnung. Die Tatkraft, mit der in Europa und in der Welt auf diese Krise reagiert wurde, zeigt, dass durch europäische und internationale Zusammenarbeit große Herausforderungen bewältigt werden können. Eine ähnliche Entschlossenheit wäre auch in anderen Bereichen wünschenswert, insbesondere beim Kampf gegen den Hunger und die Armut in der Welt. Europa und die internationale Staatengemeinschaft sind moralisch verpflichtet, hierbei weitere Verantwortung zu übernehmen.

Kampf gegen den Klimawandel

Ebenso bedeutsam ist aus christdemokratischer Sicht die Bewahrung der Schöpfung. Dieser Aufgabe müssen wir uns in dieser Generation gemeinsam mit allen Staaten der Erde widmen. In diesem Bewusstsein werden wir uns weiterhin für eine international abgestimmte Klimapolitik und eine nachhaltige Entwicklung einsetzen.

zen. Die Europäische Union ist nach aktuellen Berechnungen für 14 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Schon vor dem Jahr 2020 werden die Emissionen der Entwicklungsländer jene der Industrieländer übersteigen. China ist bereits die weltweit größte CO₂-Emissionsquelle. Europa wird die Last nicht allein tragen können. Die Europäische Union kann bei der Bekämpfung des Klimawandels für ihre internationalen Partner ein Beispiel geben, dass es möglich ist, steigendes Wirtschaftswachstum von steigenden CO₂-Emissionen zu entkoppeln. Die Europäische Union hat unter maßgeblicher Beteiligung des Europäischen Parlaments weltweit die Führung beim Kampf gegen den Klimawandel übernommen. Diese Führungsaufgabe müssen wir weiter verantwortlich wahrnehmen.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist neben all den bereits genannten Herausforderungen die Eindämmung von unkontrollierter Einwanderung und Flüchtlingswellen zu einer dringenden Verantwortung geworden. Es ist unerträglich, dass Menschen, die schweren Herzens ihre geliebte Heimat unter gefährlichen und menschenunwürdigen Bedingungen verlassen und auf eine bessere Zukunft in der Europäischen Union hoffen, zu Hunderten im Mittelmeer ertrinken. Vielmehr müssen die Ursachen der Massenflucht aktiv an der Wurzel angepackt werden: Krisenstaaten muss der Nährboden für Krieg, Armut und Hunger genommen werden. Dies kann unter anderem durch eine wirkungsvolle und gemeinsame europäische Entwicklungspolitik geleistet werden!

Historisches Gedächtnis bewahren

Die europäischen Christdemokraten können stolz darauf sein, durch ihr Engagement in Europa zu einer Wirklichkeit beigetragen zu haben, von der vor einigen Jahrzehnten nur zu träumen war. Heute sind wir in der Europäischen Union, wie es in der Berliner Erklärung vom 25. März 2007 so schön heißt, „zu unserem Glück vereint“ und wir sollten uns von Herzen darüber freuen. Die Bedeutung der Errungenschaften, die derzeit über 500 Millionen Menschen aus 28 Ländern ein friedliches Zusammenleben

auf der Grundlage gemeinsamer Werte möglich gemacht haben, ist jungen Menschen, die Krieg und Hunger nicht erlebt haben, heute jedoch nicht mehr selbstverständlich bewusst. Die Bewahrung unseres historischen Gedächtnisses, die Vermittlung des Vergangenen an die jüngere Generation, die unsere Zukunft gestalten wird, gehört zu dem Notwendigen, damit die Erfahrungen der Vergangenheit eine Grundlage sein können für unseren Weg in die Zukunft. Im Jahr 2015 soll das von mir während meiner Amtszeit als Präsident des Europäischen Parlaments vorgeschlagene „Haus der Europäischen Geschichte“ seine Pforten öffnen und als Ort des Gedenkens und der Zukunft zur Stiftung einer europäischen Identität beitragen. Die Ausstellung soll uns an die Tatkraft und den Mut unserer europäischen Vorfahren erinnern und eine Inspiration für kommende Generationen sein, das weltweit einmalige Friedenswerk Europäische Union auf Grundlage unserer christdemokratischen Werte weiterzuführen.

Europäisch denken und handeln

In welchen Bereichen die Berücksichtigung der europäischen Dimension sinnvoll ist – und in welchen nicht

Andrä Rupprechter

Das Projekt Europa ist von unschätzbbarer Bedeutung für die politische, wirtschaftliche und ökologische Stabilität der gesamten Region und vor allem für Österreich.

Seit den Beitrittsverhandlungen habe ich mich persönlich dafür engagiert, dass Österreich in der EU eine starke Rolle einnimmt. Aufgrund der Erfahrungen aus meiner täglichen politischen Arbeit kann ich unterstreichen, dass sowohl die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung als auch der Klima- und Umweltschutz besonders stark von der EU profitieren.

Umweltschutz als Gemeinschaftsprojekt

Die Auswirkungen des Klimawandels lassen sich nicht an nationalen Grenzen festmachen. Die europäischen Staaten müssen für den Schutz unserer Umwelt und für den Erhalt der natürlichen Ressourcen koordiniert zusammenarbeiten. Die EU-Klimaziele und das 2-Grad-Ziel bis 2050 sind wichtige Meilensteine für unsere gemeinsame Klima- und Energiepolitik. Das gemeinsame Schutzgebietsnetz „Natura 2000“ trägt maßgeblich zum Schutz vieler europäischer Gebiete und Arten bei.

Über 90 Prozent der Umweltgesetze Österreichs finden ihre Grundlage im europäischen Recht. In unserem Land galten schon vor 20 Jahren hohe Standards, die wir im Zuge der Beitrittsverhandlungen erfolgreich aufrechterhalten konnten. In dieser Hinsicht konnten die elf jüngsten Mitgliedsstaaten besonders stark profitieren, da deren Umweltpolitik zur Zeit ihres EU-Beitritts deutlich weniger weit entwickelt war.

Unsere Kernkompetenz in Technologien der Luftreinhaltung und Abfallwirtschaft führte zum Aufbau einer leistungsstarken Umwelttechnikindustrie. Die EU-Mitgliedschaft ermöglichte den heimischen Unternehmen besonders erfolgreiche Exporte. Diese kräftigen nach wie vor unsere Wirtschaft und unterstützen andere Staaten dabei, umweltfreundlich zu produzieren.

Die Möglichkeit, an europäischen Programmen teilzunehmen, ist ein weiterer großer Vorteil unserer Mitgliedschaft. Dazu zählt beispielsweise das EU-Umweltfinanzierungsinstrument „LIFE+“. Auf diese Weise ist es möglich, besonders innovative Projekte aus ganz Europa gezielt zu fördern und gemeinsame finanzielle Mittel effizient einzusetzen. Österreich hat in den Jahren 2007 bis 2012 beinahe 40 Millionen Euro für 25 Projekte aus den Bereichen Umwelt, Naturschutz und Kommunikation erhalten.

Ein grünes Europa mit Selbstbestimmungsrechten

Doch nicht alles kann und soll von der EU bis ins kleinste Detail geregelt werden. Am Beispiel der Gentechnik erkennen wir aktuell, wie wichtig das Recht auf nationale Selbstbestimmung beim Anbau von gentechnisch veränderten Organismen für einzelne Staaten ist. Es muss die Möglichkeit bestehen, gefährliche, giftige oder anderweitig bedenkliche Produkte auch im Binnenmarkt zu verbieten. Entbehrlicher bürokratischer Aufwand ist weitgehend zu vermeiden. Darum spricht sich Österreich beispielsweise gegen verbindliche Bodenschutzregeln aus.

Bei der Umsetzung von europäischen Gesetzen müssen sämtliche Mitgliedsstaaten an einem Strang ziehen. Nur so kann ein fairer Wettbewerb garantiert werden. Grundsätzlich ist die langfristige Rechtssicherheit gerade im Umweltbereich und beim Klimaschutz enorm wichtig, damit sich auch betroffene Unternehmen entsprechend danach ausrichten können.

Die EU soll weiterhin eine Vorreiterrolle in der internationalen Klimaschutzpolitik einnehmen. Die Zukunft liegt in nachwachsenden,

regenerativen Rohstoffen. Es darf in Europa zu keiner Renaissance von Atomenergie und Kohle kommen.

Eckpfeiler von Integration, Ernährungssicherheit und ländlichen Räumen

Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es nur durch vereinte Kräfte, die europäische Landwirtschaft wieder aufzurichten und mit einer gemeinsamen Politik die Ernährung der europäischen Bevölkerung zu sichern. Die folgenden Jahrzehnte waren von den Turbulenzen der Rohstoffmärkte geprägt, doch durch konsequente Zusammenarbeit konnten auch diese Probleme bewältigt werden. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) war und ist viel mehr als eine reine „Sektorpolitik“. Seit mehr als 50 Jahren ist sie ein wesentlicher Eckpfeiler der europäischen Integration und zählt zum Kern der gemeinsamen Politik. Sie spielte eine wichtige Rolle für den Aufbau Europas, für die Ernährungssicherheit und für die Arbeitsplätze von 40 Millionen Menschen.

Die heutige Gemeinsame Agrarpolitik ist auch die Grundlage für eine multifunktionale europäische Landwirtschaft, die sich den Herausforderungen eines globalisierten Marktes stellt. Sie widmet sich aber auch dem Umweltschutz, dem Klimawandel und der biologischen Vielfalt.

Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Europa-2020-Strategie wurden mit der aktuell reformierten GAP die Weichen für eine grünere Landwirtschaft gestellt. Es ist zudem dafür gesorgt, dass ausreichend Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raumes zur Verfügung stehen. Ohne Unterstützung der EU wären die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der österreichischen landwirtschaftlichen Betriebe massiv gefährdet. Ein gesunder, wirtschaftlich starker ländlicher Raum bildet ein unverzichtbares Gegengewicht zur steigenden Urbanisierung.

Die EU unterstützt Österreich seit dem Beitritt dabei, den Weg einer nachhaltigen, umweltgerechten Produktion von qualitativ

hochwertigen Lebensmitteln kontinuierlich fortzusetzen. Darüber hinaus konnte Österreich seine Exporte landwirtschaftlicher Produkte in andere EU-Mitgliedsstaaten signifikant steigern.

Mit der Reform der „GAP bis 2020“ hat diese zum wiederholten Male bewiesen, dass sie in der Lage ist, sich stets auf neue Herausforderungen einzustellen. Manchmal sind diese neuen Herausforderungen bereits altbekannt: Auch die heutige GAP ist gefordert, angesichts der wachsenden Weltbevölkerung ihren Beitrag zur Ernährungssicherheit zu leisten.

Mehr Gemeinsamkeit durch „Multilevel Governance“

Politik für Landwirtschaft und Umwelt erfolgt auf unterschiedlichen Ebenen. Durch einen „Multilevel-Governance“-Ansatz lässt sich ein großer Teil des Konfliktpotenzials vermeiden. Es ist wichtig, individuelle Anliegen einzubeziehen, Entscheidungen gemeinsam zu erarbeiten und diese auch gemeinsam umzusetzen. Dies ermöglicht ein effizienteres politisches Arbeiten.

Ich trete daher auch auf europäischer Ebene für bestmögliche Transparenz ein. Die Landesebene soll aktiv in europäische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Für mich ist dies Teil eines modernen Föderalismus. Die Vorsitzenden der Landesagrarreferenten- und Landesumweltreferenten-Konferenz sollen mit mir gemeinsam an europäischen Agrar- und Umweltministerräten teilnehmen. Auch der Zivilgesellschaft – beispielsweise Umweltorganisationen – möchte ich verstärkt Gehör schenken.

So fruchtbar die Mitgliedschaft in der Europäischen Union auch ist, dürfen wir uns nicht zu Passivität verleiten lassen. Erfolge müssen auch in einem gemeinsamen Europa hart erarbeitet werden. Wir brauchen klare Ziele und werden das Regelwerk für ein lebenswertes Europa aktiv mitgestalten. Dabei setzen wir auf einen naturnahen, nachhaltigen, traditions- und innovationsbewussten Weg. Ich bin überzeugt, dass wir uns sowohl den heutigen als auch zukünftigen Herausforderungen am besten gemeinsam stellen können.

Subsidiarität statt Zentralisierung

Über europäische Narrative, die Kunst der Balance und die

Rolle Österreichs in Europa:

Wolfgang Schüssel im Gespräch mit Harald Mahrer

Mahrer: Die EU-Skepsis ist auch unter Befürwortern gestiegen – trotz Wohlstandsgewinnen, trotz Krisenbewältigung. Woran liegt das? Wird Europa so schlecht kommuniziert? Oder kommuniziert Europa so schlecht?

Schüssel: Dass Europa nicht gut kommuniziert wird, stimmt natürlich. Es ist aber nur eine Teilerklärung. Vieles, was Europa geschaffen hat, ist selbstverständlich geworden, etwa die Freizügigkeit. Es ist bezeichnend, dass in der Schweiz jene, die von der Freizügigkeit profitieren, wie Studierende, Wissenschaftler oder Exporteure, sich erst nach der Abstimmung zu Wort gemeldet haben. Viele Dinge sind uns so selbstverständlich geworden, dass man gar nicht mehr glaubt, darüber reden zu müssen. Da könnten die europäischen Institutionen sehr viel tun. Jeder der 28 Kommissare fühlt sich wie ein kleiner Minister, der glaubt, seine Daseinsberechtigung durch möglichst viele Regulierungen nachweisen zu müssen. Im Ergebnis findet zwar ein unglaublich intensiver Meinungs Austausch zwischen Europäischer Kommission und Parlament statt, aber die Bürgerinnen und Bürger „draußen“ merken das gar nicht. Da dreht sich eine Welt um sich selbst, von deren Problemen, aber auch Leistungen wenige Bürger etwas wissen. Dieses institutionelle Problem könnte man relativ leicht ändern: Durch nur mehr acht oder zehn Portfolios, wobei sich um jeden Aufgabenbereich drei bis vier Kommissare gruppieren, von denen die Mehrheit immer unterwegs sein und kommunizieren muss. Dafür braucht es gar keine Vertragsänderung.

Man muss aber auch die Grundsatzfrage stellen, die mit der ursprünglichen Konzeption der EG zu tun hat: Walter Hallstein, der erste Präsident der Kommission, hat die EG immer mit dem Ziel

verbunden, „die Nationalstaaten zu überwinden“. Es ist die Frage, ob das noch immer aktuell und gewünscht ist. Wollen die Bürger, dass die Nationalstaaten in einer Europäischen Union aufgehen? Oder ist dieses Ziel insofern zu revidieren, als es eben nicht darum gehen kann, nationale Identitäten zu unifizieren, sondern zu ergänzen – und sie dadurch nachhaltig zu stärken? Es gibt sicher eine Skepsis gegenüber zu großer Zentralisierung und zu viel Mikromanagement von Brüssel in die Alltagswelt hinein. Ist es wirklich der Weisheit letzter Schluss, Tempolimits in Innenstädten, Schockbilder auf Zigaretten-Packungen, geteerte Schilfdächer bei skandinavischen Zweitwohnsitzen, Rauchverbote in Gaststätten, wassersparende Duschköpfe und Toiletten europäisch zu regeln? Soll nicht Subsidiarität viel ernster genommen werden – um andererseits die großen Fragen der internationalen Handels- und Außenpolitik, Sicherheits- und Währungsfragen, Bankenkontrolle oder vielleicht auch Verteidigungsfragen europäisch anzugehen? Probleme wie Arbeitsmarkt, Sozialfürsorge, Armutsbekämpfung oder Bildungsfragen sind nicht auf der Brüsseler Ebene zu lösen. Da kann man sich sicher über „best practices“ informieren. Aber ob das Grundthema der Überwindung der Nationalstaaten heute noch aktuell ist, darüber muss man ehrlich nachdenken.

Daher: Ja, man muss Europa besser kommunizieren und darf es nicht den Skeptikern überlassen. Fünf Minuten Berichterstattung über Europa vor den nationalen Fernseh-Nachrichten wäre eine konkrete Maßnahme.

Mahrer: Jahre- bzw. jahrzehntelang gab es einen großen Europa-Narrativ, in dem sich vieles gebündelt hat: die Erweiterung der EU. Was soll, was kann der nächste Narrativ der EU sein?

Schüssel: Es hat mehrere solcher Kapitel in der großen europäischen „Erzählung“ gegeben. Die erste Idee war der Friede. Die Europäische Integration hat am Frieden in Europa einen gewaltigen Anteil. Das bleibt nach wie vor ein Thema. Wir wissen nicht, ob wir nicht am Beginn eines „kühleren“ Zeitalters – ich vermeide den Ausdruck „Kalter Krieg“ – stehen. Das zweite große Kapitel

war die Erfolgsgeschichte des Freihandels. Das dritte Kapitel ist dem Binnenmarkt geschuldet – Jacques Delors Idee. Dieses Kapitel ist etwa mit Blick auf den digitalen Markt, die Energie oder die Verkehrsdienstleistungen noch lange nicht abgeschlossen. Das Europäische Patent tritt jetzt erst in Kraft. Ein vollendeter Binnenmarkt könnte noch einen Schub von 1,5 bis 2 Prozent des Wirtschaftswachstums auslösen. Ein weiteres großes Thema war die europäische Währung, die den Härtestest in den vergangenen Jahren bestanden hat, und die jetzt zu einer Erweiterung in Richtung Banken- und Finanzmarktkontrolle führt. Da sind wir mittendrin. Das Kapitel der Erweiterung wurde von Österreich begonnen. Ich war damals Außenminister und Ratsvorsitzender, als wir 1998 die ersten Verhandlungen zur Wiedervereinigung des europäischen Kontinents aufgenommen haben. Wir haben sie 2004 und 2007 mit der Aufnahme der ost- und südosteuropäischen Länder beendet. Die Erweiterung ist aber auch noch nicht ganz abgeschlossen. Ein Teil der Balkanländer ist ja noch im Verhandlungsprozess. Gerade bei diesem Kapitel merkt man aber, dass die Union nicht unendlich weiterwachsen kann. Jeder, der glaubt, wir können noch die Türkei, die Ukraine oder die Kaukasus-Länder aufnehmen, dem muss klar sein, dass wir damit in einer neuen OSZE landen. Das kann es nicht sein. Gerade für Länder wie die Türkei, die Ukraine oder Israel wäre etwa die Idee eines Europäischen Wirtschaftsraumes eine faszinierende Idee. Auch Russland sollte langfristig in einen solchen Wirtschaftsraum inkludiert werden können. Das könnte ein neues Kapitel sein. Bisher sind ja nur Norwegen, Liechtenstein und Island EWR-Länder. Die Schweiz hat eine Sonderrolle. Was bisher komplett stiefmütterlich behandelt wurde, ist die Frage der Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft. Das ist ein Thema, bei dem nicht jeder mittun muss, wo aber jedes europäische Land eingeladen werden könnte, an einer Europäischen Verteidigungsunion mitzuwirken. Diese Themen sind hochinteressant, aber auch sehr kontrovers.

Mahrer: Die Stärkeren helfen den Schwächeren zum beiderseitigen Vorteil: Das ist ein EU-Grundprinzip, das die Kohäsionspolitik prägt. Auf der anderen Seite sehen die Menschen nicht ein, Mil-

liarden-Haftungen für Budgetsünder zu übernehmen. Müssen wir Solidarität in Europa neu denken?

Schlüssel: Solidarität kann nur eine Trampolin-Funktion haben, es geht nicht um eine Hängematte. Das ist der entscheidende Paradigmenwechsel. Der deutsche Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel zeigt als Sonderbeauftragter für Griechenland mit viel Expertise, wie konkrete Hilfe zur Selbsthilfe aussehen muss. Wie muss die Buchhaltung eines Krankenhauses aussehen? Wie kann man einen Nationalpark organisieren? Wie entwickle ich eine regionale Marke? Das sind die wirklichen Hilfen, auf die es ankommt. Die europäische Regionalförderung ist mit 350 Milliarden Euro vier Mal so groß wie der Marshall-Plan. Das ist das größte wirtschaftliche Incentive-Programm, das man sich vorstellen kann. Gerade die schwächeren Länder haben es oft nur teilweise ausgeschöpft. Ich verstehe nicht, warum man ihnen da nicht mehr Expertise zur Seite stellt. Eine ganz andere Frage sind aber Haftungen für die Fehler und Schulden der Vergangenheit. Ich bin höchst skeptisch, ob eine Vergemeinschaftung der Schulden sinnvoll ist. Damit wird nichts gelöst, damit werden nur die nächsten Fehler unterstützt – weil man sich darauf verlassen kann, dass jemand anderer einspringt. Solidarität ist notwendig im Sinn eines Finanzausgleiches wie in Österreich oder Deutschland. Aber es muss ein Ausgleich sein in Richtung Wachstumsförderung, in Richtung Zukunft. Dafür braucht es auch strukturelle Reformen.

Mahrer: Ist die Ökosoziale Marktwirtschaft ein ordnungspolitisches Zukunftsmodell für Europa?

Schlüssel: Ja, wenn sie mit Leben erfüllt wird. Das heißt aber auch, dass jedes Land und jede Region innerhalb des Ordnungsrahmens seinen Platz finden muss. Griechenland wird nicht ein „kleines Deutschland“ werden. Die Marktwirtschaft ist das wesentliche Element. Gerade jetzt erleben wir eine Tendenz in Richtung mehr Etatismus und zu marktferneren Lösungen, etwa in der Energiewirtschaft. Wir haben momentan die Tendenz zu neuer Überregulierung, die uns langfristig strangulieren und abwürgen könnte.

Die Marktwirtschaft ist ein wichtiges Tool. „The market is a lousy master but a good servant“, heißt es zu Recht. Die Marktwirtschaft darf nie Selbstzweck sein, aber sie ist das beste Instrument, um wirtschaftliche effiziente Lösungen zu erzielen. Sie muss natürlich um soziale Verantwortung ergänzt werden, die primär von den Marktteilnehmern gelebt werden muss. Deshalb bin ich ein Anhänger von Familienbetrieben. Sie sind lokal verankert und stehen für gelebte soziale Unternehmerge辛nung. Sie versuchen die Mitarbeiter auch in schwierigen Zeiten durchzubringen und werfen in der Krise nicht gleich die Älteren oder Schwächeren hinaus. Die Mitarbeiter sind im Gegenzug bereit, kürzer oder länger zu arbeiten, oder sind sogar am Unternehmen beteiligt. Das ist gelebte soziale Marktwirtschaft, die um Umweltverantwortung erweitert wird. Das ordnungspolitische Grundmodell stimmt in Europa nach wie vor. Aber es muss jeder innerhalb dieses Rahmens seinen Platz finden. Griechenland wird mehr auf Dienstleistungen und den Mittelmeer-Raum abzielen, Deutschland wird mehr auf Asien ausgerichtet sein, Frankreich wird Großindustrie bevorzugen, Italien wird auf Design oder Nahrungsmittel orientiert sein, die Spanier werden sich auf Südamerika fokussieren. Jeder muss da seinen Platz definieren.

Die österreichische Wirtschaft ist enorm wettbewerbsstark. Unser Berufsausbildungsmodell ist ein international beachteter Erfolg. Die Akademisierung aller Bereiche wäre eine Sackgasse. Mit einem guten Facharbeiter kann man viel erreichen. Auch in der Umwelttechnologie haben wir viel zustande gebracht. Aber wir sollten uns nicht selbst überschätzen: Wir werden nicht Lehrmeister für Europa sein können. Alleine werden wir nicht gehört – anders wenn drei, vier Länder eine Initiative setzen. Mit unseren Nachbarländern können wir in Richtung Balkan, Ukraine und Schwarzmeergebiet viel entwickeln.

Mahrer: Wofür soll Österreich in Europa stehen?

Schlüssel: Österreich wird als Land gesehen, das das europäische Lebensmodell sehr gut repräsentiert. Hohe technische Leistungs-

fähigkeit, gutes Bildungssystem, großer innerer Zusammenhalt, vernünftige Balance zwischen Einkommen, Talenten und Regionen – da sind wir gut unterwegs. Bei der Schuldenquote könnten wir besser sein, beim Wachstum sind wir im Durchschnitt, unsere mittelständische Wirtschaft arbeitet hervorragend. In Summe gesehen ist Österreich ein sehr balanciertes Land, ein internationales Erfolgsmodell. Ein wichtiges Thema ist die Kultur: Wir sind herausragend, wenn es um Musik geht. Das wird international sehr geschätzt. Die Kultur ist ein Thema, das Österreich verstärkt einbringen sollte. Da muss man natürlich auch etwas in die Hand nehmen. Derzeit sind einige Kulturschachtschiffe angeschlagen bzw. nicht ausreichend finanziert. Österreich muss zudem weiterhin stehen für gute Nachbarschaft, vernünftige und schrittweise Erweiterung, für einen Dialog mit Russland und der Ukraine sowie für Engagement rund ums Mittelmeer. Es geht um ein partnerschaftliches Brückenbauen und Integrieren, etwa im Sinn eines Europäischen Wirtschafts-, Kultur- und Forschungsraums.

Mahrer: Wofür soll die ÖVP stehen?

Schlüssel: Die ÖVP muss innerhalb Österreichs für Neugier und Interesse stehen, das sich nicht nur auf den eigenen Bauchnabel richtet, sondern auf das, was rund um uns geschieht. Wir haben uns etwa mit dem Runden Tisch Europa gleich nach der Wende 1989 sofort positioniert, neu diese historische Chance zu nützen. Die Welt heute ist voll von solchen historischen Chancen. Es wird uns erst im Nachhinein bewusst werden, was da alles am Serviertablett der Geschichte angeboten wird: die Ukraine, die Entwicklungen in der Kaukasus-Region und in den Mittelmeer-Ländern, die Entwicklung der neuen Energienetze, das Internet als Bildungsmedium. Das alles sichtbar zu machen und unsere Leute dafür zu interessieren, dass uns eine ganze Welt offen steht und nicht nur 84.000 Quadratkilometer – dafür muss die ÖVP stehen. Österreich kommt zuerst, dann das Volk und zuletzt die Partei – diese Devise stimmt. Der große Reformator Josef Klaus hat – vor Kreisky – diese Öffnung vertreten. Die ÖVP ist die einzige Partei, die diese Offenheit auch praktisch gelebt hat. Was die ÖVP in Europa einbringen kann: ei-

nen sinnvollen Föderalismus und Subsidiarität statt Zentralisierung. Zentralisierung wird nie funktionieren. Es geht um die Kunst der Balance, was auf welcher Ebene optimal geregelt gehört. Das sollte die ÖVP einbringen.

Wachstumsquellen für Europa

Über bisherige und künftige EU-Erweiterungen

Benita Ferrero-Waldner

Die Europäische Union ist nicht nur ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, sondern auch eine Union der Werte. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Grundrechte sowie eine funktionierende Marktwirtschaft samt einem freien Wettbewerb bilden die Basis für die heutige Union und sind in den Kopenhagener Kriterien verankert. Durch den Erweiterungsprozess und die Anforderungen der Union an die neuen Beitrittskandidaten werden diese Werte in die Beitrittsländer getragen. Die Union will aber nicht nur Regeln zu ihrer Beachtung entwickeln, sondern auch ein System für deren weitere Stärkung schaffen. Der Beitritt Kroatiens zeigte die Transformationskraft und die positive Wirkung der Union für das Justizsystem und den Menschenrechtsschutz deutlich auf.

Das politische Projekt der Erweiterung hat insgesamt dazu geführt, dass in Europa politische Stabilität herrscht, wodurch ein dauerhafter Frieden abgesichert werden kann.

Darüber hinaus konnte die Wirtschaft die bisherigen Erweiterungen ebenfalls nutzen, sodass das Wachstum als auch die Beschäftigung Gewinne verzeichnen konnten. Für die Zukunft besteht auch weiterhin großes Potenzial in den Ländern der letzten Erweiterungen. Die erweiterte Union ist heute einer der größten integrierten Wirtschaftsräume weltweit und repräsentiert über 30 Prozent des globalen BIP und über 17 Prozent des Welthandels. Um ihr globales Gewicht zu erhalten, braucht die Union daher innere Wachstumsquellen. Die Vorteile der Erweiterung für die neuen Mitgliedsländer werden bereits dadurch deutlich, dass das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2004–2008 (also bis zum Ausbruch der weltweiten Krise) 5,5 Prozent betrug, gegenüber 3,5 Prozent im Zeitraum 1999–2003.

Insgesamt kann gesagt werden, dass die neuen Mitgliedsstaaten ein höheres prozentuelles Wachstum verzeichnen konnten als die älteren. Insbesondere bei den baltischen Staaten ist das BIP im vergangenen Jahr enorm gewachsen, wobei Lettland mit einem elfprozentigen Wachstum an der Spitze stand. Und auch wenn die notwendigen Reformen für den Beitritt und danach oftmals einschneidend waren und nicht leicht fielen, konnten alle neuen Mitgliedsstaaten auf lange Sicht von dem Beitrittsprozess selbst profitieren. Durch diesen wurden sie nämlich auf europäischer und globaler Ebene wettbewerbsfähig.

Schließlich stellt aber die Erweiterungspolitik der Union einen großen Beitrag für die menschliche Dimension der Union dar. Die kulturelle Vielfalt sowie der interkulturelle und intellektuelle Austausch mit den neuen Unionsbürgern bereichern unsere Union tagtäglich.

Erweiterung und Europäische Integration

Für den europäischen Prozess insgesamt sind vor allem zwei Aspekte von großer Bedeutung: die Vertiefung und die Erweiterung. Mit Vertiefung selbst ist die Integrationsdynamik gemeint, die das europäische Aufbauwerk von Anfang an entwickelt hat. Diese Dynamik führte dazu, dass sich die Europäischen Gemeinschaften von einer Zollunion zu einem Binnenmarkt weiterentwickelt haben, schließlich sogar zur Schaffung der Eurozone.

Die Vertiefung wurde parallel zur Erweiterung vollzogen und stellte meistens eine Vorbedingung für die Erweiterung selbst dar. Durch den Erweiterungsprozess hat die Union die Möglichkeit, eine „sanfte Macht“ auf die Beitrittsländer auszuüben, sodass diese die Vorgaben der Kopenhagener Kriterien einhalten und beachten. Dadurch werden sie an den wachsenden „Acquis“, also den Rechtsbestand der Union herangeführt.

Die Union ist bereits von 6 auf 28 Mitgliedsstaaten angewachsen, wodurch auch die Schaffung neuer Strukturen und neuer Ver-

fahren, die dieser neuen Größe entsprechen, notwendig wurde. Gleichzeitig wurde die Schwelle für den Beitritt neuer Mitgliedsstaaten immer höher und Verhandlungen brauchen viele Jahre, um beendet werden zu können.

Die Zukunft der Erweiterungen

Im Moment läuft das Beitrittsverfahren von Montenegro, welches im Juni 2013 umfassende Aktionspläne für die Kapitel „Justiz und Grundrechte“ sowie „Recht, Freiheit und Sicherheit“ verabschiedete. Mit Serbien werden eben Verhandlungen begonnen, nicht zuletzt aus Anerkennung der Fortschritte in den Gesprächen mit dem Kosovo.

Für Albanien ist durch die ordnungsgemäße Durchführung von Parlamentswahlen und beachtenswerter Schritte zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität der Kandidatenstatus in erreichbare Nähe gerückt.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat zwar die letzte politische Krise überwunden, allerdings bestehen noch weiterhin Bedenken hinsichtlich der Meinungs- und Medienfreiheit. Vor allem ist ein Durchbruch in den Gesprächen über den Namen des Landes von großer Bedeutung.

Alle Balkanländer sind im Prinzip künftige Kandidaten und haben eine europäische Perspektive.

Die Türkei stellt hinsichtlich des Erweiterungsprozesses einen Sonderfall dar. Zuletzt wurden Fortschritte bei der Justizreform erzielt und auch das Demokratisierungspaket wurde im September 2013 vorgelegt. Jedoch gaben der Umgang mit den Demonstrationen wegen der geplanten Bebauung des Gezi-Parks und nachfolgende politische Entwicklungen Grund zur ernststen Besorgnis und zeigten den noch sehr großen Bedarf an Reformen für eine Annäherung an die EU auf.

Wo endet Europa?

Hierbei handelt es sich um keine geografische, sondern um eine politische Frage, die von vielen verschiedenen Faktoren abhängt und heute nicht vorausgesagt werden kann.

Jedenfalls ist aber in Art. 1 EUV festgeschrieben, dass die Union der Völker Europas immer enger werden soll, weshalb die Union auch weiterhin mit den Ländern jenseits ihrer Außengrenzen eine immer engere Kooperation sucht, vor allem den Ländern auf dem europäischen Kontinent.

Europas wirtschaftliche Chancen in der Welt

Wachstum durch mehr Wettbewerbsfähigkeit stärken

Christoph Leitl

Wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg: Dieses Diktum beherrschte den europäischen Diskurs über die globale Bedeutung der Europäischen Union über viele Jahre hindurch. Auch wenn der Traum des früheren US-Außenministers Henry Kissinger von der „einen europäischen Telefonnummer“, die es im Krisenfall anzurufen gilt, nach wie vor nicht erfüllt ist, hat Europa in der (außen- und sicherheits-)politischen Integration in den letzten Jahren Fortschritte gemacht. Wirtschaftlich ist die Situation infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der darauf folgenden europäischen Schuldenkrise hingegen schwierig. Neben hohen Staatsschulden haben viele EU-Länder mit einer rasant gestiegenen Arbeitslosigkeit, vor allem auch unter der Jugend, und geringen Investitionen zu kämpfen.

Neue Sorgenkinder

Nach der Rezession 2012 und einer Stagnation 2013 werden EU und Eurozone nun zwar wieder einen – freilich sehr moderaten – Wachstumspfad einschlagen. Die Divergenzen innerhalb der Union sind aber groß: Kernländer wie Deutschland und Österreich sind sehr gut durch die Krise gekommen und in einigen Peripherieländern wie Irland und Portugal zeichnet sich nach erfolgten Reformen und Hilfsprogrammen allmählich eine konjunkturelle Erholung ab. Zugleich gibt es neue Sorgenkinder, weil grundlegende Reformen bislang verweigert wurden.

Fakt ist und bleibt, dass die Wirtschaft der EU – gemessen am Volumen des Waren- und Dienstleistungsverkehrs (BIP) – größer ist als jene der USA. Und mit einem Anteil von über 16 Prozent der weltweiten Importe und über 15 Prozent der globalen Exporte nimmt die EU

auch weiterhin die weltweite Spitzenposition im internationalen Handel ein (bei den Importen vor den USA, bei den Exporten vor China).

Verlust an Dynamik

Wahr ist aber auch: Der globale Wettbewerb wird schärfer und Europa verliert sukzessive an Dynamik, denn:

- ▶ Nur einer von zehn Weltbürgern ist Europäer: Diese erwirtschaften zwar bemerkenswerte 25 Prozent der weltweiten Wertschöpfung, konsumieren aber gigantische 50 Prozent der weltweiten Sozialleistungen.
- ▶ Die demografischen Probleme und die Überalterung Europas stellen nicht nur die sozialen Systeme infrage, sie werden auch – und zwar trotz hoher Arbeitslosenraten – das Problem des Fachkräftemangels weiter verschärfen.
- ▶ Der Aufholprozess der BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China ist enorm: Obwohl die EU und die USA derzeit noch insgesamt die größten Weltproduzenten (gemessen am absoluten BIP) sind, schrumpft ihr Anteil am Welt-BIP zusehends. Und hatten sich insbesondere asiatische Volkswirtschaften bis vor Kurzem noch als „verlängerte Werkbank“ auf die Produktion von arbeitsintensiven Gütern konzentriert, während Forschung und Entwicklung sowie die Produktion von technologie-intensiven Gütern in Westeuropa und den USA stattgefunden haben, so bauen Schwellenländer nunmehr zunehmend Kapazitäten im Hochtechnologie-Sektor auf.

Europa muss alles tun, um in der globalisierten Wirtschaftswelt seinen ökonomischen Vorsprung nicht an die stark wachsenden, dynamischen Schwellenländer zu verlieren. Mehr Engagement und Zielstrebigkeit im Kampf um Erhalt bzw. Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit sind daher notwendig – auf europäischer wie nationaler Ebene.

Neuer Wachstumspfad

Aus meiner Sicht lässt sich dies nur mit einem nachhaltig hohen Wirtschaftswachstum bzw. einem (neuen) Wachstumspfad bewerkstelligen, der Wirtschaftswachstum und eine Steigerung der Beschäftigung auf Basis von Innovation und erhöhter Wettbewerbsfähigkeit garantiert und zugleich dem Ziel sozialer Integration und einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet ist.

Forschung und Entwicklung sind zwei Kernbereiche der EU-Strategie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit – gerade hier zeigen sich Nutzen, Mehrwert und – und ja! – die Notwendigkeit einer europäischen Kooperation besonders deutlich. In der neuen Finanzperiode 2014 bis 2020 verfügt die EU mit dem Programm Horizon 2020, das mit mehr als 70 Milliarden Euro dotiert ist, über das weltweit größte, transnationale Programm für Forschung und Innovation. Gegenüber dem Vorläuferprogramm (Gesamtbudget von 50,5 Milliarden Euro für 2007–2013) wurden wesentliche Verbesserungen umgesetzt, die insbesondere auch eine Beteiligung von Unternehmen attraktiver machen. Positiv ist zudem, dass die EU-Forschungsförderung erstmals den gesamten Innovationsprozess von der Grundlagenforschung bis zur Marktüberleitung umfasst.

Reindustrialisierung Europas

Eine weitere Notwendigkeit im Hinblick auf die Stärkung von Europas Wettbewerbsfähigkeit in der Welt ist die viel zitierte „Renaissance der Industrie in Europa“, die nun richtigerweise auch auf EU-Ebene aufgegriffen wurde. Ziel ist, in der Europäischen Union den Industrieanteil am BIP von 15,2 Prozent im Jahr 2012 auf 20 Prozent bis 2020 zu erhöhen. Österreich ist dieser Vorgabe mit einem Industrieanteil von 18,2 Prozent übrigens schon relativ nahe.

Zur Frage, welche Industriepolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit geeignet ist, gibt es unterschiedliche Auffassungen: Beispielsweise betreibt China Industrialisierungspolitik mit starkem staatlichen Engagement. Die USA hingegen wollen sich auf der

Basis energie- und umweltpolitischer Entscheidungen zunehmend zu einem energieautarken Land entwickeln und können daher etwa gegenüber den europäischen Unternehmen deutliche Vorteile durch niedrigere Gaspreise lukrieren. Aufgrund einer anderen Gestaltung der Finanzinstitutionen und Finanzmärkte bestehen in den USA zudem bessere Zugänge zum Kapitalmarkt und zu alternativen Finanzierungsquellen.

Die Wirtschaftskammer Österreich unterstützt einen industriepolitischen Ansatz, der auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen abzielt und horizontal ausgerichtet ist. Eingriffe des Staates sollen marktkonform sein und sich auf die Schaffung von günstigen und fairen Rahmenbedingungen beschränken – auch in Bezug auf andere Wirtschaftsräume, mit denen Europa in Konkurrenz steht.

Wettbewerbsfähigkeit nicht unterminieren

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist es geradezu fahrlässig, wenn die EU ihre ohnehin ehrgeizigen Klima- und Umweltziele bis 2030 weiter verschärfen will. Europa, das gerade einmal knapp elf Prozent des globalen jährlichen CO₂-Ausstoßes verantwortet, hat als einziger Kontinent verbindliche Klimaziele und ist damit seit vielen Jahren einsamer Vorreiter. Wenn die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie durch immer neue Verschärfungen der Klimaziele unterminiert wird, kostet das letztlich Wachstum und Arbeitsplätze – und das, ohne der Umwelt zu nützen. Würde man nämlich die gesamte europäische Industrie stilllegen, entspräche der daraus resultierende Rückgang an CO₂ gerade einmal dem CO₂-Zuwachs von China in nur 2,5 Jahren. Die Politik muss stattdessen ihre standortpolitische Verantwortung wahrnehmen und sicherstellen, dass die industrielle Basis auch in Zukunft die zentrale Säule des Wohlstands sein kann.

Weitere entscheidende Faktoren, um nachhaltig hohe Wachstumsraten erreichen zu können, umfassen: Aus- und Weiterbildung, eine verstärkte Integration Europas, eine Entschärfung von Ungleichgewichten und einen Abbau der öffentlichen Schulden sowie eine Lö-

sung von Nachfrageblockaden innerhalb der EU. Funktionieren wird ein neues Modell vor allem dann, wenn Europa innerhalb eines einheitlichen, gesamteuropäischen Rahmens Vielfalt ermöglicht und zugleich Nachhaltigkeit fördert.

Allianzen für Europa

Wenn man über Europas wirtschaftliche Chancen in der Welt spricht, gilt es auch langfristige strategische Überlegungen anzustellen. Die USA arbeiten an Freihandelsabkommen mit Europa (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und Asien (Trans-Pacific Partnership). Die USA verbünden sich mit den Tigerstaaten Lateinamerikas und schaffen auf diese Weise wertvolle ökonomische Allianzen.

Welche Allianzen hat Europa? Wie soll Europa in 10 oder 20 Jahren global positioniert sein? Eine intensive wirtschaftliche Verbindung mit Russland würde ungeheure Synergienmöglichkeiten bieten. Gleichartiges gilt für Afrika und den Bereich des Nahen und Mittleren Ostens. Der Türkei könnte dabei eine strategisch wichtige Funktion zukommen.

Europa hat Handlungsbedarf. Wenn die Position Europas für die Zukunft gesichert und die uns zwischenzeitig sehr vertrauten Standards gehalten werden sollen, dann ist ein aktives Zukunftsmanagement gefragt. Diese langfristige strategische Positionierung müsste daher Top-Priorität auf der Agenda des neuen EU-Parlaments und der neuen EU-Kommission haben!

Europa in Ordnung bringen

Über die notwendige Renaissance der Ordnungspolitik und die Perspektive einer Ökosozialen Marktwirtschaft in Europa

Harald Mahrer

Europa steht vor enormen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Traditionellen europäischen Wohlfahrtsstaaten sind die Bestandsvoraussetzungen abhandengekommen. Ausgeglichenere demografische Entwicklung, verlässliches Wirtschaftswachstum, vergleichsweise gemäßigte Ansprüche an staatliche Leistungen: All das gehört der Vergangenheit an. Globale Ressourcen- und Energiefragen sowie wirtschaftliche und soziale Verwerfungen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Problematik zugespitzt und verschärft. Politik in Europa reagiert auf diese Herausforderungen mit herkömmlichen Reflexen: Unhaltbare Positionen werden weiter verteidigt, Zickzackkurse sollen alle Interessengruppen zufriedenstellen, Problemlösungen werden in die Zukunft verschoben, der Staat wird gemäß der vorherrschenden etatistischen Ideologie weiter als allmächtiger Akteur inszeniert, obwohl er das nicht ist.

Warum Europa?

Die Misere der europäischen Politik hat viele, öffentlich intensiv diskutierte Gründe. Geht es um Details, dann ist Europa nicht zu überbieten. Europa ist in der öffentlichen Wahrnehmung zur Regulierungsanstalt für Probleme verkommen, von denen wir gar nicht gewusst haben – und vielleicht auch nicht wissen wollen –, dass es sie gibt. Was schmerzlich fehlt, ist die europäische Perspektive. Warum eigentlich Europa? Auf diese Frage gibt es eine historische Begründung, aber keine in die Zukunft gerichtete Projektion. Dies hängt unserer Meinung nach nicht bloß mit mangelnder Visionskraft und Kreativität europäischer Politiker zusammen, wie dies vielfach kritisiert wird. Dies ist auch eine Frage mangelnder Ordnungspolitik in und für Europa.

Es wird oft übersehen, dass die Erfolgsgeschichte wirtschaftlich und sozial starker Staaten in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg auf einem klaren ordnungspolitischen Fundament aufgebaut war. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung brauchen einen klaren, visiblen und akzeptablen Werterahmen. In Staaten wie Deutschland und Österreich war dies das Modell der Sozialen Marktwirtschaft, eine Synthese aus Ordoliberalismus und katholischer Soziallehre. Großbritannien ist einer liberalen Konzeption gefolgt. Das dritte Modell, der planwirtschaftliche Kollektivismus im Osten Europas, wurde von der Sowjetunion vorgegeben und dominiert. Alle drei Konzeptionen waren identitätsstiftend für die institutionelle Entwicklung und den politischen „spirit“ im jeweiligen Land.

Aus dem Ruder

Für alle Konzeptionen gilt, dass sie im Lauf der Jahre und Jahrzehnte aus dem Ruder gelaufen sind – in die eine wie in die andere Richtung. Die Planwirtschaft in Osteuropa scheiterte spektakulär als ganzes Modell. Wo der Kollektivismus regierte, die Freiheit ausgeschaltet und die Mehrheit der Bevölkerung über zwei Generationen in Geiselhaft gehalten wurde, haben in Wirklichkeit Eigennutz, Personenkult und Kriminalität geherrscht. Die kontinentaleuropäische Soziale Marktwirtschaft, die sozialstaatlich verbürgte Solidarität durch die Mobilisierung wirtschaftlicher Leistungskraft ermöglichen will, hat der Entwicklung wirtschaftlicher Freiheit zu wenig Augenmerk geschenkt. Exzessiver Etatismus und Anspruchsdemokratie haben die real existierende Praxis der Sozialen Marktwirtschaft zunehmend geprägt und tun es auch heute noch in erheblichem Ausmaß. Das gefährdet jedoch die Bestandsvoraussetzungen des Modells massiv. In Großbritannien wiederum wurde die ordnungspolitische Konzeption ins andere Extrem verändert: Wo der reine Individualismus regierte, konnten meist nur Eliten die Früchte des Wachstums ernten. Der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft wurde durch das Verlassen des ordnungspolitischen Pfads auf den Prüfstand gestellt.

Starke Bürgergesellschaft

Jede der drei Entwicklungen ist mit den Lehren aus der europäischen Ideengeschichte nicht kompatibel. Wir Menschen sind weder isolierte Individuen noch fremdbestimmte Objekte des Staats. Wir sind zur Freiheit, aber in Beziehungen hinein geboren. Wir sind soziale und individuelle Wesen. Wir brauchen daher für das produktive Zusammenleben eine ordnungspolitische Konzeption, die diesem Kern europäischer Identität gerecht wird. Der Staat muss statt Kollektivierung und Etatismus von oben freie, bürgergesellschaftliche Organisation von unten ermöglichen. Individuen müssen im Gegenzug anerkennen, dass gelebte Verantwortung der bessere Weg zur Befriedigung individueller Bedürfnisse ist statt ideologischer Individualismus. Nur wenn sich Individuen organisieren, können sie gemeinsam ihre Ziele erreichen. Das ist letztlich Kern der Idee einer starken Bürgergesellschaft oder „Big Society“ – einer Gesellschaft von eigenverantwortlichen und nicht bevormundeten Bürgern als Trägern der gesellschaftlichen Ordnung.

Ordnungspolitik muss Ansätze und Strategien für ein entsprechendes Orientierungs- und Anreizsystem möglich machen. Ein wichtiger Treiber ist zweifellos die Wiederentdeckung und Neuinterpretation von Werten als soziale, ökologische und ökonomische Infrastruktur unserer Gesellschaft. Wir leben nicht im luft- und wertefreien Raum (zumal multi)kultureller Beliebigkeit. Werte leiten uns und unsere Entwicklung. Wir sollten sie daher weder verstecken noch abschwächen. Eine ordnungspolitische Konzeption ist notwendigerweise ein politisches und gesellschaftliches Wertegerüst. Dazu muss sich Europa offen bekennen.

Eine weitere Anforderung, die an eine zukunftstaugliche Ordnungspolitik für Europa zu stellen ist, ist die integrierte Betrachtung von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die längste Zeit wurde ignoriert, dass Wirtschafts- und Sozialsystem bloß zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Vereinfacht gesagt: Nur was vorher erwirtschaftet wurde, kann ge- oder verteilt werden. Ebenso gilt: Nur wenn in einer Gesellschaft größtmögliche Chancengerechtigkeit herrscht,

kann breiter Wohlstand erzeugt werden. Hinzu kommt: Nur wenn die Zukunft eine ordnungspolitische Kategorie ist, die die Ökologie als Lebensgrundlage für alles begreift, können sich Wirtschafts- und Sozialsystem nachhaltig und stabil entwickeln.

Klare Werte

Vor diesem Hintergrund plädieren wir für die Diskussion eines ordnungspolitischen Modells für Europa, das wenige, aber für Europa zutreffende Werte mit einem zukunftsorientierten Rahmen für Wirtschaft und Gesellschaft verbindet. Aus unserer Sicht ist dies das Modell einer ökosozialen europäischen Marktwirtschaft.

Freiheit ist und bleibt in einer solchen Konzeption der Grundwert und unverzichtbare Motor unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. Freiheit ist die Basis für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Wirtschaftliche Leistung ist die Grundlage für Solidarität in Form des Sozialstaates. Unser Ordnungsrahmen in Europa muss darauf ausgerichtet sein, größtmögliche Freiheit zuzulassen, statt sie durch Bürokratie zu regulieren und zu reduzieren. Bürokratischer EU-Absolutismus als Erbe nationalstaatlichen Etatismus schadet Europa und dem Europäischen Projekt. Europa muss wieder freiheitsverträglicher und freiheitsorientierter werden. Die Entfesselung ökonomischer Freiheit in und für Europa ist nicht nur eine Frage der Wettbewerbs- und Wohlstandsfähigkeit Europas, sondern auch eine Frage der Verantwortungskultur in Europa.

Verantwortung muss in drei Dimensionen Gegenstand der ordnungspolitischen Konzeption sein: in der individuellen, der gesellschaftlichen und der zukunftsorientierten Dimension.

Individuelle Verantwortung ist das Komplement zur individuellen Freiheit. Mit der Freiheit wächst auch die Verantwortung. Im Kontext der Wirtschafts- und Sozialordnung spielt die Verantwortung für Leistung eine zentrale Rolle. Die Ökosoziale Marktwirtschaft fördert nicht nur Leistung, sie fordert sie auch. Wo Leistung behindert oder abgelehnt wird, kann eine Gesellschaft nicht von den

Früchten der Leistung profitieren. Das Ausmaß einzelner Sozialstaaten in Europa ist leistungsfeindlich. Wenn es sich nicht mehr lohnt, einer Arbeit nachzugehen, sind wir mit einem degenerierten Werte- und Anreizsystem konfrontiert. Ziel von Sozialpolitik kann nicht die Rundumversorgung von Personen in als defizitär betrachteten Lebenslagen in einem „Vollkaskostaat“ sein, sondern das Nutzen und Aktivieren ihrer Potenziale und Handlungsfähigkeiten. Dass Menschen eigenverantwortlich für ihren Lebensunterhalt und ihre Zukunft sorgen können, muss zentrales Ziel der Sozialpolitik sein. Der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist daher in der Praxis der Sozialpolitik wegweisend.

Verantwortung für Leistung

Parallel zum Wachsen der Ansprüche an den Sozialstaat ist Wachstumsfeindlichkeit in Europa populär geworden. Das ist ein Zeichen von Dekadenz und Ignoranz. Der gemeinsame Kuchen kann dank mehr Chancengerechtigkeit und Innovation weiterhin größer werden. Jeder ist in der Verantwortung, für sich zu sorgen und daher Leistung zu erbringen. Im Vergleich zu aufstrebenden Schwellenländern wird deutlich, dass es in Europa an Aufstiegswillen und an der Bereitschaft fehlt, sich durch Leistung weiterzuentwickeln.

Wirtschaftliche Freiheit und Leistungskraft sind die Grundvoraussetzungen dafür, dass Verantwortung in Form sozialstaatlich verbürgter Solidarität möglich ist. Wo nichts oder zu wenig erwirtschaftet wird, gibt es auch nichts oder weniger zu verteilen. Solidarität ist ferner keine Einbahnstraße: Wer etwas von der Gemeinschaft erhält, muss auch zur Gegenleistung bereit sein. Dieser Grundsatz ist in zahlreichen Sozialsystemen in Europa nicht oder nicht ausreichend realisiert. Staatlich erbrachte Solidarleistungen sind aber nur eine Dimension von sozialer Verantwortung. Gerade im Bereich der sozialen Verantwortung ist eine starke Bürgergesellschaft oder „Big Society“ gefragt. Bürgergesellschaftliches Engagement oder die Entfesselung von Innovationskraft im Sozialbereich steht jedoch nicht auf dem Programm klassischer Sozialpolitik. „Social Entrepreneurship“ zur Lösung sozialer Herausfor-

derungen steckt in den meisten Staaten noch nicht einmal in den Kinderschuhen. In diesem Bereich hat das Vereinigte Königreich wichtige Weichenstellungen vorgenommen.

Soziale Verantwortung ist eine gemeinsame Aufgabe von Sozialstaat und Wohlfahrts-gesellschaft. Notwendig für die Bekämpfung von Armut ist es, den Betroffenen den Weg zu Eigentum und Unternehmertum zu ermöglichen. Auch hier ist gesellschaftliche Selbstorganisation der Schlüssel. Staatliche Ausgaben sollen auf regionaler Ebene in direkter Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden können, um gemeinsam von Kapitaleffekten profitieren zu können. So lassen sich verarmte oder strukturell benachteiligte lokale Gesellschaften und Ökonomien wieder stärken und aufbauen. Dies erfordert etwa Budgethoheit für kleine regionale Einheiten und eine Stärkung der Wirtschaft durch kleine Unternehmen und Unternehmensgründungen. Das europäische Prinzip der Subsidiarität ist mit Leben zu erfüllen.

Solidarität mit der Zukunft

Die dritte Verantwortungsdimension des ordnungspolitischen Konzepts der Ökosozialen Marktwirtschaft richtet sich in die Zukunft. Solidarität mit den künftigen Generationen und ihren Lebens- und Handlungsspielräumen im Sinn der Nachhaltigkeit muss ein Schlüsselwert sein. Eine nachhaltige Entwicklung wird nicht durch ein Maximum an Verboten, sondern durch die richtigen Anreize für nachhaltiges Verhalten gefördert. Hier hat Europa erheblichen Handlungsbedarf. Regulierungs- und Verbotspolitik im Umweltbereich schaden der Wirtschaftsregion Europa. Das Nachhaltigkeitsprinzip bezieht sich nicht nur auf den ökologischen Bereich, sondern auch auf die soziale Gerechtigkeit: Die Lebenschancen der künftigen Generationen dürfen weder durch Raubbau an natürlichen Ressourcen noch durch Staatsschulden beeinträchtigt werden. Wir finanzieren die immer unfinanzierbaren Transfers durch staatliche Schulden und nehmen damit den Bürgerinnen und Bürgern doppelt Zukunftschancen – auf individueller Ebene und auf der Ebene der Nationalstaaten bzw. auf gesamteuropäischer Ebene.

ne. Denn die am sozialen Umverteilungstropf des Wohlfahrtsstaates hängenden Bürger werden zu dauerhaft abhängigen Subjekten von heillos überschuldeten und am Gängelband internationaler Gläubiger hängenden Staaten – beide ohne Handlungsspielräume für die Zukunft. Damit ist die staatlich garantierte Solidarität bereits heute weit über ihre natürliche Grenze ausgedehnt. Wo die Schulden für die nächste Generation anfangen, hört die Solidarität mit ihr auf. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die Verantwortungsdimension der Nachhaltigkeit integraler Teil europäischer Ordnungspolitik wird.

Mut und Beharrlichkeit

Die Sicherung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, die Erhaltung des sozialen Friedens und der nachhaltige Schutz der Lebensgrundlagen bilden das „magische Dreieck“ des Modells der Ökosozialen Marktwirtschaft. Sie schafft das, was heute notwendig ist: die zukunftsorientierte Synthese zwischen Wirtschaft, Sozialem und Ökologie – und ein transparentes Wertesystem, das Europa wieder in Ordnung bringt.

Mit Blick auf die Zukunft heißt das für die Volkspartei: Eine derartige europapolitische Position nicht nur selbstbewusst programmatisch zu vertreten, sondern sowohl nach innen wie auch nach außen mutig und beharrlich den Diskurs suchend dafür zu werben – die Implementierung dieser Position in die politische Entscheidungsfindung von der lokalen bis zur supranationalen Ebene selbstverständlich inklusive. Unabhängig von Wahlen und unabhängig vom medialen Gegenwind.

Warum also Europa? Ganz einfach: Damit freie menschliche Entfaltung, sozialer Zusammenhalt und eine zukunftsverträgliche, nachhaltige Entwicklung eine sichere Zukunft haben.

Zugpferd EU

Über die junge Generation und Europa

Stefan Schnöll

Welcher junge Mensch kennt sie nicht, die Geschichten unserer Urgroßeltern oder Großeltern über den Krieg, der unseren Kontinent in Schutt und Asche gelegt hat. Geschichten von den begehrten Lebensmittelkarten, über das zerstörte Heim bis hin zu verstorbenen Verwandten und Freunden. Angesichts unseres heutigen Lebensstandards ist es schwer vorstellbar, was frühere Generationen in Europa durchgemacht haben. Junge Männer meines Alters sind damals an den Fronten einander gegenübergestanden und haben versucht, sich gegenseitig umzubringen. Doch die Zeiten haben sich geändert. Wo einst Krieg und Armut den Kontinent beherrschten, regieren heute großteils Frieden und Wohlstand. Für die junge Generation drängt sich jedoch die Frage auf, ob wir auch in Zukunft diesen Frieden und Wohlstand genießen werden. Die Wirtschafts- und Währungs Krise hat uns drastisch vor Augen geführt, wie schnell eine schlechte Arbeitsmarktlage zu sozialen Unruhen führen kann. Unsere einzige Versicherung gegen den Krieg in Europa ist daher der Wohlstand für alle auf unserem Kontinent. Frieden bedeutet nicht nur, keinen Krieg der europäischen Länder untereinander, mit Frieden ist vor allem der soziale Friede innerhalb der europäischen Länder gemeint. Die Chance und die Aufgabe unserer Generation liegen darin, durch Innovation, Kreativität und harte Arbeit den Grundstein für eine friedliche Zukunft Europas zu legen. Ziemlich viel Verantwortung. Sind wir überhaupt gerüstet, dieser Verantwortung gerecht zu werden und sie wahrzunehmen?

Europas Rückständigkeit

Was wir jedenfalls brauchen, ist eine große Portion Optimismus, gepaart mit viel Selbstvertrauen. Die Gabe, optimistisch und mit Selbstvertrauen in die Zukunft zu blicken, wird uns Jungen auch

anerzogen, durch Eltern, Lehrer, Uniprofessoren, Zeitungen. Junge Menschen müssen das Gefühl bekommen, alles erreichen zu können und eine hoffnungsvolle Zukunft vor sich zu haben, um ihre Talente frei entfalten zu können. Stattdessen erzählt man uns ständig, dass unsere Zukunft gar nicht so rosig ist. Viel schlimmer noch: Das wirtschaftliche Wachstum spielt sich anscheinend längst woanders ab als in Europa. China, Brasilien und Indien sind die Teile des Planeten, wo in Zukunft die Post abgehen wird. Die Party wird also in Zukunft woanders gefeiert und wir jungen Europäer sind nicht eingeladen? Welcher junge Mensch verpasst schon gerne eine gute Party?

Aber zurück zu den harten Fakten. Die derzeitigen Wachstumsdaten belegen die Rückständigkeit Europas. Vor allem in einem wichtigen Wirtschaftszweig, der uns Jungen besonders am Herzen liegt, und zwar nicht nur aufgrund der scheinbar unerschöpflichen Wertschöpfung für unsere Volkswirtschaften, sondern in erster Linie als Konsumenten. Bei der so zukunftssträchtigen Kommunikations- und Informationstechnologie spielt Europa derzeit leider gar keine Rolle. Die USA mit Google, Facebook und Apple auf der einen Seite und Südkorea mit Samsung auf der anderen Seite haben den weltweiten Markt auf diesem Gebiet fest im Griff. Der alte Kontinent ist auf dem besten Weg, ein Museum für Touristen aus anderen Kontinenten zu werden. Es vergeht kein Tag, an dem die Medien nicht darüber berichten. Aber was will man uns Jungen damit sagen? Auswandern und Europa seinem Schicksal überlassen? Nicht gerade das, was ich als junger Europäer, der sein Leben noch vor sich hat, hören will. Angesichts solcher Entwicklungen bleiben einem nur mehr Resignation und Selbstmitleid. So weit, so düster.

Sehen wir uns die positiven Aspekte des Jungeuropäer-Daseins an. Wir leben in stabilen gesellschaftlichen Verhältnissen. Der Großteil der Kinder und Jugendlichen genießt eine gute Ausbildung. Die Europäische Union ermöglicht es uns, im europäischen Ausland ohne erheblichen finanziellen oder bürokratischen Aufwand zu studieren. Die Vielfältigkeit der Länder unseres Kontinents in Kombination mit offenen Grenzen erweitert den Horizont einer ganzen Generation. Diese Voraussetzungen sollten reichen, um als junger Europäer auch

in Zukunft ein erfülltes Leben zu führen. Wären da nicht erhebliche Unterschiede in der Ausgangssituation innerhalb Europas. Während junge Menschen im Norden Europas allen Grund haben, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken, regieren unter der Jugend im Süden Europas weitgehend Perspektivlosigkeit und die Angst vor der Zukunft. Die wirtschaftliche Lage in Europa könnte unterschiedlicher nicht sein. Und dennoch müssen wir ein gemeinsames Ziel vor Augen haben. Egal aus welchem Teil Europas wir kommen, wir haben ein gemeinsames Interesse daran, unseren alten Kontinent wieder in neuem Glanz erblühen zu lassen. Die Europäische Union ist dabei unser Zugpferd, das den Karren Europa in eine neue Zukunft zieht. Der Karren steckt zwar seit einiger Zeit im Dreck fest, doch gemeinsam können wir ihn wieder rausholen.

Zukunft selbst bestimmen

Die Rückständigkeit Europas in einigen zukunftssträchtigen Wirtschaftszweigen sollte kein Grund zur Resignation, Verzweiflung oder gar Selbstmitleid sein. Vielmehr sollten wir die derzeitigen Gegebenheiten als Herausforderung begreifen. Das ist unsere Chance, es besser zu machen. Es ist unsere Chance, Europa aus der scheinbar ausweglosen Situation zu befreien. Damit das gelingt, müssen wir daran glauben, dass wir es schaffen können. Doch das Selbstvertrauen junger Menschen ist oft sehr fragil. Es wird in mühevoller Kleinstarbeit aufgebaut, durch persönliche Erfolge etwa. Leider reicht ein Schicksalsschlag oder eine Wendung im Leben eines jungen Menschen aus, um das ganze aufgebaute Selbstvertrauen auf einen Schlag zunichtezumachen. Daher müssen wir behutsam mit dem Optimismus und dem Selbstvertrauen unserer jungen Generation umgehen. Junge Menschen wollen nicht ständig gesagt bekommen, was alles schwierig und noch dazu unmöglich ist. Wir wollen nicht hören, dass die Zukunft unseres Kontinents bereits als Museum in Stein gemeißelt ist. Wir wollen die Zukunft unseres Kontinents selbst bestimmen. Wir wollen uns nicht darauf beschränken, den bereits erwirtschafteten Wohlstand bloß zu verwalten. Unser Anspruch geht darüber hinaus.

Hoffnung statt Mauern

Wer wenn nicht wir dürfen neue Dinge ausprobieren, neue Wege gehen. In manchen Teilen Europas müssen wir diese neuen Wege zwangsläufig früher einschlagen als anderswo. In Griechenland, Spanien oder Portugal wird von der heutigen Jugend bereits als verlorene Generation gesprochen. Es ist nicht die Schuld der jungen Griechen, wenn es keine Arbeitsplätze in ihrem Land gibt. Aber es ist ihre Schuld, wenn es in Zukunft so bleibt. Schaffen wir doch wieder eine Atmosphäre der Hoffnung in Europa. Damit auch unsere Generation einmal den zukünftigen Generationen erzählen kann, dass wir damals den Grundstein für den zukünftigen Wohlstand und sozialen Frieden Europas gelegt haben, obwohl uns alle gesagt haben, dass wir es nicht können. Davon sind wir jedoch nicht nur zeitlich noch weit entfernt, sondern auch in unserem Denken. Wir haben nämlich zugelassen, dass Mauern in unseren Köpfen errichtet wurden, die uns davon abhalten, uns neu zu erfinden. Mauern, die uns davon abhalten, das Unmögliche zu wagen. Aber glücklicherweise haben wir in Europa schon Erfahrung mit dem Niederreißen von Mauern. Lasst uns also auch diese Mauern zu Fall bringen.

Die Chancen nützen

Warum EU-Mittel in Wien nicht ankommen – eine Situationsanalyse

Manfred Juraczka

Dass Wien bisher von der EU profitiert hat, steht außer Zweifel. Die Frage, wie sich die EU weiterentwickeln soll, kann für einen Kommunalpolitiker allerdings nicht beantwortet werden, ohne nicht auch auf weitere die Stadt betreffende Fragen einzugehen, nämlich: Nützt Wien die Chancen, die Europa bietet? Werden bestehende Potenziale ausgeschöpft?

Seit wenigen Jahren gibt es auf Drängen der ÖVP neben dem Rederecht für österreichische Europaparlamentarier im Gemeinderat auch einen eigenen Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten (GReiA). Der Ausschuss wurde 2011 durch den Landtag ermächtigt, Stellungnahmen zu Gesetzgebungsakten im Rahmen der Europäischen Union an den Bundesrat und den EU-Ausschuss des Bundesrates abzugeben.

Er überprüft also das Subsidiaritätsprinzip, das durch den Vertrag von Lissabon gestärkt wurde. Freilich sind die realen Gestaltungsmöglichkeiten in der Praxis bescheiden. Ein eigenes Europaressort sucht man in der Geschäftsgruppeneinteilung der Stadt Wien zudem weiterhin vergebens.

Dabei gäbe es genug zu tun! So wurde im Rahmen der EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR) beschlossen, eine großräumige Politik für alle 14 Staaten vom Donauursprung bis zum Schwarzen Meer sicherzustellen. Noch wartet diese Agenda darauf, mit Programmen und Aktivitäten gefüllt zu werden, um einen Mehrwert für die Region zu erzielen. Dabei geht es um die Verbesserung der Mobilität und die Entwicklung der multimodalen Standorte ebenso wie um Bildungs-, Regional- und Metropolenkooperationen.

Wien fehlt die Spitze

Programmnamen gibt es in diesem Zusammenhang genug, „Excellence in the CENTROPE Region“ ist einer von ihnen. Als CENTROPE wird die Region zwischen Pressburg, Wien, Brünn und Győr bezeichnet, wobei das Programm darauf abzielt, Wohlstand, Forschung und Entwicklung sowie exportorientierte Industrien zu forcieren. Der Schwerpunkt soll auf Wissenschaft und Forschung liegen.

Die Analyse der Umsetzung des Programms fällt jedoch ernüchternd aus. Wien hat eine extrem breite Wissenschafts- und Forschungslandschaft, aber nur wenig „Spitzenforschung“ und kaum interne Vernetzung, so das Fazit der Programmleitung. Die Region läuft sogar Gefahr, zum „Brain-drain“-Gebiet zu werden, die die Abwanderung der besten Köpfe befürchten muss.

Um dem gezielt gegenzusteuern, stehen der Wettbewerb um internationale Talente sowie die Förderung der Arbeitskräftemobilität innerhalb von CENTROPE als aktuelle Hauptziele fest. Und gerade hier zeigen sich die Übersetzungsfehler der Wiener Stadtregierung am eindrucksvollsten. Die EU-Politik und ihre Mittel kommen schlicht nicht in jenen Bereichen an, die am meisten davon profitieren könnten: der Bildungs- und der Forschungsbereich, Stiftungsprofessuren, kleine und mittelständische Unternehmen.

Strukturelle „Übersetzungsfehler“

Obwohl Wien sein Potenzial hier und andernorts nicht ausschöpft, ist klar, dass ohne EU vieles in Wien nicht möglich wäre: Die EU-Förderungen haben Bevölkerung und Wirtschaft in Wien in der abgelaufenen EU-Förderperiode (2007 bis 2013) auch über die Krisenjahre geholfen. Die Förderungen für „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und integrative Stadtentwicklung“, im Rahmen derer die EU 25 Millionen Euro für die Stadt Wien zur Verfügung gestellt hat, haben durch neu gestaltete Plätze, Parks bzw. Straßenzüge wesentlich zur Stadtbildpflege beigetragen. Dass die Um-

setzung in vielen Bereichen unter der Erwartung der Bürger blieb, ist wiederum auf die strukturellen Übersetzungsfehler der Stadtpolitik zurückzuführen, die etwa mit den EU-Geldern lieber überdimensionale Blumentöpfe aufstellen ließ, anstatt die Gelder mittels Gestaltungswettbewerben an kreative Unternehmer zu vergeben.

Auch die von der Stadt Wien stets gelobten Arbeitsmarktförderungen wären ohne EU nicht denkbar. Der „Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds – waff“ bildet dabei eine sogenannte „Zwischengeschaltete Stelle“ für Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) zum „Operationellen Programm Beschäftigung Österreich“ für die Region Wien und vergibt diese an Projekte, die in das Profil des waff passen. Nicht weiter nötig zu erwähnen, dass es auch hier Verbesserungspotenziale bei der Vergabe der Mittel gäbe.

Wien braucht die europäische Integration

Die Zukunft unserer Stadt Wien ist untrennbar mit dem europäischen Integrationsprojekt verbunden. Egal ob in Wien, im Bund, im Europäischen Parlament bzw. auf europäischer Ebene, wir als ÖVP sorgen dafür, dass die Interessen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sowie der kleinen und mittleren Unternehmen Gehör finden – besonders in der Wirtschafts-, Steuer- und Budgetpolitik. Die ÖVP Wien bekennt sich daher zu einem klaren Konsolidierungskurs auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften, genauso wie wir das auch in Wien tun. Im Gegenzug müssen die zur Verfügung stehenden EU-Gelder intelligent investiert werden. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Bausteine für die Zukunft Europas. Mobilität zu Lern- und Lehrzwecken ist und bleibt dabei ein Schwerpunkt. Schließlich entscheiden unsere Handlungen im Bereich Bildung und Forschung über die Entwicklung des Wirtschafts- und Lebensstandortes Wien. In diesen Bereichen müssen die Projekte CENTROPE, ESF und die Förderungen für die „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und integrative Stadtentwicklung“ zusammenlaufen. Noch ist das in Wien nicht der Fall. Noch regiert in Wien die Bürokratie.

Überregulierung stoppen

Für die Weiterentwicklung der Europäischen Union und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung ist es unabdingbar, auf allen Ebenen klar auszusprechen, wie viele Mittel und Projektunterstützungen seitens der EU in und nach Österreich fließen – auch und gerade in die Stadt Wien. Information schafft Wissen und gräbt jenen, die sich in undifferenziertem Euroskeptizismus üben, das Wasser ab.

Gleichzeitig gilt es für alle in der Europapolitik Tätigen klarzumachen, dass die EU sich nicht in Richtung eines überbordenden Regulierungswesens entwickeln darf. Europa ist eine Gemeinschaft, die Regeln braucht. Sie darf sich aber nicht in alle, auch die persönlichsten Lebensbereiche des Menschen einmischen und diese mit einem Netz von Vorschriften und Verboten überziehen. Denn das würde unserem Bild des eigenverantwortlichen Bürgers in einer freien Gesellschaft widersprechen.

Stärken ausspielen

Warum Europa ein Erfolg ist und es wieder eine Rückbesinnung auf das Grundprinzip der Subsidiarität geben soll

Wilfried Haslauer

„An barbarische Rückfälle, wie Kriege zwischen den Völkern Europas, glaubt man so wenig wie an Hexen und Gespenster. Nie war Europa stärker, reicher, schöner, nie glaubte es inniger an eine noch bessere Zukunft.“ Diese Zeilen schrieb Stefan Zweig im Sommer 1914. Was dann geschah, wissen wir alle.

2014 ist wegen des Beginns des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren ein „unvermeidliches“, trauriges Gedenkjahr. 1914 versank Europa im Nationalismus, die militärische Zerstörungskraft erreichte ein bis dahin nicht für möglich gehaltenes Ausmaß. Auch in Salzburg forderte dieser Krieg tausende Opfer. Am Ende ging die Parole „Nie wieder Krieg!“ quer durch Europa. Dennoch scheiterten alle Friedensprojekte der Zwischenkriegszeit, wie etwa der Völkerbund, letztlich erneut am Nationalismus und dessen Exzess, dem Faschismus.

80 Jahre nach diesem Kriegsausbruch entschieden sich die Österreicherinnen und Österreicher mit großer Mehrheit (in Salzburg mit rund 65 Prozent) für den Beitritt zur Europäischen Union. Was heute für manche „nur“ ein nüchternes Wirtschafts- und Freihandelsprojekt ist, war von Anfang an breiter konzipiert – als Friedensprojekt. Mit einem klaren, nun erfolgreichen Konzept: politische und soziale Stabilität in Europa durch ökonomische Integration. Diese Idee ist zweifellos aufgegangen. Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen EU-Mitgliedsstaaten sind heute praktisch denkunmöglich. Vieles, was uns jetzt als selbstverständlich erscheint, haben wir dem zu verdanken, was 1951 als „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ begann: Freizügigkeit, Wegfall der Grenzkontrollen, Teilnahme an einem Binnenmarkt mit über 500 Millionen Menschen.

Euro hat sich behauptet

Gerade ein Land wie Salzburg, geografisch genau an den Schnittstellen zwischen Nord und Süd, Ost und West, ausgestattet mit einer starken, exportorientierten Wirtschaft, gehört zu den großen Profiteuren dieses Binnenmarkts. Nicht nur, weil Grenzkontrollen und Zollabgaben an der Saalachbrücke in Freilassing oder am Deutschen Eck heute nur noch Erinnerung sind. Sondern auch, weil Salzburg mit seinen größten und wichtigsten Absatzmärkten durch eine Währungsunion verbunden ist.

Der Euro, immer noch umstritten und oft als „Krisenwährung“ herabgesetzt, hat seine Nagelprobe bislang bestanden. Vielleicht gerade deshalb, weil er sich als Krisenwährung behauptet hat. Er hat die wahrscheinlich schlimmste Wirtschaftskrise seit 1945 überstanden und konnte alle Spekulationsangriffe erfolgreich abwehren. Ob der Schilling, hinter dem eine Volkswirtschaft mit rund acht Millionen Menschen stand, ebenso spekulations- und krisenresistent gewesen wäre, darf bezweifelt werden.

Zur positiven Bilanz der EU gehören zweifellos auch die Bereiche Bildung, Forschung und Wissenschaft. Nur gemeinsam kann Europa hier mit der Weltspitze – von den USA über China bis nach Indien – mithalten. Was im Großen gedacht ist, zeigt auf nationaler und Bundesländer-Ebene seine Erfolge: So konnte Österreich beim Ende 2013 ausgelaufenen 7. Forschungsrahmenprogramm der EU eine überdurchschnittlich hohe Rückflussquote an Fördermitteln erzielen.

Die Universität Salzburg ist im EU-Bereich höchst engagiert. In den letzten sieben Jahren hat sie über 121 Lehr- und Forschungsprojekte erfolgreich in Brüssel eingereicht. Daraus ergibt sich ein EU-Fördervolumen in Höhe von 23.606.562,27 Millionen Euro, das in diesem Zeitraum nach Salzburg geflossen ist.

Türöffner in eine vernetzte Welt

Auch wird niemand bestreiten, dass das seit Langem bestehende „Erasmus“-Programm eine Erfolgsgeschichte ist. Diese Gemeinschaftsinitiative bzw. das jetzige Nachfolgeprogramm Erasmus+ gibt Millionen von Menschen in Europa die Chance, im Ausland zu studieren, eine Ausbildung zu absolvieren und so wertvolle Erfahrungen zu sammeln. Auch für viele Salzburgerinnen und Salzburger ist Erasmus ein Türöffner in eine größere, vernetzte Welt – vom Know-how-Rückfluss nach Salzburg gar nicht zu reden. Zum Beispiel fließen aktuell 80.000 Euro in Projekte der außerschulischen Jugendarbeit nach Salzburg.

Stichwort Rückfluss: Es ist sicher richtig, die EU nicht nur an Zahlen – im Sinne von „wie viel Geld überweisen wir nach Brüssel und wie viel bekommen wir zurück?“ – zu messen. Trotzdem sind solche Betrachtungen für die Legitimation und Akzeptanz der EU unerlässlich. Deshalb an dieser Stelle nur ein Beispiel: Vor Kurzem hat der österreichische Rechnungshof seinen aktuellen EU-Finanzbericht veröffentlicht. Darin ist etwa nachzulesen, dass im Bereich der Agrar- und Strukturfondsförderungen in einem Jahr rund 73 Millionen Euro nach Salzburg gegangen sind.

Diese Gelder, die vorwiegend aus dem ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes) und EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) stammen, werden vor allem auch in Projekte für die Entwicklung und Stärkung Salzburgs als Tourismus-, Wirtschafts- und Gesundheitsstandort innerhalb der EU investiert.

Projektbeispiele wären die Gesundheitstourismusinitiative „Hohe Tauern Health“ und die Entwicklung des Lehrbauhofs Salzburg als Kompetenzzentrum für die Bauwirtschaft. Als weiteres Projekt, von dem Salzburg außerhalb des EFRE oder ELER profitiert hat, wäre die internationale Katastrophenschutzübung EU-TARANIS zu nennen.

Alles in allem also eine durchwegs positive Europa-Bilanz? Grundsätzlich ja, dennoch ist in der EU manches von dem, was als große Idee begonnen hat, mittlerweile zur bürokratischen Routine geworden. Wer beispielsweise schon einmal einen Förderantrag ausgefüllt hat, weiß, wie kompliziert diese Prozedur sein kann. Aber auch das soll keine Generalkritik an der EU sein. Denn viele Initiativen startet die Kommission nur auf ausdrücklichen Wunsch eines oder mehrerer Mitgliedsstaaten. Auch könnte das Europäische Parlament öfter auf ein vernünftiges „Regulierungs-Mittelmaß“ drängen. Last but not least: Jede Verordnung und jede Richtlinie muss immer noch von den Mitgliedsstaaten abegesenet werden.

Eine mögliche Lösung?

Es muss nicht alles EU-weit geregelt sein. Es sollte wieder eine Rückbesinnung auf das Grundprinzip der Subsidiarität geben. Die Stärke von Bundesländern und Regionen ist es, nahe an den Bedürfnissen und Problemen vor Ort zu sein. Deshalb ist die Forderung nach einem Europa der Regionen nicht nur Slogan, sondern Ausdruck faktischer Vernunft. Jede Einheit sollte das Recht und die Möglichkeit haben, ihre Stärken auszuspielen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wie wir unser Vergabewesen in Zukunft organisieren wollen, sollte man doch wohl am besten uns Salzburgerinnen und Salzburger überlassen. Detto die Frage, ob wir gentechnisch veränderte Pflanzen auf unseren Feldern haben wollen oder nicht.

Im Gegensatz dazu macht es keinen Sinn, würde Salzburg ein weltweites Freihandelsabkommen verhandeln. Ebenso ist der Ausbau transeuropäischer Verkehrsnetze – für den für Salzburg übrigens rund 38 Millionen Euro an EU-Kofinanzierung vorgesehen sind – klar eine Aufgabe der Union. Auch beim Konsumentenschutz wäre Kantönl-Denken fehl am Platz. Für diese Dinge brauchen wir die EU. Und hier können wir dann auch in Salzburg mit Überzeugung sagen: „Europa. Wir sind dafür.“

Literatur

Zweig, S. (1942):

Die Welt von Gestern – Erinnerungen eines Europäers.
Stockholm: Bermann-Fischer Verlag

Zu einem geeinten Europa stehen

**Für den Ausbau demokratischer Einrichtungen und den
Abbau bürokratischer Hürden**

Gabriel Obernosterer

Die ÖVP bekennt sich zu einem Europa, dessen Einheit auf gemeinsamen Werten, gemeinsamen geschichtlichen Erfahrungen und gemeinsamen wertbezogenen Zielen, aber auch auf der reichen Vielfalt seiner verschiedenen nationalen und regionalen Traditionen seiner Völker und Volksgruppen gründet.

Nicht nur ich, sondern die ÖVP als Ganzes sind überzeugte Anhänger des bundesstaatlichen Ordnungsgedankens, und wir bekennen uns zu einer EU, die nach den Baugesetzen des Föderalismus und der Aufgabenteilung gestaltet ist. Wir bekennen uns aber auch dazu, dass die EU Regionen und Gemeinden stärker in ihren Integrationsprozess mit einbezieht. Menschen, die in der EU leben, sollen sich als Bürger ihrer Heimatregion, ihres Vaterlandes, aber auch als Europäer verstehen. Wir wollen eine Europäische Union, in der die Menschen in ihren lokalen Gemeinschaften Heimat, Geborgenheit, geistige Orientierung und moralische Bindung begründen können.

Offen für Veränderungen

Wir bekennen uns zu einer Fortführung des bisher vor allem wirtschaftlich ausgerichteten Integrationsprozesses in Richtung einer politischen Union, die auf den Grundwerten von Frieden, Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaat und Ökosozialer Marktwirtschaft beruht. Eine solche Union wollen wir im Geist eines christlichen Humanismus mitgestalten – in Österreich, in der Europäischen Volkspartei und in der Europäischen Demokratischen Union.

Die EU wird nur dann erfolgreich sein, wenn die Menschen Vertrauen in sie haben. Voraussetzung dafür ist der Ausbau der demo-

kratischen Einrichtungen sowie der Aufgabenteilung zwischen den Mitgliedsstaaten und der Abbau bürokratischer Hürden.

Die ÖVP steht für Eigenverantwortung. Eigenverantwortung im Leben jedes einzelnen Staatsbürgers, aber auch Eigenverantwortung auf staatlicher Ebene in der Europäischen Gemeinschaft.

Aber man muss auch offen sein für Veränderungen – in der EU ist nicht alles Gold, was glänzt, so selbstkritisch muss man sein. Es gibt zahlreiche Herausforderungen, denen man sich stellen muss und die einer Lösung bedürfen, um Europa fit für die Zukunft und enkeltauglich zu gestalten. Daher braucht es im Europäischen Parlament Politiker, die in die Zukunft schauen, die nachhaltig denken und die sich der bekannten Probleme annehmen und das gemeinschaftliche Europa besser machen, stabil nach außen hin präsentieren und wendiger in den Entscheidungen nach innen hin gestalten. Ein Hemmschuh, der sich von der Ebene der Bundesländer über die Staatsebene hin bis zur EU zieht, ist die Bürokratie – in allen Bereichen. Bürokratie verursacht hohe Kosten in den Verwaltungen, der mittlerweile aufgebaute Gesetzesdschungel und die überbordenden Auflagen sind bürger- und unternehmerfeindlich. Es ist eine unserer Hauptaufgaben, Europas Verwaltung zu entstauben und zu entschlacken. Denn eine aufgeblähte Verwaltung verursacht eine Vielzahl von Kontrollen, womit wieder die Kosten steigen.

Mehr Sicherheit durch Bankenunion

Ein Projekt des Europäischen Parlaments, das maßgeblich dazu beiträgt, Europa besser zu machen, ist die Bankenunion. Mit dem Euro-Rettungsschirm beispielsweise haben die Länder der EU bewiesen, dass sie gemeinsam die finanzielle Stabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet sichern wollen und es auch faktisch tun. Wer wenn nicht der gesamte europäische Raum muss stabil sein, um im Wettbewerb mit den USA, Russland oder China bestehen zu können. Die Bankenunion als zentrale sowie gemeinsame Aufsicht über den Finanzmarkt, die Einlagensicherung und die Kreditinstitute innerhalb der EU werden dazu beitragen, dass das europäische

Bankensystem sicherer wird. Die Bankenunion ist nur eines von vielen Beispielen, wodurch Österreich von der Arbeit eines österreichischen EU-Abgeordneten profitiert hat oder profitieren wird.

Gebot der Stunde

Wer heute verlangt, aus der EU auszutreten, dem sind weder die Zusammenhänge bewusst noch die Menschen im Land und in Europa ein Anliegen. Wer heute ständig versucht, die EU madig zu machen, hat von wirtschaftlichen Gegebenheiten und vor allem Notwendigkeiten keine Ahnung. Und wer heute verlangt, zum Schilling zurückzukehren, schließt nicht nur die Augen vor unserer Wirtschaft, sondern streut vor allem Sand in die Augen der Bevölkerung. Es gibt genug Parteien, die Ängste schüren wollen, aber damit keine Probleme lösen, die die Europa-Skepsis in ihr Parteiprogramm schreiben, aber damit zu keinem stabilen Europa beitragen. Wem die globalisierte Welt klar ist, wer weiß, dass in unserem Land jeder zweite Euro durch die Exportwirtschaft verdient wird und damit hunderttausende Arbeitsplätze vom Außenhandel abhängen, der weiß auch, dass Angstmache, Falschinformationen und die Abkehr von einem vereinten Europa ein Weg ins Gestrern sind, ein Weg gegen Jobs und Einkommen sind und ein Weg zum Schaden unseres Landes sind. Es gibt keine Alternative zu einem stabilen, wirtschaftlich starken Europa, weil wir selbst am meisten davon profitieren. Längst ist die EU über das ursprüngliche Friedensprojekt hinausgewachsen, hat sich der Globalisierung gestellt und den Menschen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht. Genau deshalb ist es ein Gebot der Stunde, in einer Krise zu einem geeinten Europa zu stehen, die Wichtigkeit eines stabilen Europas vor Augen zu halten. Es gibt dazu keine Alternative. Wir wollen, dass die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion bestehen bleibt und ausgebaut wird. Wir wollen, dass sich die großeuropäische Union zu einer echten politischen Gemeinschaft, zu einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft und auch zu einer Umwelt- und Sozialgemeinschaft weiterentwickelt und vertieft.

Chance auf Mitgestaltung

Ebenso wie für diese Vertiefung der Europäischen Union tritt die ÖVP für eine schrittweise Erweiterung um alle jene europäischen Staaten ein, die sich zu den grundlegenden Zielen dieses Einigungswerkes bekennen und zugleich willens und fähig sind, die Rechte und Pflichten eines Mitglieds der EU zu übernehmen. Es ist daher unsere Aufgabe, diese Staaten schon vor ihrem EU-Beitritt so weit wie möglich in die EU-Strukturen einzubeziehen. Alle Menschen, die in Europa leben, sollen die Chance erhalten, gleichberechtigt die Zukunft unseres Kontinents mitzugestalten.

Die Basis für eine positive Einstellung zum gemeinschaftlichen Europa, für ein Befürworten eines einheitlichen Europas ist für mich das Vertrauen der Menschen in die EU. Daran müssen wir täglich arbeiten, täglich Überzeugungsarbeit leisten nicht nur mit Worten, sondern vor allem mit Taten. Um dieses Vertrauen zu fördern, ist die Aufgabenteilung zwischen den Staaten, den Regionen, den Ländern bis hinunter zu den Gemeinden ständig zu hinterfragen, eventuell neu zu ordnen. Mitspracherecht darf kein geflügeltes Wort sein, ebenso nicht Mitgestaltung. Wer die Menschen einbindet, wird ihr Vertrauen gewinnen. Wer die Anliegen der Menschen ernst nimmt, wird sie gewinnen.

Für starke Regionen

Eine hohe Wahlbeteiligung gibt dem Europäischen Parlament das Gewicht, sich für unsere Anliegen in Europa einzusetzen

Günther Platter

„Tirol isch lei oans.“ Bereits Sebastian Rieger, besser bekannt als „Reimmichl“, wusste schon lange vor dem Beitritt Österreichs und somit auch Tirols zur Europäischen Union um die Bedeutung unseres Landes. Tirol ist in vielerlei Hinsicht einzigartig.

- Geografisch liegt Tirol eingebettet zwischen Deutschland und Italien und ist deshalb eines der wichtigsten und am meisten frequentierten Transitländer für den Personen- und Warenverkehr samt den damit verbundenen Vorteilen, aber auch Belastungen.
- Wirtschaftlich hat sich Tirol sehr erfolgreich entwickelt, es weist eine der geringsten Arbeitslosenquoten innerhalb der EU auf und hat eine sehr krisenresistente klein- und mittelbetriebliche Struktur mit leistungsstarken Leitbetrieben.
- Touristisch gesehen hat unser Land einen enormen Stellenwert. Es ist die führende Tourismusdestination in Österreich und genießt als Urlaubsland Weltruf.
- In landwirtschaftlicher Hinsicht ist Tirol aufgrund der gebirgigen Topografie und einer sehr kurzen Vegetationsperiode ebenfalls ein Ausnahmefall. Es gilt insgesamt als Bergbauerngebiet.

Als Landeshauptmann von Tirol ist es mir ein Herzensanliegen und auch meine Pflicht, ebendiese Besonderheiten zu berücksichtigen, Schwachstellen zu beseitigen und Erfolgsgeschichten auszubauen.

Tirol profitiert

Auch die Europäische Union hat einen nicht unerheblichen Teil dazu beigetragen, Tirol zu dem zu machen, was es heute ist: eine der wohlhabendsten der 274 EU-Regionen.

Natürlich gibt es auch innerhalb Tirols Unterschiede in Bezug auf Einkommen, Infrastruktur und Wirtschaftskraft. Durch eigene politische Anstrengungen, aber auch die verschiedenen Förderprogramme der EU wird laufend versucht, hier ein Gleichgewicht zu schaffen. Insbesondere die Programme zur Förderung von Investitionen in Wachstum und Beschäftigung, der Landwirtschaft und des ländlichen Raums sowie die zahlreichen grenzübergreifenden Kooperationsprojekte im Rahmen der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino, mit Bayern, Belluno, Graubünden und darüber hinaus im gesamten Alpenraum tragen dazu bei, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unseres Landes voll auszuschöpfen.

Tirol profitiert in finanzieller Hinsicht von Österreichs Mitgliedschaft in der EU. Wir haben rein finanziell betrachtet mehr von der EU, als wir in sie investieren. Das liegt zum einen an der Vielzahl von Regional- und sonstigen Projektförderungen, die Tirol von der EU erhält, zum anderen daran, dass unsere Berglandwirtschaft einen hohen Anteil an Agrarförderungen erhält. Stellt man die Summe der nach Tirol fließenden Förderungen den Zahlungen, die Tirol an die EU leistet, gegenüber, so ergibt sich ein leichtes Plus zugunsten Tirols.

Nicht nur ein leichtes, sondern ein enormes Plus kann Tirol seit dem EU-Beitritt bei den Exporten verzeichnen. Der Exportanteil der Tiroler Betriebe hat sich verdreifacht und liegt damit über der gesamtösterreichischen Exportquote. Tirols Wirtschaft hat es auch ausgezeichnet verstanden, die Chancen aus der EU-Erweiterung optimal zu nützen.

Viel Arbeit vor uns

Ganz wesentlich sind zudem jene Vorteile, die sich unmittelbar auf das Leben der EU-Bürgerinnen und Bürger auswirken: Die persönli-

che Freiheit, überall in der EU leben, arbeiten sowie ohne Zollbarrieren und Passkontrollen reisen zu können, birgt einen unschätzbaren Mehrwert für uns, vor allem auch für die junge Generation, die durch EU-Programme wie ERASMUS+ die Möglichkeit hat, in anderen EU-Staaten zu studieren und somit wertvolle Erfahrungen zu sammeln. Das alles war vor dem Beitritt Österreichs zur EU nicht oder nur in sehr eingeschränktem Maße möglich. Auch in den ganz kleinen Dingen des täglichen Lebens hat sich vieles zum Positiven gewendet: So kann ich mich noch gut an jene Zeiten erinnern, als für einen Wanderflug nach Südtirol gleich mehrere Hürden zu überwinden waren: Schillinge mussten in Lire gewechselt werden, und an der Grenze gab es oft lange Schlangen vor den Kontrollstellen. All das – und natürlich noch vieles mehr – ist durch unsere EU-Mitgliedschaft erfreulicherweise Vergangenheit.

Aber es liegt noch viel Arbeit vor uns, wenn wir alle jene Chancen nutzen wollen, die uns die europäische Einigung grundsätzlich bietet. Durch die strategische Allianz der Makroregion Alpen wird die Vertretung der Interessen unseres Landes in Zusammenarbeit mit den anderen Alpenländern in Europa weiter gestärkt. Die besonders enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Länder der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino konnte durch die Nutzung der Rechtsform eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit mit einem gemeinsamen Generalsekretariat ausgebaut werden. Die gemeinsame Vertretung der Europaregion bei der EU in Brüssel fungiert seit nun bald 20 Jahren als Bindeglied und Sprachrohr zwischen der Europaregion und den europäischen Behörden. Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit liegen in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Naturschutz, Nahverkehr, Wissenschaft, Forschung, Gesundheit und Kultur. Die neue Bahninfrastruktur und die damit mögliche Verlagerung des Transitschwerverkehrs von der Straße auf die Schiene sind hierbei für Tirol und für die gesamte Europaregion von größter Bedeutung. Das Jahrhundertprojekt Brenner-Basistunnel wird nun dank der stetigen Bemühungen Tirols durch eine Kofinanzierung von bis zu 40 Prozent seitens der EU vorangetrieben und hat unter den TEN-V-Projekten oberste Priorität. Gleichzeitig müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um faire Mauten für den Lkw-Verkehr im

Sinne der Kostenwahrheit EU-weit zu regeln. In Hinblick auf Umwelt und Energie wurde gemeinsam mit Südtirol und dem Trentino das Konzept des „Grünen Brenner-Korridors“ geschaffen, welches darauf abzielt, den Verkehr so umweltschonend und energieeffizient wie nur möglich zu gestalten. Große Bedeutung kommt schließlich den erneuerbaren Energiequellen zu. Durch den Ausbau der heimischen Wasserkraft wird zum einen bei Verbrauchsspitzen der Bedarf an Energie rasch und unmittelbar abgedeckt, zum anderen soll damit die Erreichung einer Energieautonomie weiter vorangetrieben werden.

Mehr Gewicht durch hohe Wahlbeteiligung

Europa und die Europäische Union bieten einer relativ kleinen Region wie Tirol zahlreiche Chancen, die wir bereits bisher ergriffen haben und auch in Zukunft nützen werden. Tirol will seine Spielräume behalten und diese auch kräftig nutzen. Wir wollen, dass unsere besonderen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Dazu müssen wir das Heft des Handelns in der Hand behalten. Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai sind eine ausgezeichnete Gelegenheit, in der EU mitzubestimmen. Die Abgeordneten zum Europäischen Parlament sind die einzigen direkt gewählten politischen Akteure in der EU. Die Abgeordneten vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, und nur eine hohe Wahlbeteiligung kann dem Europäischen Parlament das Gewicht geben, sich für unsere Anliegen in Europa einzusetzen.

Tirol ist eine starke Region in der EU, und ein gemeinsames Europa kann nur mit starken Regionen entstehen. Tirol braucht Europa und Europa braucht Tirol!

Die Devise der Zukunft ist Kooperation

Über Niederösterreich als aktive Region in Europa

Erwin Pröll

Eine 414 Kilometer lange direkte Grenze zu den Nachbarstaaten Tschechien und Slowakei sowie die Nähe zu Ungarn charakterisieren die besondere geopolitische Lage Niederösterreichs. Umso bewusster betrachten wir auch das Jahr 2014, das vor diesem Hintergrund ein ganz besonderes Jubiläums- und Gedenkjahr ist: Zum einen ist vor 25 Jahren der Eisenerne Vorhang gefallen. Damit wurde die politische Landkarte Europas völlig neu gezeichnet. Zum anderen wurden vor 20 Jahren in unserem Land wesentliche Weichen gestellt, indem am 12. Juni 1994 die Bürgerinnen und Bürger mit überwältigender Mehrheit für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union gestimmt und sich damit für eine Zukunft unseres Landes in einem größeren Europa ausgesprochen haben. Und zum dritten kam es vor zehn Jahren zur fünften und größten Erweiterung der Europäischen Union mit dem Beitritt vieler osteuropäischer Länder, darunter auch Niederösterreichs Nachbarn Tschechien und Slowakei. All das waren markante Ereignisse, die dazu beigetragen haben, dass Niederösterreich von seiner Randlage ins Herz des neuen Europas gerückt ist.

Niederösterreich als Gewinner des großen Europas

Unbestritten ist, dass Niederösterreich von der europäischen Entwicklung, insbesondere von der EU-Erweiterung profitiert hat. Nach Deutschland wurden die mittel- und osteuropäischen Staaten zum wichtigsten Zielland für unsere exportorientierten Firmen. Seit 1995 haben sich die Exporte Niederösterreichs verdreifacht, die Wirtschaftsleistung ist um 67 Prozent und die Anzahl der Betriebsgründungen um 75 Prozent gestiegen. Dazu kommt, dass jeder EU-Euro in Niederösterreich ein Gesamtinvestitionsvolumen von sieben Euro auslöst. Für Niederösterreich hat somit die

europäische Perspektive viel gebracht. Und wir profitieren auch weiterhin davon.

Diese internationale Perspektive bedeutet also Chancen, ist aber auch eine stete Herausforderung, als Region erfolgreich zu bestehen. Das Gewicht der Regionen hat im vereinten Europa deutlich zugenommen. Stärker als früher wird Identität über kleinere regionale Einheiten gebildet. Lokale und regionale Politik setzt direkt an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger an. Die Rolle der Regionen und Nachbarschaftspolitik ist ein Thema mit vielen unterschiedlichen Aspekten, auf das wir in Niederösterreich großen Wert legen.

Gemeinsam wirtschaften

Die mittel- und osteuropäischen Länder bilden einen gewaltigen Markt. Es ist im Sinne unserer Zeit wichtig, gemeinsam mit den neuen EU-Ländern einen lebendigen und partnerschaftlichen Wirtschaftsraum zu errichten. Niederösterreich hat bereits vor vielen Jahren die ersten Maßnahmen zur Internationalisierung gesetzt. Mit einer Exportoffensive wurden niederösterreichische Unternehmen auf den neuen Märkten in Mittel- und Osteuropa aktiv unterstützt.

Kontakt zu Nachbarn

Die Devise der Zukunft lautet eindeutig Kooperation. Umso erfreulicher ist daher, dass sich in den vergangenen Jahren eine verstärkte regionale Zusammenarbeit entwickelt hat. Niederösterreich legt bereits seit 1987 in gemeinsamen Arbeitsprogrammen mit unseren Nachbarkreisen in Tschechien und der Slowakei die Themen für eine intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit fest. Schwerpunkte bilden etwa die Bereiche Regionalpolitik, Umwelt, Wirtschaft, Tourismus, Kultur, Sport, Gesundheitswesen, Katastrophenschutz, Sicherheit.

Kooperation der Regionen

Von großer Bedeutung ist eine gesamteuropäische Regionalpolitik vor allem deshalb, weil es darum geht, in allen Regionen Europas gesamteuropäische Ziele wie etwa Wettbewerbsfähigkeit und Innovation zu verfolgen. Wie ernst Niederösterreich seine Rolle als aktive Region in Europa nimmt, hat die breite Regionen-Initiative gezeigt, mit der Niederösterreich insgesamt 208 Regionen und 114 Städte um sich scharte, um regionale Interessen in der Kohäsionspolitik gegenüber der EU-Kommission zu verankern. Durch einen einzigartigen Schulterschluss der Regionen Europas haben wir ausgehend von Niederösterreich erreicht, dass auch künftig EU-Fördermittel für alle Regionen Europas, also auch die wirtschaftlich stärkeren, gesichert sind. Die nunmehr erfolgte Weichenstellung bedeutet, dass die Stärkung der Regionen als Motor für die wirtschaftliche Entwicklung weitergeführt werden kann. Die Regionalförderung umfasst ein sehr breites Spektrum – einerseits werden Infrastrukturinvestitionen im industriellen und gewerblichen Bereich unterstützt, andererseits werden touristische und kulturtouristische Projekte entwickelt. Besondere Bedeutung kommt der Regionalförderung gerade bei der Positionierung Niederösterreichs als Technologie- und Unternehmerland zu.

Donauraum als Zukunftsraum

Ein weiterer Bereich, wo wir uns als Region Niederösterreich aktiv einbringen können, ist die Donauraumstrategie. Die Donau durchquert 38 Regionen, und in diesem Donauraum leben rund 100 Millionen Menschen. Nicht zuletzt deshalb ist der Donauraum eine Schlüsselregion, an der sich zu einem guten Teil entscheiden wird, wie dynamisch und rasch sich Gesamt-Europa weiterentwickeln kann. Denn der Donauraum als Lebensraum war oftmals ein Raum der Instabilität und Disparität. Unsere Aufgabe ist es, konsequent daran zu arbeiten, dass aus diesem Raum der Instabilität und Disparität ein Raum der Stabilität und Zusammenarbeit wird. Wenn wir fokussiert und sorgfältig an die Entwicklung der Regionen herangehen, können wir eine möglichst gleichwertige und ausgewogene

Entwicklung im gesamten Donauroum garantieren. Gerade das ist das Ziel der Donauroomstrategie: die Ressourcen der einzelnen Regionen zu heben, um so die europäische Perspektive besser nutzen zu können. Diese Entwicklung ist gleichzeitig eine enorme Wachstumschance für Europa. Insgesamt 500 konkrete Projekte entlang der Donau wurden bereits definiert und werden nun Schritt für Schritt abgearbeitet. Auch Niederösterreich bringt sich im Rahmen der Donauroomstrategie ein. Wir haben dabei sogar Schrittmacher-Dienste übernommen, etwa mit der internationalen Hafen-Konferenz zur Vernetzung der Donau- und Schwarzmeerbäfen, die im Vorjahr in Krems stattgefunden hat. Für die Schwarzmeerregion ist die Donau ein Tor nach Europa. Umgekehrt ist für die Anrainer-Regionen an der Donau der Schwarzmeerraum ein Tor zu den wirtschaftlich vielversprechenden Achsen in Asien.

Zukunft Europas

Was die Zukunft Europas betrifft, muss man aufgrund der aktuellen europäischen Diskussion klar sagen, dass sich Europa in einer durchaus kritischen Phase befindet. Umso wichtiger erscheint es mir aber, dass wir in einem solchen Umfeld das Grundgerüst und den Grundgedanken Europas stets im Auge behalten. Noch nie hat es in Europa so viel Freiheit gegeben wie jetzt. Noch nie hat es für Europa und in Europa so viele Chancen gegeben wie jetzt. Noch nie zuvor waren kriegerische Auseinandersetzungen auf diesem Kontinent so wenig vorhanden wie jetzt. Noch nie hat es so wenig trennende Grenzen in Europa gegeben, und noch nie zuvor hatten wir so eine lange Friedensperiode auf diesem Kontinent.

Auch wenn Pessimisten und vom Populismus geleitete Kritiker Europa in einer Sackgasse sehen, so hat die europäische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte gezeigt, dass Europa ein Projekt ist, an dem beharrlich und anhaltend gearbeitet werden muss – ob in Brüssel, ob in den Nationalstaaten oder in den Regionen. Die Aufgabe, die wir alle miteinander haben, ist, mit ehrlichen Argumenten und mit offenem Blick auch Unangenehmes auszusprechen und anzusprechen. Nur ein offener Umgang mit Europa öffnet den

Blick und ebnet den Weg nach vorne. Dabei gilt es Herz und Leidenschaft einzubringen, aber auch Mut und Kraft, wenn es darum geht, das, was wir als richtig, wichtig und notwendig ansehen, auch in die Tat umzusetzen.

Neue Qualität Europas

Bei Europa geht es um die Kooperation aller statt um die
Hegemonie Einzelner

Josef Pühringer

Im Juni wird es 20 Jahre her sein, dass sich die überwältigende Mehrheit der Österreicher in einer Volksabstimmung dafür entschieden hat, Teil dieses Hauses zu werden. Der Einzug in dieses gemeinsame Haus hat uns zum Teil einer Friedens- und Wertegemeinschaft gemacht und unseren Wohlstand gesteigert. Vor dem Beitritt kamen rund 35 Prozent unserer Wirtschaftsleistung aus Exporterfolgen, heute sind es über 60 Prozent, Tendenz weiter steigend. Hier übertreffen wir sogar unsere bayerischen Nachbarn, die aktuell bei 51 Prozent liegen. Und das, obwohl Europa gegenwärtig vor allem im Zusammenhang mit Krisen genannt wird.

Vertrauen zurückgewinnen

Manche glauben, auch die Zukunft Europas werde in erster Linie durch Probleme und Krisen bestimmt. Wer das tut, läuft Gefahr, den Antrieb und die Fähigkeit der Menschen zu unterschätzen, aus Fehlern zu lernen und Veränderungen zu bewirken. Die Menschen haben oft schon in der Geschichte erfolgreich unter Beweis gestellt, wie sehr sie ihr Schicksal zum eigenen Wohl in die Hand nehmen können. Ich habe keinen Zweifel, dass uns das auch in Europa gelingen wird.

Unbestritten läuft derzeit vieles in Europa nicht ideal. Die Krise dreht sich um hohe Schuldenstände und schwere wirtschaftliche Probleme in einer Reihe von Ländern der Eurozone. Nicht zuletzt die viel zu hohe Jugendarbeitslosigkeit ist besorgniserregend. Manche in Europa haben viele Jahre lang über ihre Verhältnisse gelebt und in der Folge das Vertrauen der internationalen Geldgeber verloren. Wir sind nun dabei, das verlorene Vertrauen Stück für Stück zurückzugewinnen.

Nationalismus entwaffnen

Die wirtschaftlichen starken Länder – darunter Österreich – gewähren den Krisenländern für eine gewisse Übergangszeit finanzielle Hilfe in Form von Darlehen. Diese Zeit benutzen die betroffenen Länder, um sich von Grund auf zu reformieren. Das ist nicht immer leicht und mit harten Einschnitten für die Menschen verbunden, wie die Proteste in diesen Ländern zeigen. Aber es ist die einzige Chance für diese Länder, wieder wettbewerbsfähig zu werden und damit Schulden abzubauen.

Europäische Krisenresistenz

Europa hat in diesem Prozess eine neue Qualität bekommen. Es hat sich auch als krisenresistent erwiesen. Hätten die Pessimisten der Jahre 2010 und 2011 recht behalten, hätten wir heute gar keine Eurozone mehr.

Stattdessen ist eine solide Finanz- und Wirtschaftspolitik heute in Europa verbindlicher, als sie es je war.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Jetzt kommt es darauf an, bei den Reformen Kurs zu halten, weil wir nur so die Krise wirklich hinter uns lassen können. Weil wir nur so nachhaltiges Wachstum erreichen und weil wir nur so neue Arbeitsplätze in Europa schaffen können.

Ich halte es für einen Glücksfall, dass die diesjährige Wahl zum Europäischen Parlament in ein Jahr fällt, in dem wir zwei große Gedenktage begehen. Wir gedenken des 100. Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs und des 75. des Zweiten Weltkriegs.

Das gibt jedem überzeugten Europäer die riesengroße Chance herauszuarbeiten, was dieses gemeinsame Europa eigentlich ist: Nämlich unsere Antwort sowohl auf 1914 als auch auf 1939.

Alle erfolgten Integrations Schritte sind Teil eines großen Programms – nämlich eines Programms zur Entwaffnung des Nationalismus.

Bei den ersten Schritten, etwa der Montanunion, wurde noch sehr handfest – praktisch – entwaffnet, indem man die damaligen Kriegshauptrohstoffe Kohle und Stahl einer gemeinsamen Behörde unterstellt hat.

Sehr bald hat sich bei den Staatsmännern aber die Erkenntnis durchgesetzt, dass das zu wenig ist. Der Nationalismus muss auch geistig entwaffnet werden. Auch damit wurde sehr früh und weitblickend begonnen.

Warum dieser kurze historische Rückblick?

- ▶ Er soll daran erinnern, dass Europa bereits in seinen Gründungsjahren immer mehr sein sollte als eine bloße Freihandelszone.
- ▶ Er soll zeigen, dass Europa nie als ein Europa der kühlen Rechner geplant war, sondern als ein Europa, das jene Grenzen überwinden sollte, die der Nationalismus im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch unseren Kontinent gezogen hat.
- ▶ Er soll aber auch bewusst machen, dass wir den Zielen und dem Vorbild der Europapolitiker der 50er- und 60er-Jahre noch heute verpflichtet sind. Das umso mehr, da wir heute nicht nur im Europa der sechs Gründungsmitglieder leben, sondern im Europa der 28.

Nicht zufällig wurden der Maastricht-Vertrag und die Euroeinführung von einer Generation rund um Helmut Kohl, François Mitterrand und Jacques Delors vereinbart, die noch den letzten Krieg erlebt haben.

Maastricht sollte daher ganz bewusst das europäische Einigungswerk unumkehrbar machen und damit den Krieg für alle Zeiten aus Europa verbannen. Diese Politikergeneration hat uns damit die historische Verpflichtung mitgegeben, das Einigungswerk Europas mit allen zur Verfügung stehenden verantwortbaren Mitteln zu schützen.

Ein neues Modell

Das vereinigte Europa als Antwort auf 1914 und 1939 heißt auch, dass wir der Welt ein völlig neues Modell der Beziehungen von Staaten untereinander anbieten. Dieses Modell heißt in einem Satz zusammengefasst: Kooperation aller statt Hegemonie Einzelner.

Wir müssen in Europa heute unsere Kräfte bündeln und zusammenarbeiten: Die Welt wartet nicht auf uns. Viele wirtschaftlich aufstrebende Länder in aller Welt mit weiterhin wachsender Bevölkerung holen auf.

Wenn wir in Europa unseren Lebensstandard und unser Modell der sozialen Sicherheit erhalten wollen, können wir das nur gemeinsam als Europäer schaffen. Was uns in Europa so wichtig ist – Freiheit, Demokratie, sozialer Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Kultur, Rechtsstaatlichkeit –, ist nicht in allen Ländern der Welt selbstverständlich. Wir werden diese Werte nicht als Einzelkämpfer bewahren können.

Einzelne Staaten werden auch nicht in der Lage sein, die globalen Probleme unserer Zeit anzugehen: Klimawandel, Rohstoffknappheit, Terrorismus, Finanzkrisen, Pandemien oder Verteilungskonflikte.

Daher brauchen wir neue Formen der Kooperation für alle Herausforderungen, die allein nicht zu bewältigen sind. Europa gibt uns die Chance, unsere Interessen in der Welt zu wahren.

Europa ist aber noch mehr als eine Interessengemeinschaft. Europa ist für uns auch Heimat. Eine Heimat, die zu den lebenswertesten Regionen der Welt gehört. Wenn wir es schaffen, die aktuelle Krise durch konsequente Reformschritte zu überwinden, werden wir in ein paar Jahren stolz sein können. Den anderen Ländern der Welt, die Europa mit großer Spannung verfolgen, können wir zeigen, dass uns an einer gemeinsamen Zukunft gelegen ist. Europa hat seine beste Zeit noch vor sich – das ist meine feste Überzeugung.

Kluft zwischen Wahrnehmung und Wahrheit

Viele Verbesserungen werden nicht der EU zugerechnet

Hermann Schützenhöfer

„Die politischen Parteien müssen die Ärmel hochkrempeln, damit Europa auf den Marktplätzen zum lebenswichtigen Thema wird“. Jürgen Habermas' Aufforderung an alle politischen Entscheidungsträger, das gemeinsame Projekt Europa voranzutreiben, hat nichts an Aktualität verloren. Es klafft eine deutliche Lücke zwischen der Wahrheit und der Wahrnehmung der Menschen, eine gewisse Grundstimmung, die eine Distanz zu den Institutionen der Europäischen Union beinhaltet, ist spürbar – und dies auch bei Menschen, die von der Europäischen Einigung und der Zusammenarbeit in Europa grundsätzlich überzeugt sind.

Die Europäische Union ist nicht der Zusammenschluss von wild gewordenen Bürokraten in Brüssel, deren Hauptabsicht darin besteht, den Alltag eines durchschnittlichen Europäers durchzuregulieren, sondern ein einzigartiges Projekt, das auch für Länder wie Österreich von großem Vorteil ist.

Der größte und zentralste Erfolg der Europäischen Union – das Friedensprojekt Europa – hat für alle Europäerinnen und Europäer die längste Periode in der jüngeren Geschichte ohne grenzübergreifende kriegerische Auseinandersetzungen erlebbar gemacht. Gerade für uns Steirerinnen und Steirer hat die friedensstiftende Wirkung der Europäischen Union einen besonders hohen Stellenwert. Voller Sorgen haben wir noch im Jahr 1991 an die Grenze des damaligen Jugoslawien geblickt, als im Sommer nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens die Panzer an unseren südlichen Landesgrenzen Stellung bezogen haben. Heute, 23 Jahre später, sind diese beiden Länder Teil der Europäischen Union und stellen für die Steiermark äußerst wichtige Handels- und Kooperations-

partner dar, die auch dafür mitverantwortlich sind, dass der Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort Steiermark in den letzten Jahren eine überdurchschnittlich positive Entwicklung genommen hat.

Regionale Dynamik

Mittlerweile sind alle unsere Nachbarn Mitglieder der Europäischen Union. Dadurch hat sich die Steiermark von der schwierigen Position einer Grenzregion verabschiedet und nutzt nunmehr die europäischen Freiheiten zur Förderung einer regionalen Dynamik.

Begründet liegt dies vor allem in der Tatsache, dass die Steiermark einer der wichtigsten Handelspartner Sloweniens und Kroatiens ist. Die geografische Nähe und die bestehenden intensiven Handelsbeziehungen beispielsweise zwischen der Steiermark und Kroatien bewirken positive Effekte unter anderem für die steirische Industrie, aber auch für die Land- und Forstwirtschaft. Die von manchen sorgenvoll befürchtete Migration von unzähligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus den neuen Beitrittsländern hat nicht stattgefunden. Dies liegt vor allem auch am relativ hohen Lohnniveau Kroatiens, das wiederum besonders die Landeshauptstadt Graz für Kroatinnen und Kroaten als Städtetourismus- und Einkaufsdestination attraktiv und beliebt macht.

Die Reisefreiheit innerhalb der Europäischen Union ist Alltag geworden. Niemand kann sich heute vorstellen, auf dem Weg zur kroatischen Küste oder nach Slowenien in endlosen Schlangen auf die Passkontrolle an den Grenzübergängen zu warten. Das Reisen war vor dem Zusammenrücken der Staaten durch die Europäische Union um vieles umständlicher, komplizierter und auch teurer. Nicht nur die Steirerinnen und Steirer, sondern Millionen von Urlaubern ziehen daraus ihre Vorteile, wenn sie etwa ihre Lieblingsurlaubsregion z. B. an den kroatischen Küsten aufsuchen. Auch umgekehrt hat die Steiermark als Tourismusstandort von der erweiterten Europäischen Union profitiert. Die jährlich ansteigenden Zahlen im Bereich des steirischen Tourismus sind nicht zuletzt auf die Zunahme an Gästen aus den neuen Mitgliedsstaaten der EU, also aus Slo-

wenien, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, aber auch aus Kroatien zurückzuführen. Viele Touristinnen und Touristen aus den neuen Beitrittsländern haben die Vorzüge der Steiermark entdeckt und kommen gerne in das Grüne Herz Österreichs, das immer noch das beliebteste Urlaubsland der Österreicherinnen und Österreicher ist.

Positive Beiträge sichtbar werden lassen

In der öffentlichen Debatte werden gerne jene Beiträge angesprochen, die Österreich als Mitgliedsland der Europäischen Union zu entrichten hat. Die Höhe der Fördersummen, die in unsere nationalen Budgets zurückfließen, wird jedoch selten thematisiert. Mit dem Europapolitischen Berichts- und Informationssystem (EUBIS) des Landes Steiermark wird genau aufgezeigt, welchen Nutzen die Europäische Union der Steiermark bringt und welche Förderungen in das Bundesland fließen. Im Zeitraum von 2007 bis 2011 flossen insgesamt 1,97 Milliarden Euro an EU-Gesamtförderung in die Steiermark. Das sind 1.630,- Euro pro Steirerin und Steirer. Als ländlich und landwirtschaftlich geprägtes Bundesland profitiert die Steiermark besonders stark vom großen Agrar-Fördertopf der Europäischen Union. Die gemeinsame europäische Agrarpolitik ist somit ein zentraler Faktor für die Wirtschaftskraft im steirischen ländlichen Raum. Besonders in südlichen Mitgliedsländern der EU springen einem mehrfach Hinweise auf Projekte ins Auge, die mit finanzieller Unterstützung durch die Europäische Union verwirklicht werden konnten. Für die Zukunft wäre es daher auch bei uns wünschenswert, noch stärker auf die EU-Kofinanzierung von europäischen Projekten hinzuweisen, um die positiven Beiträge der EU bei den Menschen in unserem Land sichtbar werden zu lassen.

Von der Errungenschaft zur Selbstverständlichkeit

Die Europäische Union verändert das Leben von mehr als 505 Millionen Menschen – darunter auch von über 1,2 Millionen Steirerinnen und Steirern – tagtäglich viel tiefgreifender, als uns bewusst ist. Die angesprochenen Nutzeneffekte, die die Steiermark aus der Zugehörigkeit Österreichs zur Europäischen Union bisher gezogen

hat, sind nur ein kleiner Teil der Erfolgsgeschichte des Verhältnisses Steiermark – Europäische Union.

Ich bin überzeugt, dass in der vernetzten Welt des 21. Jahrhunderts nur ein gemeinsamer europäischer Weg zu einer nachhaltig positiven Zukunft führen wird. Die Europäische Union ist sicher noch kein perfektes Projekt, vom Zusammenhalt in einer Gemeinschaft unter einem gemeinsamen Dach Europa profitiert letztlich jedoch jeder einzelne Unionsbürger in vielfältiger Weise.

Große Errungenschaften sind mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden, viele Verbesserungen, die uns die EU gebracht hat, werden ihr nicht zugerechnet. Um die eingangs bereits erwähnte Kluft zwischen Wahrnehmung und Wahrheit zu schließen, braucht es aktive beherrschte Kommunikation und eine Transparenz der Institutionen der Europäischen Union. Die historischen Visionen müssen den Menschen genauso immer wieder vergegenwärtigt werden wie die vielen kleinen Vorteile, die jeder Einzelne tagtäglich – durch die Umsetzung der EU-Richtlinien durch unsere Parlamente – für sich nutzen kann. Durch gemeinsame Anstrengung muss es uns gelingen, das Projekt Europa für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar zu machen und das Friedensprojekt gerade anhand der Krisenherde nicht weit entfernt von den EU-Außengrenzen weiterzuentwickeln.

Ein Europa der Werte

Warum wir Europa Zeit geben sollten, sich zu entwickeln

Franz Steindl

Der Begriff fällt schon so lange und so oft, dass die einen ihn nicht mehr hören können, während andere ihn schlicht ins Reich der Märchen verbannen. Und in der Tatsache, dass sie dafür den Nobelpreis bekommen hat, sehen manche – wie Erzbischof Desmond Tutu – überhaupt eine Chuzpe.

Ich stelle es trotzdem, und vor allem, weil ich es für wirklich essenziell halte, an den Beginn meiner Ausführungen: Die EU ist eine Friedensunion. Sie ist das größte Friedensprojekt in der Geschichte unseres Kontinents. Und auch das bisher erfolgreichste. Das soll man bitte nicht gering schätzen.

Blättern wir ein wenig zurück in der Geschichte Europas – nur ein Jahrhundert, ins Jahr 1914, an den Beginn des Ersten Weltkrieges, der ganz Europa machtpolitisch, gesellschaftspolitisch und geopolitisch verändert hat.

Der Erste Weltkrieg war bis dahin der größte Krieg der Geschichte, mit 40 beteiligten Staaten, 17 Millionen Todesopfern, 20 Millionen verwundeten Soldaten, unvorstellbarem menschlichen Leid, unbegreiflichen Verwüstungen, Hungerkatastrophen und Seuchen sowie horrenden Kosten. Allein die direkten Kriegsausgaben betrugen für Österreich-Ungarn 99 Milliarden Goldmark. Das sind umgerechnet gut und gern 400 Milliarden Euro. Ohne irgendetwas beschönigen zu wollen – aber nimmt sich da unsere Haftung zum Griechenland-Kredit von 2,3 Milliarden Euro nicht beinahe bescheiden aus ...?

Der Erste Weltkrieg war der Bazillus für die folgenden verheerenden Entwicklungen in Europa. Faschismus, Stalinismus, National-

sozialismus, Zweiter Weltkrieg – es dauerte Jahrzehnte, bis der Kontinent wieder halbwegs zur Ruhe kam.

Mehr als ein ökonomischer Prozess

Ja, die EU ist eine Friedensunion. Und das muss sie sein. Denn das friedliche Zusammenleben der Nationen und Völker ist das Fundament für das Haus Europa. Nur die Friedensunion garantiert den Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten, die weltpolitische Bedeutung der EU, die Grundrechte jedes Einzelnen.

Natürlich müssen wir die Voraussetzungen schaffen, damit diese Friedensunion auch in stürmischen Zeiten bestehen und weiter wachsen kann. Wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit gehören – als zwei gleichwertige Säulen – dazu, aber auch die Bereitschaft, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen und über die Bewahrung der eigenen Identität hinaus eine europäische Identität zu entwickeln.

Und es geht ganz sicher nicht ohne jene Werte, die in ihrer Ewiggültigkeit immer aktuell sind:

Vertrauen bilden statt Vorurteile zu pflegen, solidarisches Handeln statt (nationaler) Egoismen, Toleranz statt Engstirnigkeit, die bedingungslose Achtung der Menschenwürde. Werte sind die Wurzeln, die dem Baum Europa Halt, Nahrung und Kraft geben.

Das ist meine tiefe Überzeugung: Die europäische Einigung ist mehr als ein ökonomischer Prozess. Entweder es gibt ein Europa der Werte – oder es gibt kein Europa!

Ich könnte jetzt seitenweise anführen, wie sehr das Burgenland seit 1995 vom EU-Beitritt Österreichs und letztlich von der Osterweiterung profitiert hat. Das darf in einem solchen Beitrag auch nicht fehlen, weil es pars pro toto zeigt, dass die Europäische Union auch wertvolle Arbeit leistet, wenn es darum geht, wirtschaftlich schwache Regionen zu stärken.

Quantensprung für das Burgenland

Wenn wir die Geschichte des Burgenlandes seit dem 19. Jahrhundert betrachten, zeigen sich drei markante Linien, die die Entwicklung des Landes massiv beeinflusst haben. Diese drei Linien waren vor allem von Armut und Existenzkampf geprägt.

Beginnend mit dem Jahr 1890 kam es durch mehrere große Auswanderungswellen zu einem massiven Bevölkerungsverlust im Burgenland. Hauptgrund für diese Massenauswanderung waren die ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen, die den Menschen keine Lebensgrundlage geboten haben.

Die zweite Herausforderung für das Burgenland war der zweimalige Kampf um seine Eigenständigkeit (1921, 1955). Auch dieser Kampf resultierte letztlich aus den fehlenden Lebensgrundlagen, weil kaum jemand an die Existenzfähigkeit des Landes geglaubt hat.

Kaum war die Eigenständigkeit des Burgenlandes im Jahr 1955 endgültig gesichert, folgte ein neuerlicher Rückschlag. Unsere Nachbarländer kamen unter kommunistische Herrschaft und mit der Errichtung des Eisernen Vorhanges lag das Burgenland plötzlich an einer 400 Kilometer langen toten Grenze, die das Land von seinen historisch gewachsenen Lebensadern getrennt und sich auf die wirtschaftliche Entwicklung äußerst negativ ausgewirkt hat.

Der EU-Beitritt und die Anerkennung des Burgenlandes als Ziel-1-Region (1995) und auch die EU-Erweiterung in Richtung unserer östlichen Nachbarn haben zu einem Quantensprung in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes geführt. Hierzu seien nur einige wirtschaftliche Kennzahlen genannt:

- 1995 gab es im Burgenland rund 8.000 Unternehmen, 2012 bereits 16.200. Das entspricht einer Steigerung von über 100 Prozent.

- Die Unternehmensgründungen (pro Jahr) haben sich seit dem EU-Beitritt vervierfacht (1995: 402 Gründungen, 2012: 1.696).
- Die Zahl der Übernachtungen ist um fast 40 Prozent, von 2,049 Millionen auf knapp 3 Millionen jährlich gestiegen.
- Der Wert der Exporte hat sich von 763 Millionen Euro auf 1,7 Milliarden Euro mehr als verdoppelt.
- Die Zahl der Beschäftigten ist von 79.000 auf 101.000 (bisheriger Spitzenwert im Juli 2012) gestiegen.
- Die Gesamtinvestitionen von EU, Bund und Land seit 1995 betragen rund 2 Milliarden Euro. Zusammen mit den Privatausgaben der Förderwerber wurden 4,2 Milliarden Euro investiert, in Summe wurden bis Ende 2013 rund 80.000 Projekte gefördert.

Das Burgenland erlebt seit 1995 einen tiefgreifenden Strukturwandel zu einem wirtschaftlich stabilen, wettbewerbsfähigen Bundesland. Diese Entwicklung wäre ohne EU nicht möglich gewesen.

Das Burgenland hat nicht nur wirtschaftlich profitiert. Mindestens genauso wichtig für die Entwicklung des Landes sind die offenen Grenzen zu unseren Nachbarn. Nach Jahrzehnten am Eisernen Vorhang kann dieser historisch gewachsene, pannonische Lebensraum wieder zusammenwachsen. Auch das ist ein Ergebnis des europäischen Einigungsprozesses.

Zeit für Vertiefung

Jetzt steht Europa vor der nächsten Aufgabe: Die Erweiterung der Europäischen Union ist schon sehr weit gediehen und sie bedeutet eine große Herausforderung für die Regionen. Denn gerade in einer globalisierten Welt wird es umso mehr der kleinen, für den einzelnen Menschen überschaubaren Einheiten bedürfen, die den Bürgern Heimat geben.

Daher sind wir zu einem Denken in größeren Zusammenhängen aufgerufen. Viele Entwicklungen – wie die neuen Formen der grenzüberschreitenden Kriminalität – machen vor Staatsgrenzen nicht Halt und wir müssen nach funktionierenden Formen der Kooperation suchen. Damit bin ich bei einem Punkt, der mir für die Zukunft der EU sehr wichtig erscheint: Nach den großen Erweiterungsschritten braucht die EU jetzt Zeit zur Vertiefung. Die Äste des Baumes dürfen nicht schneller als seine Wurzeln wachsen.

Die Welt ist keine Excel-Datei. Die EU auch nicht. Europa ist bunt und vielfältig, mit einer großen Geschichte und einem großartigen kulturellen Erbe. Das Zusammenwachsen Europas kann nicht über ein „Entweder-Oder“ gehen, sondern nur über ein „Sowohl-als-Auch“. Alles, was Europa ausmacht, muss in Europa auch Platz haben. Und Wertschöpfung heißt Wert schöpfen und nicht schnelle Gewinnmaximierung.

Europa ist auf dem Weg. Es ist noch lange nicht am Ziel, es muss sich erst aus vielen Verstrickungen befreien. Haben wir Geduld und geben wir Europa Zeit, sich zu entwickeln.

Vor allem: Vergessen wir nicht auf uns selbst. Überfordern wir uns nicht. Nehmen wir uns selbst, nehmen wir die Menschen mit auf die Reise des Zusammenwachsens!

Autorenporträts & Interviewpartner

Benita Ferrero-Waldner

Dr. Benita Ferrero-Waldner ist eine österreichische Diplomatin sowie Politikerin und war von 2000 bis 2004 Österreichische Außenministerin unter Schüssel und von 2004 bis 2010 Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik unter Barroso. Sie ist Präsidentin der EU-Lateinamerika-Karibik-Stiftung und Board Member in verschiedenen Unternehmen.

Johannes Hahn

Johannes Hahn war nach Beendigung seines Studiums der Philosophie viele Jahre in der Industrie tätig, zuletzt als CEO der Novomatic AG. 2003 wurde er Stadtrat in Wien, 2007 Bundesminister für Wissenschaft und Forschung. Seit Februar 2010 ist er EU-Kommissar für Regionalpolitik.

Wilfried Haslauer

Wilfried Haslauer wurde am 3. Mai 1956 in Salzburg geboren. Er wuchs in Neumarkt am Wallersee auf und besuchte von 1966 bis 1974 das Akademische Gymnasium in Salzburg. Es folgte nach Ableistung des Präsenzdienstes als Einjährig-Freiwilliger ein rechtswissenschaftliches Studium in Salzburg und Wien, das er 1979 mit dem Doktorat abschloss. Daneben studierte er Volkswirtschaft als Teilstudium. Nach dem Gerichtsjahr in Wien und Salzburg schlug Haslauer konsequent die Anwaltskarriere ein. Von 1985 bis 2004 war er selbstständiger Rechtsanwalt mit vier weiteren Partnern in Salzburg. Er war Kurator im Seebrunner Kreis und Präsident der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, einem Forschungsinstitut für politisch-historische Studien. Das Amt des Landeshauptmann-Stellvertreters, in das er am 28. April 2004

gewählt und am 22. April 2009 wiedergewählt wurde, war Haslauer erste politische Funktion. Am 19. Juni 2013 wählte ihn der Landtag zum Landeshauptmann von Salzburg. Wilfried Haslauer ist Vater von vier Kindern.

Manfred Juraczka

Mag. Manfred Juraczka ist Landesparteiobmann der ÖVP Wien. Nach der Matura Studium der Publizistik und Politikwissenschaften an der Universität Wien, danach als Senior Consultant bzw. Geschäftsführer in der PR-Branche und Marketing & Sales Manager in einem internationalen Technologiekonzern tätig. Politisch bereits als Schüler in der Jungen ÖVP aktiv, von 2003 bis 2011 Bezirksparteiobmann und von 2007 bis 2010 Bezirksvorsteher-Stellvertreter in Hernals. 2011 Angelobung zum Stadtrat, 2012 Wahl zum Landesparteiobmann der ÖVP Wien.

Othmar Karas

Mag. Othmar Karas ist Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Er ist der Leiter der ÖVP-Delegation im Europäischen Parlament und aktuell Berichtersteller des Europäischen Parlaments für die Evaluierung der Arbeit der Troika in den Programmländern. Er war als Chefverhandler des Parlaments für die Eigenkapitalrichtlinie CRD 4 und der EU-Verordnung CRR federführend an der Gestaltung der Bankenunion beteiligt. Othmar Karas ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, Außenpolitik sowie Sicherheit und Verteidigung. Des Weiteren ist er Sprecher des Bürgerforums „Europa 2020“ und Präsident des Österreichischen Hilfswerks. Othmar Karas ist verheiratet und Vater eines Sohnes.

Beatrix Karl

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Beatrix Karl ist außerordentliche Universitätsprofessorin für Arbeitsrecht, Sozialrecht und Europarecht an der Karl-Franzens-Universität Graz. Die Juristin hat über ihren wissenschaftlichen Hintergrund hinaus in der Bundesregierung der XXIV. Gesetzgebungsperiode als Wissenschaftsministerin und Justizministerin gewirkt. Derzeit ist Beatrix Karl Abgeordnete

zum Nationalrat und in den Arbeitsbereichen Justiz, Wissenschaft, Arbeitsrecht, Sozialrecht und Europa tätig. Die Nationalratsabgeordnete ist zudem die steirische Spitzenkandidatin für die EU-Wahlen am 25. Mai 2014.

Elisabeth Köstinger

MEP Elisabeth Köstinger ist seit 2009 Abgeordnete zum Europäischen Parlament und Österreichs einziges Vollmitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Sie war als Verhandlungsführerin der Europäischen Volkspartei maßgeblich an der Reform der ländlichen Entwicklung, der 2. Säule, der Gemeinsamen Agrarpolitik beteiligt. Darüber hinaus sitzt Köstinger im Außenhandelsausschuss und beschäftigt sich mit internationalen Handelsabkommen, wie TTIP und CETA. Elisabeth Köstinger ist parlamentarische Geschäftsführerin und stellv. Delegationsleiterin der ÖVP-Delegation im EU-Parlament sowie Vize-Präsidentin des Österreichischen Bauernbundes. Des Weiteren ist sie Präsidentin von „wald.zeit Österreich – Plattform für Waldkommunikation“.

Sebastian Kurz

Sebastian Kurz wurde 1986 in Wien geboren. Er begann sich im Jahr 2003 in der Jungen ÖVP zu engagieren und nahm ein Jahr darauf sein Studium der Rechtswissenschaften in Wien auf. Nach einigen Jahren Engagement auf Bezirksebene wurde er im Jahr 2007 zum Landesobmann der Jungen ÖVP Wien und ein Jahr später zum Bundesobmann der Jungen ÖVP gewählt. Bis er im April 2011 zum Staatssekretär für Integration bestellt wurde, war er als Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat tätig. Am 16. Dezember 2013 wurde er als Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten angelobt.

Christoph Leitl

Dr. Christoph Leitl ist seit 1999 Präsident des Österreichischen Wirtschaftsbundes und seit 2000 Präsident der Wirtschaftskammer Österreich. Er absolvierte das Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und war von 1977 bis 1990 in der

Geschäftsleitung und als Gesellschafter des familiären Unternehmens Bauhütte Leitl-Werke tätig. Von 1990 bis 2000 war er Mitglied der oberösterreichischen Landesregierung mit den Agenden Wirtschaft, Tourismus, Technologie, Energie, Fachhochschulen, Raumordnung und Europa, von 1995 bis 2000 überdies Landeshauptmann-Stellvertreter mit dem zusätzlichen Ressort Finanzen. Neben seiner Funktion in der WKÖ ist Leitl Ehrenvorsitzender der Europäischen Wirtschaftskammern Eurochambres und Vorsitzender der Global Chamber Platform.

Harald Mahrer

Dr. Harald Mahrer ist Präsident der Julius Raab Stiftung. Der Unternehmer und politische Visionär studierte Betriebswirtschaft und promovierte an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er zählt zu den führenden Kommunikations- und Politikstrategen Mitteleuropas, forscht aktiv im Bereich Erneuerung der Demokratie und ist Autor zahlreicher Publikationen im Themenfeld Politik- und Demokratieentwicklung. Mahrer gründete den Thinktank *demokratie.morgen* und das Metis Institut für ökonomische und politische Forschung.

Lukas Mandl

Lukas Mandl wurde 2008 und 2013 durch Vorzugsstimmen in den NÖ Landtag gewählt. Seit 2013 ist er dort Vorsitzender des Europa-Ausschusses. Mandl vertritt Niederösterreich zusammen mit der Europa-Landesrätin in der Versammlung der Regionen Europas. Er bewirbt sich für ein Mandat Österreichs bei der Europawahl am 25. Mai 2014. Im Zivilberuf ist Mandl Universitätslektor an der Wirtschaftsuniversität Wien, und er betreut eine Masterarbeit an der FH Campus Wien. Mandl hat ein Studium der Kommunikationswissenschaften mit Fächerkombination abgeschlossen. Er lebt mit seiner Frau Kristina und den drei gemeinsamen Kindern in Gerasdorf bei Wien.

Gabriel Obernosterer

Gabriel Obernosterer ist Nationalrat und ehemaliger ÖVP-Obmann in Kärnten. Der Lesachtaler hat mit seiner Familie zwei

Betriebe aufgebaut, einen traditionellen Gasthof, vorwiegend bekannt im Pilgertourismus, und das erste Almwelnesshotel im Tuffbad im Lesachtal. Beide Betriebe hat er bereits an seine Kinder übergeben können. Gabriel Obernosterer ist gelernter Mechaniker und zeichnet sich in all seinen Funktionen, die er auch bisher schon beispielsweise in der Wirtschaftskammer Kärnten und Österreich innehatte, durch seinen praxisorientierten, klaren Zugang aus. Als Aufsichtsrat der Springer Schlößl GmbH bereitet Obernosterer gerade die Modernisierung und den Umbau der Politischen Akademie vor.

Günther Platter

Günther Platter ist ein österreichischer Politiker (ÖVP) und seit 1. Juli 2008 Landeshauptmann von Tirol. Er führt die Tiroler Landesregierung Platter II an. Von Jänner 2007 bis zu seiner Wahl zum Tiroler Landeshauptmann war er Innenminister im Kabinett Gusenbauer. Dem Kabinett Schüssel II gehörte er als Verteidigungsminister sowie als interimistischer Innenminister an. Derzeit ist er zudem Präsident des EVTZ "Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino".

Hans-Gert Pöttering

Dr. Hans-Gert Pöttering, ist der einzige Abgeordnete, der dem Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl im Jahr 1979 ununterbrochen angehört. Er war Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten (EVP-ED) von 1999 bis 2009 und Präsident des Europäischen Parlaments von 2007 bis 2009. Seit 2010 ist er Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Erwin Pröll

Dr. Erwin Pröll ist seit über 20 Jahren Landeshauptmann von Niederösterreich. Mit neuen Ideen und der Kraft der Umsetzung sowie mit Verantwortungsbewusstsein und Weitblick stellte er die Weichen in Richtung Zukunft für sein Land. Er eröffnete seinen Landsleuten im geänderten europäischen Umfeld neue Perspektiven und machte Niederösterreich zu einer

wirtschaftlich effizienten und sozial kompetenten Musterregion im Herzen Europas. Er ist Gründer zahlreicher Initiativen und Initiator zahlreicher Projekte, beispielsweise des Europa-Forums Wachau, der niederösterreichischen Dorf- und Stadterneuerung und der EU-Regionalförderung. Dabei ist es ihm stets ein Anliegen, auch über die Grenzen des Landes hinaus zusammenzuarbeiten. Für die Menschen zu arbeiten bedeutet für Pröll, den Menschen Heimat zu geben und Strukturen zu schaffen, zu denen die Menschen Vertrauen haben können. Eine besondere Kraftquelle sieht er im niederösterreichischen Familiensinn.

Josef Pühringer

Dr. Josef Pühringer ist seit 1995 Landeshauptmann von Oberösterreich. In der oberösterreichischen Landesregierung ist er Referent für Finanzen, Kultur, Gesundheit und Außenbeziehungen. Bis 2013 hat er Oberösterreich im Ausschuss der Regionen vertreten. Neben vielen anderen Funktionen ist er Vorsitzender des Kulturatoriums von Academia Superior, Gesellschaft für Zukunftsforschung.

Paul Rübiger

Der Welsler Dr. Paul Rübiger absolvierte nach der HTL Steyr das Studium der Betriebswirtschaft an der Universität Linz, an der er auch promovierte. Nach verschiedenen Funktionen im Familienbetrieb und Firmengründungen im In- und Ausland wurde Paul Rübiger Abgeordneter zum oberösterreichischen Landtag und ab 1996 Mitglied des Europäischen Parlaments. Der engagierte Europapolitiker setzt sich leidenschaftlich für die Interessen der Klein- und Mittelunternehmen, Forschung und Innovation ein. Die schrittweise Abschaffung der Roaminggebühren geht auf seine Initiative zurück.

Andrä Rupprechter

Andrä Rupprechter wurde am 31.05.1961 in Brandenburg, Tiroil geboren. Er studierte Agrarökonomie an der Universität für Bodenkultur in Wien. Rupprechter gilt als Experte für landwirt-

schaftliche Belange und war im Agrarbereich sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene langjährig in leitenden Positionen tätig, ehe er im Dezember 2013 das Amt des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft übernahm.

Stefan Schnöll

Stefan Schnöll ist Vizepräsident der Jungen Europäischen Volkspartei und Kandidat bei den Wahlen zum Europaparlament. Während des Studiums der Rechtswissenschaften in Wien sammelte er Auslandserfahrung bei der österreichischen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York und im Büro des Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Othmar Karas in Brüssel. Mit verschiedenen Themen rund um die Jugendpolitik setzt sich Stefan Schnöll auch als Vortragender für das Robert Schuman Institut und das National Democratic Institute auseinander.

Wolfgang Schüssel

Wolfgang Schüssel (Jahrgang 1945) war von 2000 bis 2007 österreichischer Bundeskanzler und in dieser Funktion im 1. Halbjahr 2006 EU-Ratsvorsitzender. In den Jahren 1989 bis 2000 war er als Wirtschaftsminister und Außenminister maßgeblich am Beitritt Österreichs zur Europäischen Union verantwortlich. In seine Zeit als Bundeskanzler fallen u. a. die Einführung des Euro, die Pensionssicherungsreform, die Rückführung der Staatsschulden, die Privatisierung verstaatlichter Industrie, die Abfertigung neu, das Kindergeld neu sowie die Restitutionszahlungen an die Opfer des Nationalsozialismus. Von 1979 bis 2011 war Wolfgang Schüssel Abgeordneter zum Nationalrat. Heute widmet er sich als Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) den österreichischen Außenbeziehungen, insbesondere der Europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Zudem ist er Mitglied im Kuratorium der Bertelsmann-Stiftung sowie des Aufsichtsrats des deutschen Energiekonzerns RWE AG.

Hermann Schützenhöfer

Hermann Schützenhöfer ist seit dem Jahr 2005 Erster Landeshauptmann-Stellvertreter der Steiermark. In seinem Ressort liegt die Zuständigkeit für die Bereiche Tourismus, Gemeinden, Personal und Volkskultur. Seit 2006 ist Hermann Schützenhöfer auch Landesparteiobmann der Steirischen Volkspartei. Nach der Landtagswahl 2010 rief Hermann Schützenhöfer gemeinsam mit Landeshauptmann Franz Voves die steirische Reformpartnerschaft aus, die seither als gemeinsames Projekt gelebt wird, um die Steiermark für die Zukunft fit zu machen.

Franz Steindl

Landeshauptmann-Stv. Mag. Franz Steindl ist seit Dezember 2000 Mitglied der Burgenländischen Landesregierung. Er studierte an der Universität Wien (Volkswirtschaft) und an der Hochschule für Musik (Konzertfach Trompete). Neben beruflichen Stationen als Schulungs- bzw. Institutsleiter im WIFI der Wirtschaftskammer übte er mehrere politische Funktionen (Bürgermeister, AK-Vizepräsident, Abgeordneter zum Nationalrat) aus. Ein besonderes Anliegen ist Steindl der europäische Einigungsprozess, insbesondere das Zusammenwachsen des „Pannonischen Lebensraumes“, das er durch vielfältige grenzüberschreitende Aktivitäten im Jugendbereich und auf kommunalpolitischer Ebene fördert. Mit dem „Europaforum Burgenland“ hat er im Jahr 2001 eine Plattform geschaffen, mit der er den BurgenländerInnen das Wirken der Europäischen Union näherbringen will.